

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark vorwärts schloß. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Remscheid, Oesterreich, Ungarn, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 4. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Köpenick, 65; Disconto-Gesellschaft, Dönhofsplatz, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Raumverteilung 80 Pfennig, Restraumzeitung 5.- Reichsmark. „Aktion Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (außer bei zwei fettdruckten Worten, jedes weitere Wort 12 Pfennig). Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Werbeblätter 10 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten 10 Pfennig, Restraumzeitung 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptvertrieb, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 3 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Listen liegen aus!

Von heute 1 Uhr ab. - Der größte Abstimmungskampf beginnt! - Für Republik und Volkswohlfahrt gegen Monarchie und Fürstenhabsucht!

4. März 1926 — dieses Datum wird in der Geschichte Deutschlands verzeichnet bleiben. Das ist der Tag, an dem das deutsche Volk zum erstenmal begann, von dem Recht der direkten Gesetzgebung durch das Volk Gebrauch zu machen.

Mindestens vier Millionen Unterschriften müssen aufgebracht werden, wenn der Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zum Volksentscheid kommen soll. Viel mehr sind notwendig, um für den Volksentscheid selbst den Sieg zu sichern.

Was heute 1 Uhr mittags beginnt, ist etwas ganz Neues. Es ist etwas ganz anderes als eine Wahl. Eine Wahl wird an einem Tage erledigt, die Listen für das Volksbegehren liegen zwei Wochen lang auf. Das ist ein Vorteil, aber auch eine Gefahr. Ein Vorteil, weil Zeit bleibt, auch den Leuten, die sich überzeugen läßt, heranzubringen. Eine Gefahr, weil sich mancher sagen wird „Es hat ja noch Zeit“ — um sich schließlich zu drücken.

Für uns heißt es: „Schmiede das Eisen, solange es heiß ist!“ Und: „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.“ Jeder Parteigenosse und Leser des „Vorwärts“ muß sich schon heute und, wenn das nicht geht, noch in dieser Woche eintragen.

Die Größe des Erfolgs wird von dem Ergebnis der ersten Tage abhängen.

Wir erwarten, daß alle beteiligten Organisationen auf ihre Weise und in ihrem Kreise dafür wirken werden, den Erfolg herbeizuführen. Die Hauptlast fällt dabei, wie schon im Aufruf des Parteivorstandes gesagt wurde, der Sozialdemokratischen Partei zu.

Unsere Partei wird den Kampf so zu führen haben, als ob sie ihn allein zu führen hätte. In den weitesten Teilen des Reiches kommt sie ja auch so gut wie allein für ihn in Betracht. Außerdem aber ist sie es, die auf die benachbarten Schichten des Volkes, die zwar noch nicht sozialdemokratisch, aber doch republikanisch und demokratisch gesinnt sind, hinüberwirken kann.

Sie ist dabei in einer viel günstigeren Lage als die an sich schon viel kleinere kommunistische Partei. Die Sozialdemokratie bejaht die Demokratie, und wenn sie das ganze Volk alle Männer und Frauen mit gleichen Rechten, zur Entscheidung aufruft, handelt sie nach ihren Grundsätzen. Die kommunistische Partei bedient sich in diesem Falle der Demokratie, die sie sonst verneint, d. h. sie bejaht sie praktisch, verneint sie aber theoretisch — ein auf die Dauer unhaltbarer Widerspruch! Auch die noch kommunistisch gesinnten Arbeiter werden jetzt von ihrer Partei wider Willen über die Bedeutung demokratischer Volksrechte anschaulich belehrt.

Doch dies einstweilen nur nebenbei. Es wird darüber noch mehr zu sagen sein. Jetzt gilt es, an das Nächstliegende zu denken. Das Nächstliegende aber ist, sich heute oder morgen in die Listen einzutragen, dann aber bis zum 17. März unablässig dafür zu arbeiten, daß andere desgleichen tun.

Dabei wird sich ganz von selbst zwischen den Organisationen im Lande ein Wettstreit entfalten. Die Statistik über den Erfolg des Volksbegehrens wird noch zehnmal interessanter sein als die einer Reichstagswahl. Jeder Kreis wird sich bemühen, am besten abzuschnitten, oder doch, im Verhältnis zur Stärke der Widerstände, das Beste zu leisten.

Es ist die interessanteste Probe für die Leistungsfähigkeit der Organisation, die jemals gemacht worden ist! Denn, um es nochmals zu sagen, was sich jetzt vollzieht, ist etwas ganz anderes, als eine Wahl. Nicht bloß wegen der zeitlichen Ausdehnung der Handlung, sondern auch deshalb, weil es diesmal nicht um die Entscheidung zwischen einem Duzend Parteien geht, sondern um die einfache Frage: Ja oder nein? Einzeichnen oder zu Hause bleiben!

Bei Wahlen sind alle Parteien bemüht, die Wähler an die Urne zu bringen. Durch den gegenseitigen Wettstreit hilft, wenn man es so ausdrücken darf, jede Partei unbewußt auch der anderen, ihre Stimmziffern zu erhöhen. Alle Kreise des Volkes werden von den verschiedensten Seiten

her auf- und durcheinander gewirbelt, jede Partei wird dadurch zur Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gebracht.

Diesmal ist es ganz anders. Aller Antriebe zur Aktivität muß von der einen Seite her erfolgen. Auf der anderen Seite aber steht die dicke Mauer der Passivität, der Abstinenz, die Parole des Nichtstuns. Täuschen wir uns nicht darüber, daß diese Parole eine gefährliche Kraft besitzt!

Und das Volksbegehren ist ja auch keine geheime Wahl, es ist eine öffentliche Bekundung. Es gibt Gegenden Deutschlands, wo moralischer Mut dazu gehört, zum Amtsstuhl zu gehen und seinen Namen in die Listen des Volksbegehrens einzutragen.

Der von den Gegnern geförderte Hang zur Gleichgültigkeit, der Terror in der Kleinstadt und auf dem lichen Lande, das sind die beiden gefährlichen Gegner, gegen die wir zu kämpfen haben. Sie werden noch gefährlicher als beim Volksbegehren später beim Volksentscheid selbst sein, wenn unser Antrag als einziger zur Abstimmung kommt und die Gegner dann abermals die Enthaltungsparole ausgeben können.

Bayernsturm gegen das „Freie Volk“.

Das Ministerium fordert das Verbot des Films.

Seit einigen Monaten läuft in den verschiedensten Gegenden Deutschlands der große republikanische Film „Freies Volk“, der geschaffen ist aus der Absicht heraus, den nationalistischen Heßfilmen ein Paroli zu bieten. Der freudige Zuspruch, den dieser Film gerade in den Kreisen der Arbeiter findet, ist ein Beweis für die Notwendigkeit jener Art. Aber je freudiger die republikanische Bevölkerung dem „Freien Volk“ jubelt, desto verbissener werden die reaktionären Bureaufürsten, die jedem „Tendenzfilm“ verabscheuen, wenn er nicht im Stille von „Fridericus Rex“ ausgezogen ist.

Nun hat sich auch Bayern wieder an die Spitze der Gegenbewegung gestellt. Bayern, wo heute noch, der Verfassung und dem Vereinsrecht zuwider, politische Versammlungen verboten werden; Bayern, dessen bayerisch-volksparteilich-deutschnationale Regierung sich über mehr als ein Volksrecht leicht hinwegsetzt, dessen Ministerpräsident sich öffentlich als Monarchist bekennt, trotzdem er den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet hat, dieses Bayern läßt durch seinen Innenminister bei der Filmoberprüfungsstelle in Berlin das Verbot des republikanischen Films „Freies Volk“ fordern, nachdem und trotzdem der Film schon monatelang in allen Teilen Deutschlands mit Erfolg gelaufen ist und weiterläuft.

Der bayerische Innenminister begründet sein Verlangen damit, daß der Film geeignet sei, „ein falsches Bild von den bestehenden Verhältnissen“ in Deutschland zu geben

Die Hauptlast des Kampfes wird jetzt beim Volksbegehren von den Industriegebieten und den großen Städten zu tragen sein. Und da ist es vor allem Sache Berlins, den anderen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Es hat schon einmal einen März gegeben, in dem Berlin ganz Deutschland im Kampf gegen die Fürsten voranging. Das war vor achtundsiebzig Jahren, 1848! Und seitdem ist es dem arbeitenden Volk Berlins zur heiligen Pflicht geworden, alljährlich am 18. März zu den Gräbern der Kämpfer von damals zu ziehen und Kränze an ihnen niederzulegen.

Der Zufall will es, daß auf den 18. März d. J. auch der fünfzigste Todestag Freiligraths fällt, des großen Dichters der Achtundvierziger Revolution. Und der Zufall will es ferner, daß dieser 18. März der erste Tag ist, nach dem Tage, an dem die Eintragung zum Volksbegehren geschlossen wird.

Wer hört nicht die mächtige Stimme der Toten an die Lebenden?! Wer will nicht mitwirken, daß wir den 18. März 1926 als einen Siegestag begehen können?!

und „dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden“. Zwar, wird behauptet, behandle der Film „ein mehr oder weniger abgedroschenes Thema“, aber im Zusammenhang müsse der ganze Film in eine besondere Beleuchtung gerückt werden. Nach diesem Vorgeplänkel geht es los:

Der Film ... erweckt den Eindruck, als ob die Kampferbände reichliches Waffenmaterial verborgen hätten, daß sie im Streitfall nur hervorzuziehen brauchten, und als ob die Regierung ganz unter ihrem Einflusse stünde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch derartige Darstellungen das Mißtrauen der ehemals feindlichen Staaten neu erweckt wird und Deutschland hinsichtlich der Entwaffnung neuerdings Schwierigkeiten bereitet werden. ... Deutschland kann sich in seiner jetzigen Lage nicht gestatten, Filmen die amtliche Zulassung zu erteilen, in denen Verhältnisse, die für die Beziehungen zum Auslande von Wichtigkeit sind, falsch und entstellend dargestellt sind. Es beschwört dadurch die Gefahr einer neuerlichen Verschärfung der Militärkontrolle selbst herauf.

Diese Beforgtheit um das Schicksal Deutschlands nimmt sich besonders feltam aus in einem amtlichen Schreiben derjenigen Regierung, unter deren Schutz die Hitler- und Ehrhardt-Banden aufgezogen wurden, unter deren Obhut die Hochverräter Rohrbach und der Reineids-Ehrhardt standen, bis die Reichsammesse auch sie erreichte. Das Ausland weiß von diesen bayerischen Dingen sehr viel mehr als uns lieb ist und als der Film „Freies Volk“ auch nur andeuten kann, wobei vermehrt sein mag, daß der Film selbstverständlich die Fremde noch nicht verwertet hat.

Aber das Schreiben des bayerischen Staatsministers wird noch interessanter. Es behauptet nämlich, daß der Film auch vom innerpolitischen Standpunkt zu beanstanden sei, weil in ihm eine „Verherrlichung der Macht der internationalen Arbeiterschaft“ getrieben werde. Durch die Darstellung, als wenn es möglich sei, einen zukünftigen Gaskrieg durch den internationalen Streik der Arbeiter zu verhindern, würde den Arbeitern

... der Gedanke anergehen, daß sie im Falle eines solchen Krieges jede Mitwirkung bei der Landesverteidigung nicht nur verweigern, sondern die Verteidigung des Landes gegen einen feindlichen Einfall durch Ausruf des Generalstreiks geradezu lähmen dürfen. ... So wird der Boden für eine Entwicklung vorbereitet, die dem deutschen Volke im Falle der Not auch noch die letzte Waffe aus der Hand schlägt, wenn auch nur das Gerücht verbreitet wird, anderwärts werden ebenfalls der Generalstreik ausgerufen. Die Verteidigung des Reichs gegen einen Gasangriff, die Sache des Reichs und seiner Regierung ist, soll durch

Die Einzeichnung beginnt!

Heute um 1 Uhr mittags werden die Lokale geöffnet, in denen die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren ausliegen.

Welches Lokal kommt für dich in Betracht? Das erfährst du in Berlin an den Anschlagtafeln!

Nimm einen Ausweis mit, wenn du zur Einzeichnung gehst! Denn die Wahlberechtigung wird in Berlin sofort geprüft!

Sorge dafür, daß auch deine Nachbarn und Freunde zur Einzeichnung gehen. Niemand darf diese Staatsbürgerpflicht auf die lange Bank schieben. Schon in den ersten Tagen muß sich eine überwältigende Zahl von Eingetragenen ergeben! Wartet auf Sabotageversuche! Vor allem:

Geht rechtzeitig zur Eintragung!

Mahnahmen sahmgelagt werden, die tatsachlich nach dem derzeitigen Stande der Gesetzgebung den Tatbestand des Landesverrats oder der Landesverraterischen Begunstigung darstellt.

Schliesslich bewegt den bayerischen Minister vor allem die Wirkung des Films auf die Kreise der Bevolkerung, die mit ihm nicht einverstanden sind. „Die nationalen Empfindungen dieser Kreise werden durch den Film verletzt, die Gesetze der Bevolkerungsschichten verscharkt und es wird auf diese Weise die Gefahr von Unruhestorungen heraufbeschworen.“

Nach normalen Begriffen ist es Sache der Landespolizei, dafur zu sorgen, das die „nationalen Empfindungen“ der Hitler- und Ehrhardt-Leute nicht in Unruhestorungen entladen. Die Landespolizei Bayerns untersteht aber dem gleichen Minister des Innern, der selbst die Ordnung aufs grundlichste dadurch gefahrdet, das er das Verbot eines republikanischen Films fordert, der bisher noch nirgends Unruhestorungen hervorgerufen hat!

Wir erwarten, das die Filmoberprufstelle sich durch dieses neueste Zensurstuckchen der bayerischen Reaktionsregierung nicht aus dem Gleichgewicht bringen lasst und durch einen verstandigen BeschluB zeigt, das nicht uberall in Deutschland mit bayerischen Augen und bayerischen Reaktionsherzen gesehen und gefuhlt wird. Die Filmoberprufstelle ist keine politische Instanz und hat keine politischen Erwagungen anzustellen. Aber sie kann durch einen glatten AbweijungsbeschluB auch dem bayerischen Ministerium zum Ausdruck bringen, das Deutschland nach der Verfassung eine Republik ist, das infolgedessen auch republikanische Filme neben den nationalstiftischen Heffilmen laufen durfen und das schliesslich Deutschland im Begriffe ist, in den Volkerbund einzutreten, um dadurch den Niederkrieg-Vertrag von Locarno praktisch wirksam werden zu lassen. Damit wurden die gedanklichen Kriegsspielerien des bayerischen Ministers am wurdigsten beantwortet werden!

Die Erstattung der Lohnsteuer.

Ein wichtiger Erlass des Reichsfinanzministers.

Zur Durchfuhrung der Vereinfachung der Lohnsteuererstattungen hat der Reichsfinanzminister einen Erlass vom 26. Februar herausgegeben, der im Reichsteuerblatt veroffentlicht wird. Gegenuber dem Inhalt des Gesetzes bringt der Erlass nur noch in Einzelheiten neues. Es handelt sich vor allem um folgende Punkte:

1. In bezug auf die Beschaffung der Unterlagen betont der Erlass ausdrucklich, das eine Bescheinigung uber die Hohe des bezogenen Arbeitslohns nicht mehr erforderlich ist, da sich die zu erstattenden Betrage unabhingig von der Hohe des Arbeitslohns nur nach der Dauer des Verdienstausfalls richten. Bei der Beschaffung der Unterlagen sollen die Finanzamter selbst nach Kraften behilflich sein. Vor allem sollen sie in den Fallen, in denen in ihrem Bezirk langere Zeit Streik, Aussperrung oder Kurzarbeit geherrscht hat, die erforderlichen Unterlagen sich selbst aus den Betrieben beschaffen. Wenn die Dauer des Verdienstausfalls nachgewiesen ist, soll im einzelnen nicht mehr besonders nachgepruft werden, ob der steuerfreie Lohnbetrag von 800 M. jahrlich voll gutgebracht worden ist oder nicht.

2. Eine besondere Berucksichtigung erfordern die Falle, in denen ein Arbeiter im vergangenen Jahre nur an einzelnen Tagen Verdienstausfall gehabt hat. In diesen Fallen sollen 6 volle Wochen-tage zu je 8 Arbeitsstunden einer vollen Woche gleichgesetzt werden. Hat z. B. ein Arbeitnehmer im Januar 1925 3 Tage gestreikt, war er im Marz 3 Tage krank und hatte endlich im November 12 Tage keinen Verdienst gehabt, so ist folgendermassen zusammenzurechnen:

Verdienstausfall im Januar . . . 3 Tage
Verdienstausfall im Marz . . . 3 Tage
Verdienstausfall im November . . . 12 Tage

Insgesamt 18 Tage = 8 volle Arbeitwochen.

Hadte der Arbeitnehmer nur fur 17 Tage Verdienstausfall gehabt, so wurde eine Erstattung nur fur zwei volle Wochen erfolgen.

kommen. Die Gesamtdauer des Verdienstausfalls darf nicht weniger als 12 Tage, also zwei Wochen betragen, da ein Betrag unter 4 M. nicht erstattet wird.

3. Eine wichtige Begunstigung besteht der Erlass den Kriegs- und Zivilbeschadigten zu, die mindestens 25 Proz. erwerbsbeschaenkt sind. Bei ihnen soll der sich nach den allgemeinen Vorschriften ergebende Erstattungsbetrag um den Prozentsatz der Erwerbsbeschaenktung erhohet werden, die im Jahre 1925 bestanden hat. Beispiel: Ein lediger Kriegsbeschadigter ist 50 Proz. erwerbsbeschaenkt. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1925 sind ihm an Lohnsteuer 80 M. einbehalten worden. Dem 1. Juli bis zum 31. Dezember 1925 war er erwerbslos. Es waren also allgemein fur 6 Monate je 6 M., zusammen 48 M. zu erstatten. Dieser Betrag ist um den Prozentsatz der Erwerbsbeschaenktung, also um 50 Proz. zu erhohen, so das dem Steuerpflichtigen 48 M. + 24 M. = 72 M. zu erstatten sind. Die Anwendung dieser Begunstigung setzt nicht voraus, das der Kriegs- oder Zivilbeschadigte im Jahre 1925 einen erhoheten steuerfreien Lohnbetrag gehabt hat. Sie kommt also allen zugute, die durch Vorlage ihres Rentenbescheids die Hohe ihrer Erwerbsbeschaenktung im Jahre 1925 dem Finanzamt nachweisen.

Der Erlass setzt sich besonders fur die beschleunigte Erledigung der Erstattungsantrage durch die Finanzamter ein. Die Finanzamter sollen sich mit den Arbeitnehmervertretungen in Verbindung setzen und darauf hinwirken, das die Erstattungsantrage moglichst bald eingereicht werden, da in der zweiten Halfte des Monats Marz und in den Monaten April und Mai die Veranlagungstatigkeit der Finanzamter einsetzt und die Erledigung der Erstattungsantrage sich dann verzogern wird. Die Finanzamter werden angewiesen, bei den Erstattungen nicht kleinlich zu verfahren, damit die Beamten der Lohnsteuerabteilungen sich wieder mehr der Aufgabenkontrolle widmen konnen.

Inzwischen ist das Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer mit dem Datum vom 26. Februar 1926 in Nr. 11 des Reichsgesetzblattes vom 2. Marz veroffentlicht worden. Das Gesetz ist also mit dem 3. Marz in Kraft getreten. Dieser Zeitpunkt ist wichtig, weil das vereinfachte Erstattungsverfahren nur auf die Falle Anwendung findet, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden waren. Wenn die Antrage eingereicht worden sind, ist dagegen gleichgultig.

Isidor Kreil.

Der deutschnationalen Kronzeuge vor Gericht.

Augsburg, 3. Marz. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann vor dem GroBen Schoffengericht Augsburg die auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen den 1894 in Ralmunz geborenen Kurierbote und Kaufmann Isidor Kreil, der des Anerbietens zum Mord und des Betruges in zahlreichen Fallen angeklagt ist. Kreil, der vor kurzem mehrere Wochen Gefangnis erhielt, weil er dem ihn vernehmenden Richter die Ode von Berchtesgaden einlieferte, hat sich nach der Anklage dem Verleumder des verstorbenen Reichsprasidenten Ebert, dem Schriftleiter Rothardt in Stuttgart, dem Verteidiger Rothardt, Rechtsanwalt Bindewald in Augsburg, und dem deutschnationalen Parteisekretar Freiherrn von Forstner in Darmstadt gegenuber erboten, in der Offizialklage des Reichsprasidenten Ebert gegen Rothardt zu bestatigen, das Ebert wahrend der Jahre 1916 bis 1918 an landesverraterischen Handlungen sich beteiligt habe. Der Versuch des Angeklagten, vor der vom Staatsanwalt beantragten Verlesung seiner Strafliste die Zustandigkeit des Augsburger Gerichts zu bestreiten, wurde durch BeschluB des Gerichtes zuruckgewiesen.

Der deutschnationalen Kronzeuge Kreil ist bisher wegen Diebstahl, Heherei, Schleichhandel, Unterschlagung, Fahnenraub und Hochverrat mit einer Reihe von Gefangnisstrafen und mit drei Jahren Zuchthaus vorbestraft. Er hat bisher behauptet, das er in den Jahren 1916 bis 1918 fur die Sozialdemokratische Partei Kurierdienste zwischen der Schweiz und Berlin versehen habe. Er will sich hier den Schlusel zu der verschlossenen Aktenmappe verschafft haben, in der er dann kompromittierende Briefe des inzwischen verstorbenen Reichsprasidenten gefunden habe.

Auch habe er einmal einen Betrag von 500 000 Schweizer Franken aus der Schweiz nach Deutschland gebracht und im Gewerkschaftshaus am Engelauer abgeliefert. Weiter will er in Konstanz beobachtet haben, wie Ebert 1918 dort einmal mit einem franzosischen Militarschriftsteller und Hauptmann und einem englischen Oberst verkehrt und unter falschem Namen im Insephotel gemohnt hat. Im Verlaufe der Verhandlung anderte er seine Aussage und behauptete, das er als Kommunist nicht verpflichtet gewesen sei, den Volkischen und Nationalen die Wahrheit zu sagen. Er habe lediglich das Bestreben gehabt, Ebert zu kompromittieren. Er habe dabei nicht seinen persoenlichen Vorteil gesucht, doch sei ihm das Geld formlich aufgedrangt worden. Festgestellt ist, das er sowohl von dem deutschnationalen Parteisekretar als auch von Rothardt und den hinter ihm stehenden „nationalen“ Verbanden verschiedene Betrage bis zu 300 M. im Einzelfalle erhalten hat. Er will ihnen aber dafur nicht einen Reueid angeboten, sondern lediglich die Beschaffung von Material in Aussicht gestellt haben.

Die Anklage geht von der Voraussetzung aus, das dieses in Aussicht gestellte Material uberhaupt nicht existiert und es Kreil nur darum zu tun war, sich Betrage zu seinem Lebensunterhalt zu beschaffen. Vor Gericht trat der Angeklagte ziemlich frech auf. Er erkarte, das er nun das Material uberhaupt nicht mehr hergeben, sondern es ins Ausland verkaufen werde.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunachst die Bernehmung des deutschnationalen Parteisekretars und ehemaligen Korvettenkapitans Freiherrn v. Forstner, der seinerzeit einer der Hauptdrahtzieher bei der Hege gegen den verstorbenen Reichsprasidenten war. Von Forstner gestand, das er sich im Jahre 1924 in Augsburg mit Kreil getroffen habe. Bei der Unterredung sei auch Dr. Ganser, der das „Material“ Kreils in der Offentlichkeit gegen den Reichsprasidenten verwerlete, zugegen gewesen. Forstner hat damals dem Kreil nahegelegt, das Material uber den „Landesverrat“ Eberts moglichst noch vor der Dezemberwahl 1924 herbeizuschaffen. Aus diesem Grunde hat Kreil am 9. Dezember 1924 Freiherrn v. Forstner in Darmstadt aufgesucht. Von da aus fuhr Forstner mit Kreil nach Magdeburg zu einer Besprechung mit Rechtsanwalt Bindewald, dem Verteidiger des Angeklagten Rothardt im Ebert-Prozess. Von Forstner veranlasste dann Kreil zu seiner Reise in die Schweiz, wo spater die Verhaftung erfolgte. Forstner muB als Zeuge zugeben, Kreil Geld verschafft bzw. ihm selbst gefandt zu haben. Er sucht sich dahin auszuweichen, das er an eine Betrugsabsicht Kreils nicht glaube. Er habe sich allerdings gewundert, das man das von Kreil in Aussicht gestellte Material bis zur Stunde noch immer nicht habe bekommen konnen.

Kennzeichnend fur das Verhalten der volkisch-nationalen Kreise gegenuber Kreil ist dessen Behauptung, das ihm seinerzeit vorgeschwindelt worden sei, sowohl Generaldirektor Knappich in Augsburg wie die Redaktion eines nationalen Blattes wurden ihm gerne 100 000 M. fur die Vernichtung Eberts bezahlen.

Das Recht der Untersuchungsausschusse.

Zeugniszwang.

Das vom UntersuchungsausschuB des Landtags fur die Feme-morde angeforderte Gutachten, inwieweit die Untersuchungsausschusse gegen renitente Zeugen ein Zeugniszwangsverfahren einleiten konnen, ist wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfahrt, vom preussischen Innenministerium ausgearbeitet worden und dem Justizministerium zugegangen. Es durfte dieser Tage dem Ausschusse zugehen und wird zum Ausdruck bringen, das den Zeugen auch gegenuber den Untersuchungsausschussen ein gewisser Zeugniszwang obliegt. Jedoch stehen dem Vorsitzenden solcher Ausschusse nicht alle Rechte zu, die ein Gerichtsvorsitzender besitzt. So kann der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses z. B. von sich aus ein Zeugniszwangsverfahren nicht einleiten. Er muB sich vielmehr um Rechtshilfe an das zustandige Amtsgericht wenden. Dies lehnte muB jedoch alsdann der Forberung des Ausschusses statgeben.

Sein und Schein.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Der starkste musikalische Eindruck dieser Woche ging von einem Abend des Strauss-Plinius in der Staatsoper aus. In einem Werk, das durchaus nicht mehr den schopferischen Meister in bester Wolkenhohe zeigt (sich meine „Die Frau ohne Schatten“), wurde durch das Spiel der Barbara Kemp eine Leidenschaft und ein Feuer auf der Buhne entzundet, das nur im Schaffen ganz groBer Kunsler ausfuhren kann. Wie diese Faserfrau jung ist in ihrer Bewegung, lebendig in der Mimik, wie sie den Uebergang vom feindlichen zum liebenden Weib spielt und melodisch bildet, wie sie ohne jede Aufdringlichkeit die Szene und Menschen der Szene beherrscht, das ist letzte elementare Naturkraft, letzte auBerordentliche Kunst. An derselben Stelle schuf das achte Sinfoniekonzert unter Erich Kleiber eine sehr bedenkliche Stimmung. Die Programme Kleibers waren niemals einheitslich und zeugten niemals von einem reifen musikalischen Gefuhl bezuglich Stil und Literatur. Jetzt versucht er es mit Erstauffuhren und hat dabei einen sehr unglucklichen Griff getan. Die „Puccinaglia“ von B. Goldschmidt ist eine Schulerarbeit von leidlichem Niveau, nichts mehr. Die Penetranz, mit der sich das Thema in den Bass fortentwickelt, ist fast unangenehm und urchaus nicht entschuldigend durch die Art Musik, die sich hoch und einfallig daruber hinzieht. Nicht viel besser steht es mit dem „Fendestea-Vorpiel“ Opus 31 von Fritz Schreier. Es beginnt mit einem leicht veranderten Motivo aus dem Don Juan von Richard Strauss, das allerdings den Amazonentyp sehr gut wahr und bleibt instrumental ganz in der Farbe von Strauss, kaum einen eigenen Gedanken produzierend. Immerhin darf man diesem jungen Komponisten nachruehmen, das er aus den Partituren seines Meisters vieles an Koloristik gelernt hat. Das Guarnieri-Quartett spielt auf Meisterinstrumenten; sein Zusammenwirken ist von einer seltenen Geschlossenheit und Klangschonheit. Das zweite Streichquartett von Erich Walter Sternberg verduft sich in neuartigen Klanggebilden, auch der Wechsel in der Rhythmisierung von Motiven hat Charakter und man spurt zudem Temperament aus dem Quartett heraus. Die einzelnen Teile sind aber in ihrer Entwicklung nicht gerade sehr folgerichtig, und ein groBes Formgefuhl ist Sternberg nicht zu eigen. Es fehlt die Sammlung, die Konzentriertheit, das episodische Nebenwerk erdruckt das Interesse am Gesamtwerk. Ein Zeichen von Talent, nicht von Reife.

Martha Sing gehort zu den wenigen Geigerinnen, die vom Technischen fort zu einer Wertgestaltung streben. Die Mechanik des Handwerks ist sauber, prezis und geidig, sie zieht aus ihrer wundervollen Steingerige einen lebendigen sinnlichen Ton. Sowohl in der Brahmschen G-Dur-Sonate, wie in der Gesangszone von Spohr wurde diese feste Befestigung zu einem kleinen Erlebnis. Der Schlusssatz der Sonate wurde allzu ruhig genommen; in den

feurigen Vortragsstucken, etwa beim Boloschen Violinkonzert, wurde Martha Sing beherzt und zeigte, das man sehr wohl eine tief musikalische Begabung verbinden kann mit einem virtuosen, doch nicht dominierenden Sinn fur Wirkung. Sophie Rogan Scheiner wurde mir von einem verstandigen Gewahrsmann als Pianistin von guter Schulung und lauberen Vortragsmanieren geschuldet. Maria Sasonoff reicht heute mit ihrem Klavierpiel noch nicht uber den Durchschnitt einer guten Konservatoriumsleistung. Der Anschlag ist schwachlich, die Griffstarkheit noch unentwickelt, das Beleben des Satzes nicht gerade interessant. Immerhin ist das, was sie spielt, richtig und bei weiterem Studium ist eine Entwicklung moglich. Julia Mary Billi offenbart eine Stimme, die keine Dfensbarung ist. Ihr Sopran ist klein, eng, plarrnd, und sie druckt mit allen Muskeln, die zu Gebote stehen. Der Versuch, ausdrucksvoll im Vortrag zu bleiben, muB an derartig mangelhafter Technik scheitern. Die schone Mezzosopranstimme der Elisabeth Adler-Heineberg wirkt mit vornehmer Einstellung auf Ariens von Bach, noch nicht frei genug, um Tragerin eines groBen Erlebens zu sein, wie ihn die Sangerin zu erstreben scheint. Im Laufe des Abends mildert sich die Scharge des Sopranklanges, besonders dann, wenn die hohe Sopranlage verlassen wird. Ihre Partnerin Paula Lindberg (um deren offentliches Auftreten ich mich personlich oft bemuht habe) zeigt in einer der schwersten Solofantaten, die Bach geschrieben („Widerstehe doch der Sunde“), das sie eine musikalische Urbegabung ist, deren stimmliche Kultur parallel geht einer klugen Urbegabung der Texte und einer sprachlichen Kultur, wie sie bei Sangerinnen selten ist. Wer diese charakteristische Fuge fur eine Stimme so lebendig zu phrasieren, wer dieses Rezitativ mit so vollem und vornehmer Pathos singen kann, der darf auf eine groBe Entwicklung hoffen.

Wollen und Konnen, Theorie und Praxis gehen nicht immer die gleichen Wege in der Musik. Wer Freude an der Musik hat, und diese Freude so weit treiben will, das uber den sinnlichen Reiz, ihn erhohend, die Kenntnis von dem theoretischen Fundament und inneren Beziehungen der Tone zueinander steht, der lese das kleine Heftchen, das Siegfried Ochs unter dem Titel „Ueber die Art, Musik zu horen“ im Werk-Verlag veroffentlicht hat. Gerade die Richtfahigkeit werden diesen elegant geplauderten Vortrag mit GenuB und mit dem Erfolg einer groBen Kenntnisbereicherung aufnehmen.

Flugverkehr in der Sidssee. Die australische Regierung hat eine Luftdienstgesellschaft fur Neuseeland organisiert, die mit der Regierung von Niederlandisch-Indien ein Abkommen geschlossen hat auf Einrichtung eines regelmassigen Flugverkehrs zwischen Java und Australien. Die Linie geht von Sourabaya uber Bima nach Port Darwin, von wo sie bis nach Sydney und Melbourne verlanert werden wird. Die australische Regierung hofft damit den AnschluB an den zwischen Niederlandisch-Indien und Europa organisierten Luftverkehr zu gewinnen.

In den Dahlemer Tropen. Ein verregneter Sonntag folgt dem anderen. Solche Tage sind aber kein Grund, dahheim am Ofen zu hocken. Sie werden weit besser zu einem Besuch der Gewachshauer des Botanischen Gartens verwandt, die von 2 Uhr nachmittags ab geoffnet und an Sonntagen, wie auch Mittwochs und Sonnabends, kostenlos zu besichtigen sind. (An den anderen Tagen erhebt der Garten 25 Pf. Eintrittsgeld). Wie oft man diese Zauberwelt schon gesehen haben mag, kommt nicht in Betracht, weil man sich an ihr gar nicht oft genug erfreuen kann, und weil jeder Besuch neu erschlossene Blüten und Blattgestalten bietet.

Der Rundgang beginnt im Glashause G mit den tropischen Farren. Ihre Blütenlosigkeit konzentriert unsere Aufmerksamkeit auf die Blattformen. Bei den Orchideen ist es umgekehrt. Das Blattwerk variiert hier im allgemeinen wenig, die Blüten aber überschlagen sich förmlich im Rausch der Farben und Formen. Und obwohl kaum eine von ihnen im üblichen Sinne als lieblich zu bezeichnen ist, weil in ihnen stets etwas Bizarres, Groteskes, Phantastisches, um nicht zu sagen Anstößiges mitschwingt, so müssen wir doch zugeben, daß diese Blüten das gesamte Reich der Gewächse krönen. Wieder folgen mächtige Blattpflanzen, dann über und über blühende Ranelien, südafrikanische Eriogonien, Primeln, insektenmordende Kannenpflanzen, dann das Glashaus mit den Kakteen, das zugleich die ihnen ähnlichen Gewächse aus anderen Familien beherbergt. Die Natur beschäftigt sich hier mit angewandter Mathematik, nämlich mit der Aufgabe, auf beschränktem Raum so viel Stacheln als möglich in zierlich geometrischer Anordnung unterzubringen. Diese Abweilung wird von Jahr zu Jahr reicher und fesselnder. Gerade jetzt blühen eine Anzahl von Aloen.

Die Dahlemer Tropen kulminieren im großen Palmenhaus, wo wir von neuem auszurechnen suchen, wann die größten Exemplare die Glaskuppel durchstoßen haben werden. Ein Aufenthalt unter dem erhabenen Blätterdach dieser Kinder des Lichts übersteigt an Wirkung auch die besten Filmaufnahmen aus den Tropen.

Durch die zahlreichen Sträucher des ostaustralischen Buschwaldes, die schon durch ihre ganze Tracht die sonnige Trockenheit ihres Heimatlandes verraten, gelangen wir ins Freie, und machen nun noch einen Rundgang durch den Garten. Hier und da blühen schon Rieswurz, Bachwurz, Krotus, Primeln, Meerzwiebeln, Rhododendron. Die Kornelkirsche blüht zitronengelb, die weißen ihre Blüten noch in den Knospen ruhen und hier und da beginnt über Büschen der grüne Schiefer sich zu entfalten, dem wir uns jetzt alle entgegensehen.

Der Siegeszug des metrischen Systems. Das metrische System nimmt seinen Siegeslauf. Seit 1920 wurde es von Rußland, Polen, den Baltikumstaaten, Griechenland, Persien und Siam vor einigen Monaten auch in Japan eingeführt. Nunmehr haben auch die Vereinigten Staaten beschlossen, in absehbarer Zeit das Metrisch anzunehmen. Von den größeren Staaten, die nach dem Beitritt Amerikas noch seine stehen, bleibt in der Hauptsache dann nur noch England übrig.

Englische Studenten besuchen Deutschland. 21 Studenten der Technischen Hochschule zu Birmingham beabsichtigen, unter Leitung des Auslandsamtes der deutschen Studentenschaft eine Studienreise durch das Rhein- und Ruhrgebiet zu unternehmen.

Ein Nachspiel zur Rede Dittmanns.

Zweiterlei Maß?

Genosse Dittmann schreibt uns:

Das kommunistische „Ruhr-Echo“ und nach ihm die Berliner „Rote Bahne“ stellen die Behauptung auf, ich hätte einen der Vorkämpfer gegen die Matrosen aus dem Jahre 1917 jetzt nachträglich deshalb gedacht, „weil derselbe führender parteivorstandstreuer Funktionär und Gewerkschaftsbevollmächtigter ist“. Die beste Klärung der Sache gibt folgender, von mir geschriebener Brief:

Berlin, den 16. Februar 1926.

Herrn Karl Zapp,

Herne i. B.

Wertes Genosse!

Gemäß unserer heutigen persönlichen Rücksprache im Reichstagsgebäude ich Ihnen hiermit folgende schriftliche Erklärung:

Sie fühlen sich persönlich getroffen durch die auf Seite 52 meiner Broschüre „Die Marinejustizmorde usw.“ gemachte Bemerkung, daß Sie 1917 an dem Vorkämpferwerk beteiligt gewesen seien.

Zu dieser Bemerkung bin ich gekommen, weil Sie nach den Akten seinerzeit zu Ihrer Verteidigung erklärt haben, Sie hätten die Absicht gehabt, über die politische Bewegung von Ihren Kameraden noch mehr zu erfahren und es dann dem Kommando zu melden. Der Anklageverteidiger Kriegsgerichtsrat Dr. Dörsch hat starke Zweifel an der Richtigkeit Ihrer Darstellung gehabt und betont besonders, daß Ihre intime Freundschaft zu dem Hauptbeschuldigten Hiller den Verdacht erwecke, daß Sie doch mehr an der Bewegung beteiligt gewesen seien, als Sie zugegeben hätten. Da Ihre Erklärung aber nicht widerlegt werden konnte, hat er das Verfahren gegen Sie eingestellt.

Sie haben mir heute mitgeteilt, daß Sie nach Ihrer Verhaftung in Kiel mit Ihrem Freunde Hiller allein im gleichen Bahndienst nach Wilhelmshaven transportiert worden seien und daß Hiller Ihnen auf der Fahrt geraten habe, zu Ihrer Verteidigung die Ausrede zu gebrauchen, Sie hätten die Sache dem Kommando melden wollen, welchen Rat Sie dann befolgt hätten; so sei Ihre Aussage zustande gekommen, zu der Sie auch weiter nach durch die terroristische Vernehmungsmethode des Kriegsgerichtsrats Dörsch veranlaßt worden wären.

Diese Erklärung Ihres damaligen Verhaltens konnte ich natürlich aus den Akten nicht erfahren. Der Akteninhalt steht ihr nicht entgegen und Ihre Zeugenaussagen enthalten keine belastenden Tatsachen für Ihre angeklagten Kameraden, wie ich Ihnen gerne bestätige, da mir ja lediglich an der Feststellung der geschichtlichen Wahrheit liegt. Vielleicht gelingt es, die Adresse Ihres ehemaligen Kameraden Hiller festzustellen und durch ihn eine Bestätigung Ihrer Darstellung zu erhalten.

Mit sozialdemokratischem Gruß
gen. Wilhelm Dittmann, M. d. R.

Da lediglich die eigene Aussage des Zapp in der Voruntersuchung über seine angebliche Meldeabsicht, aber keinerlei Spitzelbetätigung gegen ihn vorgebracht werden kann, war es eine einfache Pflicht der Lokalität, ihm diese Tatsachen auf sein Ersuchen zu bestätigen. Das hätte ich selbstverständlich auch gegenüber jedem Kommunisten oder Angehörigen irgendeiner anderen Partei tun müssen. Diesen kommunistischen Redakteure, die den Militarismus im Kriege aus eigenem Erleben kennengelernt haben, werden so gut wie ich wissen, daß unter dem furchtbaren Druck dieses barbarischen Systems jede Ausrede galt, die Erfolg versprach, zumal ja das ganze System auf Lug und Schwindel aufgebaut war. Da der furchtbare Druck, in der sich die meisten noch sehr jungen, politisch unerfahrenen Matrosen befanden, konnte kein vernünftiger Mensch von ihnen verlangen, Wahrheitsjanatiker zu sein. Daher bin auch ich nicht in der Lage, zu behaupten, daß die Erklärung, die Zapp jetzt für seine Aussage gegeben hat, unrichtig sei; er bemüht sich gegenwärtig durch seinen früheren Kameraden Hiller die Richtigkeit seiner Erklärung bestätigen zu lassen.

Auch solche Teilnehmer an den Marinevorfällen von 1917, die heute in der kommunistischen Partei eine Rolle spielen, haben damals durchaus nicht das Musterbeispiel revolutionärer Charakterfestigkeit gegeben, das die kommunistische Presse jetzt hinterher von jedem fordert. So hat zum Beispiel der Oberheizer Sachsse, der Verfasser der in einem kommunistischen Verlag erschienenen, mehr Dichtung als Wahrheit enthaltenden Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen“, der kürzlich im Ruhrgebiet in einer kommunistischen Versammlung über die Marineereignisse von 1917 allerlei revolutionäre Legenden erzählt hat, am 13. Januar 1918 ein Gnadengesuch an Admiral Scheer gerichtet, in dem er sagt:

„Ich bitte nun um Gnade, gehorcht um Gnade und um Wiedereinstellung in die Front, damit ich Gelegenheit finde, den Schandfleck von meiner Ehre wieder abzuwaschen, wenn es sein muß, mit meinem Herzblut zu führen, was ich in unglücklicher Verbannung und Verführung an meinem Vaterlande vergangen habe.“ Habe ich mich infolge Verbannung zu jener Tat hinreißen lassen, so kam doch bald die Erkenntnis dieses Fehltritts und ich habe mich dann sofort nach meiner Verhaftung meiner Pflicht besonnen und ein völliges Geständnis abgelegt, welches dazu führte, die gesamte Bewegung auszudecken und ihr somit Einhalt zu gebieten. Auch sonst habe ich mich in allen Dingen der strengsten Wahrheit beschiedigt und berufe mich hierin auf das Zeugnis des Herrn Marinekriegsgerichtsrats Dr. Dörsch vom Bericht der Aufklärungsschiffe als den Vertreter meiner Anklage...

Sachsse behauptet also in diesem Gnadengesuch, daß sein Geständnis dazu führte, die ganze Bewegung aufzudecken, heute wird er vielleicht sagen, diese Angabe lediglich in Anknüpfung an die Mentalität der Marinemachtshaber wahrheitswidrig gemacht zu haben. Nun nun jemand, der unter dem Druck einer militärischen Justiz und brutalen Willkürherrschaft sich menschlich schwach zeigt, deshalb auch bereits ein Lump sein, mit dem kein ehrlicher Arbeiter zusammenarbeiten kann? Bedarf es dazu nicht doch anderer Beweise? Das werden wohl auch das „Ruhr-Echo“ und die „Rote Fahne“ nicht leugnen wollen. Aber was dem einen gegenüber recht ist, dürfte doch wohl gegenüber dem anderen billig sein.

Das Knappschaftsgesetz.

Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Mittwoch beschlossen, die Pension auch den in der Knappschaftsversicherung Versicherten zuteil werden zu lassen, die keine oder nicht während 180 Beitragsmonaten wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet haben. Allerdings erhöht sich bei diesen Versicherten die Altersgrenze von 50 auf 55 Jahre. Die Höhe des Ausbaus der Versicherung liegt eine Begrenzung gegenüber dem bisherigen Zustand insoweit entgegen, als der Alterspensionär, der die Vergütung nicht aufgibt, nur 75 Proz. der ihm zustehenden Pension erhalten kann. Die Witwenpension soll 60 Proz., das Waisengeld 20 Proz. der verdienten Invalidenpension betragen. Die Versorgungsbezüge werden auf den Mindestsatz des dreifachen Monatspensionsbetrages festgesetzt. Mit diesen Beschlüssen ist der reaktionäre Ansturm gegen die Alterspension in der Knappschaftsversicherung abgewehrt worden.

Der Kampf um die Ratsitze.

Nur Deutschland? — Ruhige Erwartung in Genf.

Genf, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der ruhige Ton der Erklärungen Briands in der französischen Kammer und der Äußerungen Chamberlains im Parlamentsauschuss der britischen Völkerbündlervereinigung werden in den Kreisen des Völkerbundes dahin ausgelegt, daß die beiden Staatsmänner nicht daran denken, es bei der Völkerbundstapung zu einer Krise kommen zu lassen. Man nimmt an, daß Briand sowohl wie Chamberlain davon überzeugt sind, es werde sich in einer persönlichen Aussprache mit der deutschen Delegation bald eine sachliche Lösung finden lassen. Sie dürfte darin bestehen, daß vorläufig außer dem deutschen keine neuen Ratsitze geschaffen werden. Von Generalsekretär Drummond weiß man zwar, daß er selbst eine Erweiterung des Völkerbundesratssitzes angeht; aber als ausgeschlossen muß es gelten, daß er, wie das teilweise behauptet worden ist, bei seinem letzten Aufenthalt in London sich eifrig für die Erweiterung des Völkerbundesrats eingesetzt hat.

Kompromiß durch Vertagung.

Paris, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) In diplomatischen Kreisen sieht man den Konflikt, zu dem es bezüglich der Erweiterung des Völkerbundesrats zu kommen drohte, als endgültig beigelegt an. Auf Grund des zwischen den interessierten Mächten geführten Meinungsaustausch gilt eine Verständigung für gesichert, und aller Voraussicht nach dürfte es in Genf zu einer Vertagung in Form der Ueberweisung der strittigen Frage an eine Kommission kommen. Sie soll der Vollversammlung des Völkerbundes vor ihrem Zusammentritt im Herbst bestimmte Vorschläge unterbreiten. An der Beratung und Beschlußfassung darüber wird dann auch Deutschland, dessen Aufnahme in den Rat auf seine Schwierigkeiten stehen dürfte, teilzunehmen haben.

Vandervelde gegen die Ratsvergrößerung.

Brüssel, 3. März. (W.T.B.) Während der Debatte über den Haushalt des Außenministeriums gab Vandervelde u. a. folgende Erklärung ab: Gewiß verstehe ich die der Regierung aufgenötigte Zurückhaltung in der Frage des Völkerbundes, in der gegenwärtig die Meinungen ziemlich lebhaft gegeneinander prallen. Es ist jedoch durchaus notwendig, daß eine gerechte und der künftigen Entwicklung des Völkerbundes günstige Lösung in einer Atmosphäre der Ruhe und des gegenseitigen Vertrauens gefunden wird. Ich will keinesfalls eine endgültige Meinung über die Kandidaturen aussprechen, denn die Frage ist verzwickelt und wird durch den Pressefeldzug noch kompliziert, in dem, was ein

schwerer Fehler war, bestimmte Kandidaturen als ein durch den Eintritt Deutschlands nötig gewordenen Gegengewicht — um nicht zu sagen Gegengewicht — hingestellt wurden. Der Völkerbund wird die Frage der Kandidaturen nicht von diesem Standpunkt aus erörtern.

Um meinen Gedanken voll und ganz auszusprechen, fürchte ich, daß der Völkerbund, wenn er sich auf den Weg drängen läßt, wohin man ihn führen will, bald genötigt sein wird, einen neuen Schub von ständigen Ratsmitgliedern vorzunehmen und infolgedessen die Zahl der nichtständigen Mitglieder weiter zu erhöhen, und so hätten wir einen Rat, der aus 18, 20 oder mehr Köpfen bestehen würde. Aus dieser Lage ergeben sich meiner Ansicht nach zwei Gefahren. Erstens und hauptsächlich würde die Versammlung gegenüber einem Rate, in dem alle einigermaßen politisch bedeutenden Staaten vertreten wären, an Bedeutung stark verlieren. Wir Belgier sind aber keineswegs sicher, selbst wenn diese Erweiterung stattfindet, ständige Mitglieder des Rates zu werden. Zweitens sehe ich im voraus, daß selbst die im Rate ständig oder nicht ständig vertretenen Staaten an Einfluß viel einbüßen werden, denn neben einem zahlreichen und folglich in seinen Beratungen gehemmten Rate würde sich ein halbamtlicher oder amlicher Ausschuss bilden, der in Wirklichkeit die Entschlüsse fassen würde.

Es ist, wie es Chamberlain gestern sagte, höchst wünschenswert, daß wir nicht mit gebundenen Händen nach Genf gehen, um dort in einer Atmosphäre des gegenseitigen Entgegenkommens die für ein gutes internationales Einvernehmen günstigsten Lösungen zu suchen. Indem sie diese Lösungen suchen wird, wird die belgische Regierung, mit der ich in engster Fühlung bleiben werde, sich von den Gefühlen leiten lassen, die Briand bei seiner Verteidigung der Locarnoerträge in der französischen Kammer äußerte.

Chamberlain wird sich heute erklären.

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident erklärte am Mittwoch im Unterhaus, daß die Aussprache über die Instruktionen der englischen Delegation für Genf am Donnerstag erfolgen soll. Der englische Außenminister ist vom Kabinett beauftragt, den Standpunkt seiner Regierung ausführlich klarzulegen. Es ist im wesentlichen dem Druck der Arbeiterpartei zu danken, wenn auch das englische Unterhaus noch vor der Abreise Chamberlains nach Genf zu der Erweiterung des Völkerbundesrats Stellung nimmt.

Justiz oder Farce?

Die „Dienstvergehen“ des Schulrats Stölzel.

Braunschweig, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Prozeß gegen den früheren sozialdemokratischen Landesschulrat Dr. Stölzel hat am Mittwoch in dritter Auflage begonnen. Die Richter Bachmann und Göhe, die seinerzeit die gesegnete Beschlagnahme der Verteidigerakten anordneten und deshalb von der Verteidigung als befangen abgelehnt wurden, erklärten sich selbst für nicht befangen und führen den Prozeß weiter. Zunächst wurde Stölzel darüber vernommen, ob er einen ihm unterstellten Beamten zur Beförderung von Zahlungen in Dienstbüchern verleiht habe. Stölzel bestreitet das entschieden. Der betreffende Beamte hatte mit Rosenführung nichts zu tun; es habe sich vielmehr um Privatbücher gehandelt. Dann folgte die Untersuchung Kleinrichs Reisegeheimnisse. So soll Stölzel nach einer Berliner Dienstreise nicht ins Amt zurückgekehrt, sondern in Urlaub gefahren sein. (!) Er weist aber durch einen Brief das Gegenteil nach. Bei einer anderen Dienstreise soll er die Kasse geschädigt haben. Wie liegen hier die Dinge? Stölzel war der Auffassung, daß ihm für die Reise die zweite Klasse Personenzug zustehe. Einmal hat er aber die dritte Klasse D-Zug benutzt und sich die zweite Klasse Personenzug zahlen lassen. (!) Ein Vergehen erblickt er schon deshalb nicht darin, weil der Preis der gleiche war. Der Staatsanwalt bringt es fertig, auf einen ähnlichen Fall aus dem Jahre 1923 zurückzugreifen, obwohl er selbst gar nicht zur Anklage steht. Aber gerade in diesem Fall konnte Stölzel nachweisen, daß er mit einer Fahrkarte zweiter Klasse in der dritten Klasse gefahren und also nicht auf Gewinn ausgegangen ist. Aus all diesen Kleinigkeiten ergibt sich ein bezeichnendes Bild, wie Genosse Stölzel auf Schritt und Tritt von der Reaktion bespitzelt wurde.

Das „Kapitalverbrechen“ Stölzels soll in der Benutzung des Amtstelephons zu angeblichen Privatgesprächen bestehen. (!) Er wird beschuldigt, den Staat dabei um 15 Pf. betrogen zu haben. Deshalb inszeniert man eine Verhandlung, die Tausende verschlingt. Auf Antrag der Verteidigung wurde über die Telefonfrage der Minister Marquardt vernommen. Er gab zu, es sei sehr wohl möglich, daß hin und wieder vergessen ist, ein Privatgespräch als solches kenntlich zu machen. Es könne auch mitunter schwierig sein zu entscheiden, ob ein Gespräch dienstlich oder privaten Charakter trage. Da es sich bei den Telefongesprächen um Bestellung von dem Landesschulamt dienstlich zur Verfügung gestellten Theaterkarten handelte, erklärte der Minister, daß auch er die ihm dienstlich zur Verfügung stehenden Theaterkarten benutze, und zwar auch in seiner Eigenschaft als Privatmann, sozusagen zur Erholung und Entspannung. Durch diese Aussage des Ministers dürfte wohl für vernünftige Menschen der Anklagepunkt bezüglich der Telefongespräche ohne weiteres erledigt sein. Ob die Richter zu dieser Auffassung kommen werden, wagen wir nicht vorauszusagen. Am Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Bildung und Schule.

Der Etat des Reichsinnenministers vor dem Ausschuss.

Nachdem der Ausschuss für den Reichshaushalt in der Nacht vom Dienstag die allgemeine Aussprache über den Abschnitt Bildung und Schule zu Ende geführt hatte, wurde am Mittwoch in der Einzelberatung einstimmig der Beitrag für die „Reichsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ von 3 auf 5 Millionen, und der Zuschuß zu den Kosten der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ von 832 000 M. um 200 000 M. erhöht. Alle anderen Anträge auf Erhöhung von Postitionen dieses Abschnitts wurden dem Unterausschuss zur Vorprüfung überwiesen. Genosse Dr. Löwenfeld trat für einen Antrag auf Besserstellung der Junglehrer ein, dem der Reichsrat leider entgegensteht. Auch dieser Antrag ging an den Unterausschuss. Von den Zentrumsmittgliedern wurde ein Antrag begründet, als Zuschuß zu den Wiederherstellungskosten des Kölner Doms 200 000 M. zu bewilligen. Minister Dr. Käy betont, daß die Angelegenheit deshalb von besonderer Bedeutung sei, weil sie die Frage aufrolle, ob das Reich die profane und kirchliche Denkmalspflege mit zu übernehmen habe. Es würde vielleicht

richtig sein, einen Dispositionsfonds für solche Zwecke einzurichten. Genosse Sollmann erklärte, nicht grundsätzlich gegen die Bewilligung zu sein. Aber es könne bedenkliche Konsequenzen haben, wenn nun für andere Dome als Kunstdenkmäler auch Zuschüsse angefordert würden. Er schloß sich daher der Anregung des Ministers an, zu erwägen, ob nicht ein allgemeiner Fonds zur Erhaltung von Baudenkmälern geschaffen werden könne. Uebrigens solle das Metro-politenkapitel, wenn es von der Republik Geld erbiete, auch die Fahne der Republik heben und das Hoheitszeichen des Reichs nicht bogförmigen. Da inzwischen Anträge auf Zuschüsse zur Erhaltung der Kirchenbauten in Ulm und Mainz eingelaufen waren, beschloß man, die ganze Frage vor der Entscheidung noch einmal nachzuprüfen.

Zum Abschnitt Gesundheitswesen gab Genosse Dr. Moses seiner Freude darüber Ausdruck, daß der von ihm angeregte Gedanke der Reichsgesundheitswoche so fröhliche Förderung im Reichsinnenministerium gefunden habe; er müsse nur bedauern, daß die Kenntnis von der Wichtigkeit der allgemeinen Gesundheitsprobleme noch so wenig verbreitet sei. Genosse Dr. Moses nahm dann noch Veranlassung, dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Bumm, der zum letztmalig das Reichsgesundheitsamt zu vertreten habe, den Dank des Reichstages auszusprechen für sein unermüdeliches Wirken im Dienste der Volksgesundheit. Er habe öfter starke Kritik am Gesundheitsamt üben müssen, das hindere ihn nicht, die Tätigkeit des Präsidenten in vollem Umfange anzuerkennen. Im übrigen sei er noch wie vor der Ueberzeugung, daß die beste Gesundheitspolitik in einer guten Lohnpolitik und Wohnpolitik bestehe.

Die preussische Städteordnung.

Abstimmungen im Landtag.

Der Landtag stimmte gestern zunächst einem sozialdemokratischen Antrag in der vom Beamtenschaftsausschuss beschlossenen Fassung zu. Danach wird das Staatsministerium ersucht, den auf den 1. März festgesetzten Anfangstermin für die Rückzahlung von zinsfreien Gehaltsvorschüssen an Beamte, Angestellte und sonstige in Staatsbetrieben Beschäftigte auf Antrag weiter hinaus-zuschieben.

Dann wurden nach einer Aussprache über das Personalabbaugesetz die Abstimmungen über die angefochtenen Paragraphen der neuen Städteordnung vorgenommen.

Im Hammelsprung wird mit 223 gegen 155 Stimmen die Bestimmung angenommen, daß Wappen und Dienstsiegel der Stadt sich von anderen Wappen und Dienstsiegeln unterscheiden und eine angemessene Ausführung zeigen müssen. — Die Benennung der Straßen und Plätze soll durch Gemeindebeschlüsse erfolgen. Das gilt auch für die Stadt Berlin. Ein sozialdemokratischer Antrag, der zum Gemeindevorstand lediglich den Bürgermeister und die Stadträte bestimmen will, wird abgelehnt.

Im Hammelsprung wird mit 205 gegen 172 Stimmen der Teil der Vorlage angenommen, der den Bürgerschaftsentscheid einführt. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung des Befähigungsnachweises (eventuell auch juristischer Art) für Bürgermeister, sowie der sozialdemokratische Antrag, die Bürgermeister erst auf 12 nur auf 6 Jahre zu wählen, wird abgelehnt. Auf vorkommende Anträge soll bei Abstimmung im Magistrat bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend sein. Im Hammelsprung wird mit 198 gegen 179 Stimmen der Paragraph angenommen, der als Selbstverwaltungsangelegenheiten alle sich aus dem örtlichen und städtischen Zusammenleben ergebenden Aufgaben näher bezeichnet und der bestimmt, daß solche Aufgaben von den Städten freiwillig übernommen oder ihnen durch Gesetz aufzuerlegt werden können. Gemäß den Ausschussbeschlüssen wird bestimmt: „Selbstverwaltungsangelegenheiten umfassen die gemeinnützige und werbende Betätigung.“ Die privatwirtschaftliche Betätigung einer Stadt darf die Erfüllung ihrer öffentlichen rechtlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen. Die kommunalen Wirtschaftsbetriebe sollen alljährlich Veröffentlichungen über ihren wirtschaftlichen Stand herausgeben. In namentlicher Abstimmung wurde mit 199 gegen 188 Stimmen der Vorschlag angenommen, daß die Bestimmung aufrechterhalten, daß werbende Betriebe von der Gemeinde in wirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht den Privatbetrieben gleichzustellen sind.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Abstimmungen, zweite Beratung der Zwischenlösung zur Hauszinssteuer, Fortsetzung der Beratung des Personalabbaugesetzes.

Schluß 5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Eine gewerkschaftliche Pflicht!

Für die Enteignung der ehemaligen Fürsten.

Die Gewerkschaften haben ein eminentes Interesse daran, daß die Eintragung zum Volksbegehren, die heute beginnt, ein durchschlagender Erfolg wird. Alle Forderungen der Arbeiterschaft auf Besserung der Sozialpolitik werden von der Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, daß kein Geld da sei. Gleichzeitig aber ist man bereit, den ehemaligen deutschen Fürsten Milliarden zuzuschütten.

Durch die Inflation ist das aus den Groschen der Arbeiter aufgeschüttete Vermögen der Sozialversicherung, sind die Bestände der Krankenkassen zum Teufel gegangen. Die Sozialrentner werden heute mit erbärmlichen Summen abgefunden. Den ehemaligen Fürsten aber will man nicht nur ungeheure Werte des deutschen Volksvermögens schenken, sondern noch skandalöse hohe Renten zubilligen.

Das alles geschieht oder soll geschehen unter dem Vorwand des formalen Rechts. Es ist kein Recht, sondern eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn alle Arbeiter und Angestellte, die ihr ganzes Leben bei fargem Lohn in schwerer Arbeit ihre Kräfte verbraucht haben, nunmehr an Hungertuche nagen müssen, während die ehemaligen Fürsten und ihre Mätressen, die das deutsche Volk ausgezogen und ins Unglück gebracht haben, dafür auch noch mit Milliarden abgefunden werden sollen.

Es vergeht kein Tag, ohne daß die Unternehmer und ihre Presse der deutschen Arbeiterschaft vorrechnen, wie groß die Soziallasten in Deutschland seien, wie schwer die Reparationslast auf Deutschland drücke. Von der Reparationslast, die die Kriegsverlierer von Gottes Gnaden dem deutschen Volk aufhalsen wollen, ist keine Rede. Wenn man der deutschen Arbeiterschaft einzureden versucht, daß sie sich infolge des verlorenen Krieges einschränken und mit einer armseligen Lebensweise begnügen müsse, wie will man es ihr klar machen, daß das deutsche Volk trotzdem noch so reich ist, um den davongelaufenen Hohenzollern Milliarden-geschenke zu machen.

Die Krant- und Schlottjunker lassen durch ihre Soldschreiber täglich ausrechnen, daß der Grund und Boden des Deutschen Reiches für seine Bevölkerung nicht ausreichend sei. Trotzdem will man den ehemaligen Fürsten 500 000 Morgen Land schenken!

Nun versuchen die sogenannten bürgerlichen Mittelparteien einen Kompromißantrag durchzubringen, der die Abfindung der ehemaligen Fürsten durch ein Sondergericht entscheiden lassen will. Die deutsche Arbeiterschaft hat im Laufe der Jahrzehnte nur bittere Erfahrungen mit den Gerichten gesammelt. In politischen und wirtschaftlichen Fragen hat die deutsche Arbeiterschaft kein Vertrauen zu unseren Berufsrichtern, die in ihre großen Mehrheit wirtschaftlich wie politisch durchaus reaktionär eingestellt sind. So wenig wie die Abfindung der ehemaligen Fürsten und die Ausrafung der Republik eine Frage des formalen Rechts ist und nicht von Berufsrichtern entschieden wurde, so wenig kann die sogenannte Abfindung der ehemaligen Fürsten von gelehrten Richtern auf Grund eines veralteten Rechts vorgenommen werden.

Hier kann nur das Volk selbst entscheiden! Der Volksentscheid allein, wie er bereits in der Frage: Monarchie oder Republik entschieden hat, muß auch die Frage entscheiden, ob die davongelaufenen oder davongezogenen Fürsten zum Dank für ihre Unfähigkeit oder ihre Verbrechen auch noch mit Milliardenwerten abgefunden werden sollen.

Wie sich die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ausgesprochen haben, so müssen auch die Mitglieder der freien Gewerkschaften jetzt ihr Wort abgeben. Sie müssen darüber hinaus auch ihre unorganisierten Kollegen und Kolleginnen in den Werkstätten und Bureaus, in den Fabriken und auf den Baustellen einwirken, damit auch sie sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen. Es ist um so notwendiger, daß gerade in den Städten das Proletariat bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen läßt, weil auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten ein außerordentlicher Terror gegen das Volksbegehren ausgeübt wird.

Alle Gewerkschaftler haben ein Interesse daran, daß das Volksbegehren bis zum siegreichen Volkentscheid geführt wird. Sie haben also die Pflicht, mit allen Kräften für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu wirken.

30 Jahre Bäckerei-Arbeiterschutz.

Am 4. März 1896 hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, nach der für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden begrenzt wurde. Für die Lehrlinge war im ersten Lehrjahr die zehnstündige, im zweiten Lehrjahr die elfstündige und im dritten Lehrjahr die zwölfstündige Arbeitszeit zulässig. Diese Arbeitszeit war auch an Sonn- und Feiertagen zugelassen.

Für die Arbeiterschaft in diesem Berufe bedeutete diese Regelung der Arbeitszeit einen großen Erfolg. Konnte doch die noch schwache gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen feststellen, daß die tägliche Arbeitszeit in den allermeisten Betrieben

16 bis 18 Stunden an Werktagen wie auch an Sonntagen betrug. Nur in 2,8 Proz. aller von der Erhebung erfaßten Betriebe wurde an Sonntagen nicht gearbeitet.

August Bebel unterzog sich der dankenswerten Aufgabe, das Ergebnis dieser Feststellung in seinem Buche „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ auszuwerten. Die überaus lange Arbeitszeit war nur möglich, weil allgemein die Nachtarbeit bestand und die Gehilfen bei Kost und Logis im Hause des Meisters beschäftigt wurden. Solche Verhältnisse zeltigten die grovenhaftesten Zustände bei den Verpflegungs- und Wohnungsverhältnissen und es konnte festgestellt werden, daß den Gehilfen und Lehrlingen

die schlimmsten Lächer als Schlafzimmer zugewiesen wurden. Die ansteckenden Krankheiten wütheten furchbar unter dieser dahmvegetierenden Arbeiterschaft. Bebel kam zu folgendem Ergebnis:

Schon allein dieser Umstand sollte die Behörden zwingen, sich mit größter Energie der Unteruchung von Arbeitsweisen zu widmen, die mit dem Wohle der Allgemeinheit aufs engste verknüpft sind. Auf die Frage, an welchen Krankheiten in der Hauptlage die Gehilfen liden, wurde bemerkt: Stets in erster Linie an Lungenerkrankheiten oder auch an Brustkrankheiten, zwei Bezeichnungen, die im Volksmunde für Schwindsuchtstranke allgemein üblich sind. Nach unserer Ueberzeugung läßt sich eine Organisation im Bäckergewerbe schaffen, wonach sowohl die eigentliche Nachtarbeit wie die Sonntagsarbeit sich als unnötig erweisen. Diese furchtbare Anlage, die sich im

Reichstag noch fortsetzte, zwang die Regierung zum Eingreifen und zum

Erlaß der Bundesratsverordnung.

Die Unternehmer spien Gift und Galle über die einschränkenden Bestimmungen in ihrer Ausbeutungsfreiheit. Doch die Gewerkschaft schützte die Verordnung und erreichte im jähren Kampfe die Anerkennung und Durchführung. Durch ihr Eingreifen mußten sich auch die Aufsichtsbehörden bequemen, ihre Kontrolltätigkeit in den Bäckereien und Konditoreien schärfer zu handhaben.

Seit dieser ersten Arbeiterschutz-Verordnung hat sich viel im Bäcker- und Konditorgewerbe geändert. Die Technik hat auch in diesem handwerksmäßigen Beruf Einzug gehalten. Die Beschränkung der Arbeitszeit wurde später erweitert auf die zehnstündige Sonntagsarbeit und den Erlaß von Vorschriften über die innere Einrichtung der Betriebe. Es wurden die berüchtigten Kellerbäckereien verboten und sonstige Bestimmungen hinsichtlich der sanitären Zustände in den Betrieben erlassen. Während des Krieges erfolgte 1915

das Verbot der Nachtarbeit

und im Jahre 1918 wurde in der noch bestehenden Verordnung vom Räte der Volksbeauftragten die achtstündige tägliche Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit festgelegt.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker- und Konditorgehilfen leistete innerhalb der 30 Jahre eine schier unermessliche Arbeit für die Anerkennung und Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Immer wieder versuchten die Unternehmer in ihrer Organisation, die Aufhebung der Verordnung zu erreichen. Sie protestierten auf ihren Verbandstagen, noch bis zum Kriegsausbruch, in der Hoffnung, doch noch Gehör bei der Regierung zu finden. Das Mißlingen dieser Bestrebungen haben die Gehilfen der großen Unterstützung der Gewerkschafts- und Parteigenossen zu verdanken. Sie wissen auch, daß sie nur als Glied der großen Arbeiterbewegung sich ihre sozialpolitischen Errungenschaften sichern können und bleiben in dieser Erkenntnis der großen Sache treu.

Jahresbericht der Zimmerer.

Vom Vorstand der Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer erhalten wir einen längeren Bericht, dem wir folgende Angaben entnehmen:

Die am Sonntag, den 28. Februar, in den Sophienböden tagende Zahlstellenversammlung nahm zuerst den Bericht über das vierte Quartal 1925 entgegen. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Die zentrale Einnahme und Ausgabe betrug 62 162,50 Mk., die lokale Einnahme und Ausgabe 45 365,47 Mk. Am Schluß des Jahres war ein Bestand der Lokalkasse von 20 365,47 Mk. vorhanden.

Die Stellungnahme der Zentralinstanzen zum zentralen Lohnabkommen wurde dann fast durchweg verurteilt. Ein Antrag, der eine Urabstimmung des Verbandes in dieser Frage verlangte, wurde gegen 7 Stimmen angenommen. Hieraus mußte nochmals die Wahl der Delegierten zum 24. Verbandstag vorgenommen werden, weil dem Vorstand inzwischen bekannt geworden war, daß von den 20 Kandidaten, die aus den Bezirken vorgeschlagen waren, einer noch nicht berechtigt war zu kandidieren. Die Wahl viel genau so aus wie am 20. Januar: 6 KPD-Anhänger wurden gewählt. (Der kommunistische Vorstand ist wenigstens offenerzig; nur Anhänger der KPD werden gewählt!)

Nun gab der Vorsitzende Kepschläger einen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. An 35 Streiks, die fast durchweg zugunsten der Mitglieder verliefen, waren 3937 Mitglieder beteiligt. Davon waren 3326 verheiratet mit 1869 Kindern und 611 unverheiratet. Diese Kämpfe erforderten eine Ausgabe von 273 891 Mk. aus der Zentralkasse und 40 686 Mk. aus der Lokalkasse, zusammen für Streik 1925: 314 577 Mk.

Möglich war es nur auf Grund unserer festgelegten Organisation. Der Lohn stieg im Laufe des Jahres von 96 Pf. auf 1,25 Mk., also um 29 Pf. pro Stunde, gleich 30,2 Proz. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 3686, am Schluß (19. Dezember 1925) 4292, mehr 606, gleich 16,46 Proz. Der kleine Verlust durch die Inflation ist somit ausgegweht.

Die Lehrlinge hatten einen Zuwachs von 85 Proz. Eine noch nie dagewesene Lehrlingsjucherei ist heute vorhanden. Bei der Handwerkskammer und den 9 Innungen für das Baugewerbe Groß-Berlins sind am Jahreschluß 587 Lehrlinge eingetragen. Redner streifte noch den Wohnungsbau, die Anstellung von Baukontrolleuren und den Nachweis, von dem wir durch die Politik der SPD. ausgeschaltet sind.

Durch die am 3. Oktober 1925 aufgenommene Statistik ist festgestellt, daß zum Zentralverband 91,6, zu den Syndikalistischen 3,5, in anderen Verbänden 1,2 und als unorganisierte 3,1 Proz. der vorhandenen Zimmerer gehören. Die vom Zentralvorstand heraus-

gegebene Verpflichtungsmarkte für solche Mitglieder, die ihre volle Pflicht gegenüber der Organisation nachgekommen sind, erhielten bis Jahreschluß 89 Proz.

In 197 Fällen mußte wegen rückständigen Lohnes, Entlassung der Betriebsräte ujm. Klage erhoben werden. Von den 7785,95 Mk. Lohnforderungen konnten im Berichtsjahr für die Mitglieder 6434,74 Mk. eingetrieben werden. — Der Geldverkehr während des abgelaufenen Jahres betrug: Zentral 447 914,60 Mk., lokal 105 880,72 Mk., zusammen 553 795,32 Mk.

Dem Vorstand wurde für seine Tätigkeit gegen 4 Stimmen das volle Vertrauen ausgesprochen. Aus fast allen Bezirken wurde der alte Vorstand zu der am Sonntag, den 7. März, stattfindenden Vorstandswahl wieder vorgeschlagen.

Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Halle, 3. März. (U.) Vor dem Schlichtungsausschuß fanden gestern die Einigungsverhandlungen über den vom Verband der mitteldeutschen Metallindustriellen geforderten Lohnabbau statt, dem die Metallarbeiter eine Lohnforderung gegenübergestellt hatten. Nach langen hartnäckigen Verhandlungen wurde mit drei zu zwei Stimmen ein Schiedsspruch gefällt, der die bisherigen Löhne im Prinzip weiter bestehen läßt. Ein Heruntergehen ist für einzelne Werte zugelassen, wenn die Untragbarkeit der Löhne nachgewiesen wird.

Erfolgreicher Abwehrstreik.

Halle, 3. März. (U.) Im Lohnstreit der Steinseher in Mitteldeutschland hat das Tarifamt des Berufes einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die bisherigen Löhne fortbestehen und der von den Arbeitgebern geforderte esprozentige Lohnabbau abgelehnt wird. Beide Parteien haben bereits die Annahme des Schiedsspruches erklärt. Der seit vier Wochen dauernde Streit ist damit beendet.

Kongress der Girsch-Dankerschen Gewerkschaften.

U. meldet: Die Spitzenorganisation der freiheitlich-nationalen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, veranstalteten am 14. und 15. März im G-Hause des Reichswirtschaftsrats ihren dritten freiheitlich-nationalen Gewerkschaftskongress. Die Tagung wird eingeleitet durch eine öffentliche Gewerkschaftskundgebung im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrats. Sprechern werden die Gewerkschaftsführer Erkelenz, Gustav Schneider und Max Järlentberg. In der öffentlichen Delegiertenversammlung am Montag, den 15. März, sind als Referenten vorgeblich Prof. Dr. Bonn, Dr. A. Samalysch und der Landtagsabgeordnete Ewald Riedel.

Wählgang, Zimmerer! Morgen, Freitag, abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Cool 3, Vertrauensmännerversammlung für das Jod-Vertrauens- und Tarifabkommen. Verbandsobmannen, sendet von allen Ausschüssen Kurze Berichte in die Versammlung, in der Stellung genommen wird gegen die heutigen Forderungen auf den Deuten!

Transportarbeiter der Berliner Metallbetriebe, Kfz-Hilfen des Deutschen Reichsbundes! Sonntag, den 7. März, vormittags 9½ Uhr, in den Reichenhofsälen, Kantabergstr. 21 (nahe Kleberplatz), Delegierten-Mitgliederversammlung. Alle Betriebe müssen vertreten sein. Auf je fünf Mitglieder entfällt ein Delegierter. Wo die Delegiertenwahl noch nicht erfolgt ist, müssen sie sofort vorgenommen werden. Nachgehler erhalten ein Souvenir in die Delegiertenliste. Die Parteileitung ist ersucht, alle Mitglieder zur Teilnahme an dieser Versammlung durch die Parteizentrale, es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, bestimmt und pünktlich zu erscheinen! Zutritt ist nur Mitgliedern der folgenden Organisationen gestattet.

Deutscher Baugewerksbund, Wohnungsbau Berlin. Beschl. der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlins.

Verband der Waler. Freitag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Cool 3, Sitzung der Vertrauensleute, der Betriebsräte sowie der Vertrauensleute. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen, Betriebs- und Arbeitsverhältnisse. Jeder Bericht muß vertreten sein! Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk 12. Morgen, Freitag, abend 7½ Uhr im großen Versammlungssaal von Wilhelm Krull, Berlin-Wilhelmsfelde-Str. 10, Ecke Luisenstraße, allgemeine Mitglieder-Versammlung aller im Bezirk Wohnenden. Die Parteileitung.

Jugendgruppe des JdM. Deute, Donnerstag, abend 7½ Uhr: Gruppe Treptow: Jugendheim Wilmersbühl, 81 (Kinderhort), Arbeitsgemeinschaft über „Körperkultur“. Referent: Luder; Gruppe Hermannplatz, Jugendheim Hohenzollernstr. 34, Mitglieder-Versammlung; Zusammenkunft der Mitglieder am Hans-Sachs-Spiel im Jugendheim des Ortsbureau, Belle-Alliance-Strasse.

CDU, Berlin. Sitzung am 6. März, abend 8 Uhr, im Rathaus, Zimmer 55. Tagesordnung: 1. Fortführung der Diskussion über Fortschritt, 2. Kommunalpolitische Berichte unserer Delegationsmitglieder.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Wjrus Gattmann; Gewerkschaftsbewegung: R. Eshen; Revolution: Dr. John Schickowski; Lokale und Sonstiges: Rik Karst; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Girard u. Co., Berlin SW 64, Lindenstraße 2. **Blatt 2** Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenzimmer“.

Spezial-Angebote!

- | | | | |
|---|------|---|------|
| Spezial = Frühjahrmantel aus mod. Stoffen mit Rückenfalte und Gurt, auch für formul. Figuren vorrätig. | 55.- | Spezial = Sportanzug 3teilig, a. nach engl. Art gemü. Stoffen, Jacket, Weste, Breeches od. Knickerbocker, passende lange Hose vorrätig. | 60.- |
| Spezial = Herrenanzug aus Gabardinstoffen, verschied. fein nuancierte Dessins, auch für schlanke Figuren vorrätig. | 55.- | Spezial = Anzug f. Jünglinge a. marengo, olivfarb. u. braunem Cheviot, m. Kadelstr., ein- u. zweireilig. | 36.- |
| Spezial = Herrenanzug aus blauem, reinwohlenem Kammgarnecheviot ein- und zweireilig. | 75.- | Spezial = Knabenanzug Original Pieler Form a. blauem Molton-Cheviot, m. Uebertragen u. Aermelkorderei, Hose gefüt., Gr. 0-7 | 16.- |
| Spezial = Cut u. Weste a. haltb. mareng. Cheviot | 52.- | Spezial = Chauffeuranzug dreiteilig, aus fräftig. Kord, Jacket, Weste und Breeches . . . | 55.- |
| Spezial = Hose a. für uns eigend. hergestell. Coitbus. Stoff., f. l. Fig. pass. | 14.- | Spezial = Gummimantel für Damen und Herren, Schlüpfarm aus Homepun mit vorgül. Gummierung, in unseren eigenen Werken sorgfält. verarbeitet | 17.- |
| Spezial = Anzug f. formulente Figuren, aus dunkelgemusterten kammgarbnartigen Stoffen | 69.- | | |

Spezial-Mackanzug a. hervorragend. Stoffen in vollendeter Ausführung **135.-**
Spezial-Herren-Mappahandschuhe 4.75. **3.75**

Livreen **Einsegnungsanzüge** von 21.- an **Berufskleidung**

Baer Sohn N.-G., Berlin

Eigene Kleiderwerte **nur** **Chausseestrasse 29/30** Unser Katalog wird auf Wunsch
und **Gummimantelfabrik** **Untergrundbahn: Stettiner Bahnhof** **kostenfrei überandt**

Die Kraftdroschke und ihr Führer



Lehmer.

Die Öffentlichkeit hat sich in letzter Zeit sehr lebhaft mit den Verhältnissen im Berliner Kraftdroschkenverkehr beschäftigt. Sehr mannigfache Klagen des Publikums in den großen Tageszeitungen führten schließlich zu dem Erfolg, daß die Prüfung von Fahrern, soweit als Prüfungsstelle das Kraftverkehrsamt in Frage kommt, recht erheblich erschwert wurde. Hier ist also schon ein Erfolg infolgedessen festzustellen, als ortsunkundige Prüflinge keine Aussicht haben, den Kraftdroschkenführerschein zu erhalten.

Was der Kraftdroschkenführer kennen soll!

Neben der oft völligen Ortskenntnis der neuen Fahrer gab ihre Unsicherheit im Fahren selbst, als auch ihr Benehmen den Fahrgästen gegenüber zu Klagen Anlaß. Um gleich das Letzte vorweg zu nehmen, spielt hier wohl der Umstand eine Rolle, daß die Bewerber aus den verschiedenartigsten Berufsgruppen stammen, die nun zum nicht unerheblichen Teil erstmalig eine Stellung bekleiden, die sie in fortwährende Berührung mit dem Publikum bringt, bestimmte moralische Qualitäten und einen gewissen Takt erfordert. Eine der vornehmsten Pflichten des Kraftdroschkenführers muß Ehrlichkeit dem fahrenden Publikum gegenüber sein, es sich hierbei um die Berechnung des Fahrpreises oder um die Abgabe verbotener Gegenstände handelt, ist gleichbedeutend. In jedem Fall muß der Fahrer bemüht sein, sich das volle Vertrauen seiner Fahrgäste zu sichern, so wie es früher der Fall war und oft lobend in der Presse hervorgehoben wurde. Mit der Fahrkunst der neu ausgebildeten Fahrer, die mit Recht als unzulänglich bezeichnet wird, verhält es sich ähnlich. Auch hier spielt es eine große Rolle, daß Leute, die bisher in Werkstatt oder Bureau beschäftigt waren, nach einer sehr kurzen Ausbildung oft nicht in der Lage sind, den an sie gestellten Anforderungen im Verkehr zu entsprechen. Die Beherrschung der Kraftdroschke ist heute unergieblicher als früher, doch stellt der gewaltig gesteigerte Verkehr sehr hohe Anforderungen an die Geschicklichkeit des Fahrers, verlangt aber auch eingehende Kenntnis der Straßenpolizeiordnungen und der Droschkenordnung. Alles dies in einem Schnellkursus sich anzueignen, wird auch dem Fähigsten kaum möglich sein. Etwas kommt jedoch noch hinzu, was gerade für die Verkehrssicherheit eine überaus große Gefahr bedeutet, die übermäßig lange Arbeitszeit der Fahrer oft bis zu 24 Stunden hintereinander, gegen die schon das Kraftverkehrsamt vorgegangen ist, sowie ihre sonderbare Entlohnung. Es soll nicht behauptet werden, daß die Bezahlung eine schlechte ist, im Gegenteil steht fest, daß man allen zuverlässigen Fahrern gegenwärtig bis 30 Proz. der Bruttoeinnahme als Vergütung überläßt; man gibt jedoch keinen Pfennig Lohn als Fixum. Der Fahrer wird hierdurch an eine hohe Einnahme auf das stärkste interessiert, so stark, daß es eine Gefahr für die Verkehrssicherheit bedeutet, weil er ständig bemüht sein wird, Fahrgäste zu werben. Er wird dies naturgemäß in den belebtesten Straßen tun mit dem Blick auf den Bürgersteig, um auf eventuellen Wink oder Zuruf sofort reagieren zu können. Sein Tempo muß dabei ein so langsames sein, daß andere Kraftfahrzeugführer fortwährend zum Überholen der leeren Kraftdroschken gezwungen sind.

hat er jedoch Fahrgäste, dann wird ihm die Höchstgeschwindigkeit kaum genügen, weil eben bei ihm, wie bei keinem anderen, Zeit Geld bedeutet. Hier liegt des Übels Wurzel. — In anderen Städten hat man längst Grundhöhen für Kraftdroschkenführer eingeführt, es wäre aus den angeführten Gründen dringend zu wünschen, daß auch in Groß-Berlin baldigst ein gleiches geschieht, um die Verkehrssicherheit zu heben.

„Gentlemen-Chauffeurs.“

Ein Teil der Berliner Presse ist des Lobes voll über unsere „Gentlemen-Chauffeurs“. Es handelt sich, wie jene Blätter behaupten, um Herren, die etwas „Besseres“ sein können. Studierende aller Fakultäten, Barone, Grafen usw. Bedarf liegt tatsächlich nicht vor (wenn man die Ansicht Mondäner und Demimondäner unberücksichtigt läßt). Möglicherweise ist die reibungslose Durchführung eines großstädtischen Schnellverkehrs. Daß nun die „Gentlemen“ in den meisten Fällen nicht mehr Qualifikation besitzen, als ihr Monokel und andere feudale Requisiten ausdrücken (Dinge, die sie schließlich von proletarischen Chauffeurs mahigend unterscheiden), ist seit langem offenes Geheimnis unter Fachleuten. Folgende Episoden veranlassen vielleicht unsere Verkehrs-polizei, hier etwas Remedur zu schaffen. Ueber den Kemper Platz fährt eine Autodroschke mit Richtung von Schöneberg, stoppt und Chauffeur befragt Kollegen und Schupmann über den Weg nach der Apostel-Paulus-Straße. Da die tatsächlich in Schöneberg liegt und Fahrer (Baron! Gentleman!) auf Befragen erklärt, von der Potsdamer Brücke abgefahren zu sein, hatte er für den falschen Weg bereits zweimal 1,20 Mark am Taxameter. Den ihm von Befragten vorgeschlagenen kürzesten Weg zu fahren, war ihm infolge mangelhaftester Ortskenntnis nicht möglich. Er nannte die unmöglichste Route und fuhr obendrein noch mehr ab von der Richtung. Wir wollen der Anissa nachträglich wünschen, gut gefahren zu sein. — Ein anderes: Ein Herr, Ausländer, entsteigt am Pariser Platz einer Autodroschke und befragt einen älteren Fahrer am Halteplatz nach Weg zum Hotel Alexandrow (?!). Er erklärt, sein Chauffeur fährt kreuz und quer, fragt — fährt, hat schon 26 Mark an der Fahrzeit! Er kommt vom Steiner Bahnhof und erzählt von Befragten, daß er für 1,60 Mark in 6 Minuten das Ziel (Hotel ist in der Mittelstraße) erreichen konnte. Der Herr entlohnte dem „tüchtigen“ Chauffeur mit 1,60 Mark und ließ sich von anderem Auto befördern. Die Anzeige des Falles hätte dem „Gentleman“ den Verlust der Fahrerberechtigung gekostet. Ein drittes: Chauffeur mit Fahrgästen befragt am Oranienburger Tor Kollegen um den Weg nach der Ede-Friedrich- und Mittelstraße. Die Weidenbammstraße war noch gesperrt und es wird ihm die Auskunft, er müsse durch die Oranienburger, Artilleriestraße, über Ebertsbrücke und Georgenstraße in die Friedrichstraße, über jede Ortskenntnis und man sieht ihn die Friedrichstraße abwärts noch rechts in die Karststraße einbiegen. Der Weg wurde so um ein Erhebliches länger.

Ein Berliner Fuhrgesetz mit 200 Mann Belegschaft beschäftigt allein 120 dieser „Gentlemen“. Wir konnten hier nur einige Beispiele aus ihrem Wirken anführen. Wie oft mög sich ihre „Tüchtigkeit“ auch sonst noch bewähren! Der Deutsche Verkehrsband fordert

von den bei ihm organisierten Kraftwagenführern eine tabellarische Berufsausbildung. Er wendet sich mit Recht dagegen, daß die Unflug stützenden „Herrenfahrer“ mit den gut ausgebildeten Berufsfahrern verwechselt werden. Sollen die behördlichen Stellen, die den Großstadtverkehr betreffen, nicht das gleiche Interesse haben? Vielleicht prüfen sie einmal gründlich die Fähigkeiten der „Gentlemen-Fahrer“. Es ist besser, Gefahren vorzubeugen und Unannehmlichkeiten zu ersparen, als ein Unheil wachsen zu lassen und erst dann einzuschreiten.

Schwabende Signale.

Eine Neuerung im Berliner Verkehrswejen.

Die Berliner Verkehrs-polizei ist bekanntlich bemüht, die Sicherheit des großstädtischen Straßenverkehrs zu erhöhen. In diesen Tagen wurden an der Leipziger Ede-Friedrichstraße Versuche mit einem an Seilen über der Mitte der Straßenkreuzung aufgehängten Verkehrslicht gemacht. Es handelt sich hierbei um Blinkapparate mit 3 Bullaugen, die rotes, grünes und weißes Licht aussenden. Das ganze Gerät wird von Drahtseilen gehalten, die an den Dächern der angrenzenden Häuser verankert sind. Auf dem Bürgersteig, dicht am Fahrdamm, wird die Schaltschaltung aufgestellt und von hier aus durch einen Verkehrs-polizisten bedient. Später sollen Versuche unternommen werden, die eine Blockschaltung, das heißt, das

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ach.

„Möge sie mehr Freude an dir haben als ich, Moses, mein Leben!“ Wieder brach die Frau in Tränen aus.

Als dann Manes und Sam, der Nefte, zu der Frau kamen, um ihr die Nachricht zu bringen, daß der Onkel heiraten wolle, da waren Mann und Frau gar nicht überrascht, im Gegenteil, sie freuten sich herzlich.

„Warum soll er nicht heiraten?“ warf der Mann hin.

„Was geht es uns an, wenn der Onkel heiratet?“

„Er ist doch noch ein junger Mann; warum soll er nicht heiraten?“ fügte die Frau sachverständig hinzu.

Manes und Sam begriffen, daß der Onkel ihnen zuvor gekommen war und alles geordnet hatte. Deshalb schwiegen sie.

„Sam, Schluß machen, mit allem Schluß machen, fahr dir übers Maul und Lusch, du siehst ja, da ist nichts zu machen!“ rief ihm Manes.

„Tu, als wüßtest du von gar nichts, und wann du es erfährst, so freue dich darüber. Freue dich herzlich, wünsch' dem Onkel Glück und stelle dich gut mit Aaron und mit der ganzen Familie der jungen Frau, streich ihnen um den Bart, schmeichle ihnen, schmiere ihnen Honig in den Mund, tu alles, was man in solchen Fällen tut, denn sie haben dich in der Hand, lieber Freund!“ so beehrte Manes Sam in einträglichster Weise.

Sam mußte selbst, was er zu tun hatte, und war dazu entschlossen. Gab es denn einen anderen Ausweg? Aber im Herzen trug er andere Gedanken. Er entstammte der Familie Melnik, war des Onkels Nefte, und nicht umsonst nahm er sich den Onkel zum Vorbild und ahmte ihn in allen Stücken nach.

Rein, so leicht konnte er seine ehrgeizigen Pläne, den Onkel zu beerben und dereinst sein Nachfolger zu werden, nicht aufgeben. Er war bereit, alles zu tun und vor nichts zurückzuschrecken, um die Heirat zu verhindern.

„Er wird Kinder haben“, das war Sams fester Gedanke.

Nachdem Onkel Moses alles geordnet und sich in jeder Hinsicht vor Überraschungen gesichert hatte, ließ er Aaron Melnik das Verlobungsfezt vorbereiten. Vor allem sollte für viel Gänsebraten, Bier und Likör auf des Onkels Rechnung

gefordert werden. Den Kusminern gab der Onkel einen halben Tag frei, damit sie zur Verlobung kämen. Die Kusminer priesen das Glück, welches Kusmin widerfahren war, daß der Onkel ein einfaches armes Mädchen aus dem Kreise seiner Landsleute zur Frau nahm. Dadurch fühlten sich alle erhoben und hielten sich geradezu für die Schwägerleute.

Bei der Verlobung tat der Onkel den Kusminer Landsleuten kund, die Hochzeit werde in einer eigenen Kusminer Schul' gefeiert werden, die er für die Kusminer kaufen wolle. Die Kusminer Landsleute wollten ihm die Hände küssen, als sie dies hörten; sie waren ihm dankbar, daß er sie zur Verlobung eingeladen hatte und daß er ihnen eine Schul' kaufen wolle. Sie überschütteten ihn mit Segenssprüchen, freuten sich und prunkten mit seinem Glück und feinstem Reichtum.

Mit allen Erzwätern verglichen sie ihn, der eine mit Erzwater Jakob, aus dessen Samen die zwölf Stämme erblichen würden, ein anderer mit Moses, der den Juden die Stiftshütte schuf. Sie suchten einen Namen für die künftige Schul' und nannten sie nach dem Onkel: „Obel Mosche Ansche-Kusmin“.

Und Onkel Moses ging in Aarons Wohnung, schwitzend, glücklich und im Gefühl seiner Güte umher und sagte:

„Eset und trinkt, Kusminer Landsleute, freut euch, bei mir ist heute ein Freudentag...“

6. Maschas Brautstand.

Ganz Kusmin, soweit es sich in New York befand, sah Mascha für das glücklichste Mädchen unter der Sonne an. Mascha selbst wagte nicht anders zu denken als ganz Kusmin, und schätzte sich glücklich, daß sie die Braut des reichen Onkel Moses geworden war. Der Onkel überschüttete sie mit Geschenken, behängte sie mit kostbaren Juwelen, dem Modernsten und Teuersten, das zu finden war. Jeden Tag schickte er ihr die Schneiderin und ließ ihr prunkvolle Toiletten machen. Jeden Tag wurde aus dem großen Magazin der Fünften Avenue irgend etwas anderes für Mascha ins Haus gebracht: Seidenwäsche, hohe Lackschuhe, Handschuhe, Hüte. Wie konnte da das Mädchen, welches noch der Armut des Vaters und der Wohnung auf der Hopkinsstreet gedachte, wagen, ihr Los anders anzulehen als alle Kusminer Landsleute, als alle Bekannten? Die ganze Familie sah es für das reinste, edelste Glück an und hielt es dafür.

In der Zeit, da Mascha in den Strahlen der Gunst des Onkels aufwuchs, hatte sie es erlernt, dem Onkel zu gehorchen. Sie sah, wie alle Landsleute aus Kusmin, ihr Vater, ihre Mutter, alle Menschen, die sie kannte, dem Onkel gehorchten und nicht wagten, ihm zu widersprechen oder etwas anderes zu tun oder zu denken, als der Onkel wollte. „Der Onkel hat es befohlen“, das war das heiligste Gebot, das stärkste Argument. Und der Onkel hatte befohlen, daß sie seine Braut werden sollte, der Onkel wollte, daß sie sein Weib sein sollte, und dem Onkel mußte man in allen Stücken gehorchen, alles tun, was er wollte.

Doch Mascha begann zu empfinden, was es bedeutete, des Onkels Frau zu werden. Sie war kein Kind mehr, und obwohl sie keine eigenen Wünsche hatte, so arbeitete doch ihre Phantasie und malte ihr im Geiste Bilder aus, wie sie des Onkels Weib wäre. Wenn sie neben dem Onkel saß und er sie streichelte und an sich zog, wobei sein breites Gesicht blutrot wurde, wenn er voll Freude seine dicken Lippen in die Breite zog und sie fest an sich drückte, da erfasste sie oft furchtbare Angst. Sie duldete die Järtslichkeiten, weil sie von Kindheit an an den Onkel gewöhnt war, weil er sie immer gestreichelt hatte — und der Onkel hatte ja alles dürfen. Doch seit er ihr Verlobter geworden ist, hat sie Furcht vor ihm, und wenn er sie umfaßte, ließ es ihr heiß über den ganzen Körper, und sie hatte die Empfindung, als müßte sie sich waschen...

Wenn sie des Abends in ihrem weißen, reinen Zimmer allein war, in welchem die reichen, weißen Lackmöbel standen, die ihr der Onkel schon vor langer Zeit geschenkt hatte, wenn sie in ihrem, noch frischem Linnen duftenden Bett lag, so dachte sie an die Zeit nach der Hochzeit. Sie stellte sich den Onkel plötzlich nackt vor. Sie wollte nicht daran denken, aber gewaltig kamen ihr diese Gedanken in den Kopf. Und sie sah den Onkel nackt mit dem fetten Hängebauch, der dicht bewachsenen Brust; sie hatte die Empfindung, daß der Onkel in ihr Bett kam... und da konnte sie nicht mehr im Bett liegen. Stundenlang saß sie am Abend in ihrem Zimmer, bevor sie schlafen ging und hatte Angst, sich niederzulegen. Seit sie Braut geworden war, schlief sie nicht mehr unbeleidet, als fürchte sie, daß jemand bei Nacht ihren Körper berühren könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Einschalten mehrerer Windapparate in einem Strahenzug, zu gleicher Zeit, z. B. Leipziger Straße, ermöglichen. Bei den Versuchen kam es darauf an, festzustellen, in welcher Höhe die Geräte angebracht werden müssen, um ihre Wirkung einwandfrei wahrnehmen zu können. Die Geräte werden nach Abschluß der Versuche wieder abgebaut, um an ihnen einige technische Verbesserungen anzubringen. Ähnliche Versuche wie in der Leipziger Straße werden auch an der Straßentkreuzung Potsdamer und Bülowstraße vorgenommen werden. In absehbarer Zeit wird also das Bild der Berliner Hauptverkehrsstraßen durch solche schwebenden Signale bereichert sein. Hoffen wir, daß das Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, auch wirklich erreicht werde.

„Wunderbar dressierte Vögel.“

Diese wunderbaren Vögel sind drei kleine grüne Papageien, die auf Kommando jeder Person den Planeten ziehen, in dem sein Lebenslauf, Gegenwart und Zukunft steht. Ein Eichhörnchen, das aus einem warmen Kesselfumpf des östlichen Herdorgehört wird, vergrößert die Menagerie und springt mähmütig hin und her. Aller Jahrmarktstauher wird lebendig in der Großstadtstraße. Erinnerungen tauchen auf, wie ein schwarzer Teufel im Glas auf und nieder stieg, angesprochen mit den aufmunternden Worten: „Meiner Berliner Wundermann, steige hinunter, prüfe das Herz, prüfe die Seele und sage, was der jungen Bräut (Bräutigam) befohlen.“ Und merkwürdig, die Postanten scharen sich dicht um den biden graustoppeligen Italiener mit seinem blauen Halsstuch, der selber eine Art Vogelgeflücht hat, und lassen die Vögel kommandieren. Ein Hoch für Männer, eines für Frauen. Der Himmel weiß, wo der Witz den Vorrat von grünen (Hoffnung!), roten (Liebe!), blauen (Treue!), weißen (Unschuld!) Schicksalsbriefchen noch her hat. Vor allem noch viele Unschuldbriefchen! Und das alles noch für 10 Pfennig. Man läßt ziehen und erfährt schauernd, daß „der Stern in einigen Sachen abweicht“ und verurteilt, „man sei eines unbedingten, jähzornigen, auffahrenden Charakters!“ Dafür kriegt man eine Jungfrau gratis, natürlich im Bildchen, aus einer Zeit, wo es noch keine Bubistöpfe gab. Und die Mode, so vor 40—50 Jahren. Auch die Männerbildchen stammen aus derselben Epoche, so daß es nicht zu verwundern ist, daß ein der Zukunft bestellendes junges Mädchen ihr gezogenes Bildchen einseht mit leilem Aufschrei fallen ließ. Immerhin, die Vögel haben tüchtig zu tun und die Charakterbeschreibungen nach Mlle. Lenormand nebst Bildchen finden bereitwillig Abnehmer. Ein immerhin liebenswürdiger Unfug als die „wissenschaftlich“ aufgemachten Horoskopsteller mit ihrem Charlatanentum. Und vor allem um vier Groschen billiger. Im Grunde steckt ja in vielem von uns noch das Jahrmarktstüchlein Kind und so ist es kein Wunder, daß „wunderbar dressierte Vögel“ oder ein Kesselfumpf auf dem Feierfesten unsere Reugierde mehr anzieht als ausgeflügelte Rechnen. Je ausgefallener und älter so etwas sein mag und nur noch auf kleinsten und engeren Jahrmarktstüchlein Kurswert hat, eine um so größere Sensation bedeutet es für den technisch überfütterten und doch so gern noch naiven Großstadtmenschen.

Urkundenfälschung.

Weil er in eine andere Gefängnisabteilung wollte.

Ein lang aufgeschlossener, sichtlich kranker Mensch! Als er in die Anklagebank treten muß, bemerkt man unter seinem langen Mantel Kleidung der Krankenanstalt des Untersuchungsgefängnisses. Seine Kräfte scheinen unruhig umher, ein schwerer, verängstigter Blick trifft den Richterlich, aber so etwas wie Genugtuung geht über seine Züge, als er den Gefängnisarzt sieht. Später erfährt man, daß sich dieser Angeklagte dem Arzt völlig anvertraut hatte. Ihn hat er alles erzählt, sein ganzes Leben, sein ganzes Leben. Jetzt, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, ist zuerst nichts von ihm herauszukommen. Nun mag es sein, daß ein Teil seines Wesens eine gut gezielte Komödie ist. Aber diese Blöße der Wangen, diese resignierte Stumpfheit, das weisfremde Sichverstecken, sind die untrüglichen Merkmale jahrelanger Haft, Folgen dumpfer, schwerer Kerkerluft, auferlegt zur „Besserung“ und Reue für Menschen, die sich vergangen haben!

Und die Anklage? Urkundenfälschung. Die Einzelheiten muß der Gefängnisarzt Dr. Hirsch, der zugleich als Zeuge und Sachverständiger geladen ist, erzählen. Der Angeklagte ist Kaufmann, hat gute Schulbildung und betreibt sich im allgemeinen ruhig und anständig. Als er das Wörtchen „unbeholten“ nicht mehr führen durfte, ging es weiter mit ihm herab. Heute ist er nun schon erheblich vorbestraft. So sollte er eines Tages nach Magdeburg übergeführt werden, um sich wegen anderer Sachen zu verantworten. Dort wurde er krank. Als er schließlich wieder nach Roabit zurückgebracht wurde, wies er bei seinem Eintreffen ein Attest des Magdeburger Gefängnisarztes auf, nach welchem er schwer zuerkrankt sei und besonderer Behandlung bedürfe. Als aber auch die genauesten Untersuchungen im hiesigen Gefängnislazarett keine Anhaltspunkte für eine derartige Krankheit ergaben, wurde in Magdeburg angefragt. Auskunft: Dort gäbe es überhaupt keinen Gefängnisarzt des Namens, wie ihn das Attest aufwies. Dieses mußte also gefälscht sein. Folge: Sofortige Uebergabe des Schriftstücks an die Staatsanwaltschaft und Erhebung der Anklage wegen Urkundenfälschung. Dem Sachverständigen gelang der Angeklagte dann seine Schuld ein, er wollte auf keinen Fall mehr zu dem ersten Anführer in Roabit zurück und glaubte so bestimmt verurteilt zu werden. Damit war eigentlich die Beweisaufnahme geschlossen und der Sachverständige konnte nur noch hinzufügen, daß der Angeklagte wohl geistig minderwertig sei, aber nicht geisteskrank im Sinne des § 51.

Das Gericht war sich wohl der geringen Bedeutung dieses Vergehens bewußt, mußte aber das einmal angestrebte Verfahren zu Ende führen. Der Angeklagte erhielt 14 Tage Gefängnis. Ein Schöben ist niemandem entstanden, höchstens dem Staat, der einwachen die Kosten des Verfahrens wird auslegen müssen. Gab es wirklich einmal eine neue Bestimmung, nach welcher Vergehen unbedeutender und geringfügiger Natur niedergeschlagen werden dürfen?

Der „Unglücksbote“.

Zu einem niederrichtigen Trid, der früher oft angewandt wurde, griff ein Eindredner, um sich die „Arbeit“ zu erleichtern. Gegen 11½ Uhr wurde an der Wohnungstür einer Frau E. in der Schillingstraße „Sturm“ geläutet. Als sie öffnete, stand vor ihr ein junger Mann, der ein sehr aufgeregtes Wesen zeigte. Er packte die Frau an der Hand und rief ihr zu: „Ihr Mann ist verunglückt, kommen Sie schnell! kommen Sie schnell!“ Die zu Tode erschrockene Frau zog rasch ihren Mantel über, warf kurzerhand die Wohnungstür nur ins Schloß, ohne sie abzuschließen, und eilte mit dem jungen Manne die Treppen hinunter. Unterwegs erklärte er ihr, daß der Mann auf seiner Arbeitsstelle durch einen Betriebsunfall zu Schaden gekommen sei und daß sie nach der Fabrik gehen müsse. Dann trennte er sich von ihr, angeblich, um noch eine zweite Frau zu benachrichtigen. Als Frau E. in der Fabrik ankam, fand sie ihren Mann in bester Gesundheit. Von einem Betriebsunfall war keine Rede. E. schloß sofort Verhaft und fuhr auf seinem Rad, so schnell er konnte, nach seiner Wohnung. Er fand die Räume durchwühlt. Der Dieb hatte 15 Mark bares Geld und zwei alte Uhren gestohlen. Die Ergänzungen des Ehepaars hatte Frau E. so verstaubt, daß der Eindredner sie auch dann nicht gefunden hätte, wenn er noch länger Zeit

zum Suchen gehabt hätte. Die Beschreibung, die Frau E. von dem gemeinen Gauner geben kann, ist natürlich sehr lückenhaft, da sie in ihrer Aufregung dem „Unglücksboten“ gar keine Beachtung geschenkt hatte.

Das überfüllte Obdach.

Die Obdachlosenfürsorge spielt in der Berliner Kommunalpolitik seit Jahrzehnten eine besondere Rolle. Man begegnet oft der Meinung, daß das Obdachlosienproblem nie ganz zu lösen sei. Bis zu dem Punkt, an dem eine Luftlosigkeit eintritt, ist diese Frage aber noch längst nicht gelöst.

Die Frage darf nicht rein vom kommunalpolitischen Gesichtspunkt aus gesehen werden. Reichsgesetzgebung, Landes- und insbesondere Provinzialverwaltung haben auch hier Versäumnisse schwerwiegendster Art gut zu machen. Es geht nicht an, daß nach wie vor trotz Fürsorgepflichtverordnung Berlin das Sammelbecken aller Fürsorgebedürftigen ist, soweit sie ledige Arbeitslose sind, oder in Ermangelung eines ausreichenden gesetzlichen Wohnschutzes heimatlos geworden. Das Letztere trifft insbesondere zu auf die Landarbeiter, die als Schnitter im Saisonkontrakt sowohl bezüglich

Oeffentliche Kundgebungen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Heute, Donnerstag, den 4. März:

- Tempelhofer:** Abends 7½ Uhr in Grafells Gesellschaftshaus, Mariendorf, Chausseestraße. Redner: Staatssekretär Heinrich Schulz.
- Neudölln (92. Abt.):** Abends 7½ Uhr in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße. Redner: Dr. Julius Moser, M. d. R.
- Neudölln (93. Abt.):** Abends 7½ Uhr in Wolffs Gesellschaftshaus, Kirchhofstr. 41. Ecke Wipperstraße. Redner: Franz Künstler, M. d. R.
- Neudölln (95. Abt.):** Abends 7½ Uhr bei Richter, Prinz-Sandberg-Str. 8. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- Neudölln (95. Abt.):** Abends 7½ Uhr im Lokal von Jenk, Hermannstr. 213, Ecke Jägerstr. Redner: Stadtrat Conrad.

Morgen, Freitag, den 5. März:

- Mitte (6. Abt.):** Abends 7½ Uhr bei Böttner, Schwedter Str. 23. Redner: Otto Meier, M. d. R.
- Tiergarten:** Abends 7½ Uhr im Roabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24. Redner: Franz Künstler, M. d. R.
- Tiergarten (2. Abt.):** Abends 7½ Uhr im Rationalhof, Wilowstraße 37. Redner: Geheimrat Albert Falkenberg.
- Kreuzberg (42. Abt.):** Abends 7½ Uhr in den Wäldchen, Blücherstr. 61. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- Siemensstadt:** Abends 8 Uhr bei Marsandt, Nonnendamm-Allee 90. Redner: Franz von Büttner.
- Wannsee:** Abends 7½ Uhr im „Reichsadler“, Königstraße. Redner: Regierungsratin Hedwig Wachenheim.
- Schöneberg:** Abends 8 Uhr im Hohenzollern-Gymnasium, Martin-Luther-Straße, Ecke Grunewaldstraße. Redner: Staatssekretär Heinrich Schulz.
- Treptow:** Abends 7½ Uhr im Lokal Riffke, Am Treptower Park 26. Redner: Schiller-Göttingen, M. d. R.
- Niederhönoweide:** Abends 7½ Uhr in der Aula der Mädchen-Schule, Berliner Str. 31. Redner: Art. Crispian, M. d. R.
- Lichtenberg:** Abends 7½ Uhr im Cäcilien-Angebot, Rathausstr. Redner: Stadtverordneter Wilhelm Reimann.
- Kaulsdorf:** Abends 8 Uhr in der Turnhalle der Schule Adolfsstraße. Redner: Bernhard Göring.
- Tegel:** Abends 7½ Uhr im „Strandloshaus“, Am See. Redner: Bezirksverordneter Hermann Demperi.

Oeffentliche Frauenkundgebung

am Freitag, den 5. März, abends 7½ Uhr

in Wilmersdorf, Viktoria-Luise-Schule, Uhlandsstraße, Ecke Gasteiner Straße. Pfarrer Weier spricht über:

Fürstenabfindung und Volksentscheid

Muskulische Vorbereitungen * Alle Frauen u. Mädchen sind eingeladen.

ihres Arbeits- als auch ihres Wohnverhältnisses stehen. Die meisten Großagrarier schließen mit diesen Arbeitern Kontrakte ab, die eine Räumung der sogenannten Schullerwohnungen um Anfang oder Mitte Dezember herum vorsehen. Daß solche Möglichkeiten sogar auf städtischen Gütern gegeben sind, läßt eine gesetzliche Regelung nur um so dringlicher erscheinen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Zug dieser vom Arbeitgeber obdachlos gemachten eine Neuerklärung der Nachkriegszeit ist. Die tägliche Durchschnittsbelegung der Jahre 1923: 3315 Personen; 1924: 3486, 1925: 3414, steht in keinem stark gesteigerten Verhältnis zu den Vorkriegsjahren 1911 — 1923 — 1912 — 1928 — 1913 — 3235 — 1914 — 2571 Personen. Die Januarbelegung des Jahres 1914 erreichte die Ziffer 158 566. Die Januarbelegung 1926 betrug 150 250. In den Jahren 1906—1912 steigerte sich die Belegung um 51 Proz., in den Jahren 1913, 1923 bis 1925 nur um 0,95 Proz. Es soll nicht verkann werden, daß inzwischen das Wohl des Wohlstandes seine Fortschritte geschlossen hat. Das hat aber keine so erhebliche Verschiebung im Gefolge gehabt, daß man nicht von einem für Berlin ziemlich konstanten Zustand reden könnte, dem man längst hätte Rechnung tragen müssen durch Ausbau der vorhandenen Einrichtungen.

Wie die vom Lande vertriebenen Schnitter mit ihren Familien sowohl in der sogenannten Schnitterkaserne im Arbeits-hause in Rummelsburg als auch in der Baracke des Asyls in der Fröbelstraße untergebracht sind, das kann Berlin nicht verantworten. In einem viel zu kleinen Raum sind in Rummelsburg 134 Frauen und Kinder untergebracht. Der Einfachheit halber zählt man Frauen und Kinder zusammen. Dieser Raum dient auch den eine Treppe höher untergebrachten Männern am Tage als Aufenthaltsraum. In Ermangelung von Tischen und Stühlen spielt sich das ganze Leben auf den Betten ab, oft nicht gerade auf die Gegenwart von Kindern zugeschnitten. Des Nachts teilt eine Anzahl der Mütter die Betten mit den Kindern vom zartesten Alter an. Im Laufe des Winters haben in diesen Räumen unter Teilnahme der Gesamtfamilie zwei Kinder das Licht der Welt erblickt. Noch viel trauriger sieht es in der Baracke gegenüber dem Obdach in der Fröbelstraße aus. Während die Bettstellen in Rummelsburg wenigstens noch Strohsäcke haben und die mitgebrachten Bettstücke zum Teil noch Wäsche, liegen hier die Frauen zum Teil ebenfalls mit Kindern im zartesten Alter auf den eisernen Pritschen. Eine Mutter hatte bei unserer nächsten Besichtigung ihr 12 Tage altes Kind neben sich auf dem dünnen Kissen, durch das der zarte Kinderkörper den Druck der eisernen Stöße fühlte. Aber nicht nur die Lagerstätten sind völlig ungenügend. Es fehlt jede Möglichkeit auch der allereinfachsten Säuglingspflege. Es geht nicht an, daß, wie es auch vorkommt, Besserungsversuchen begegnet wird mit dem Argument, wann mir es gar so gut einrichten,

bekommen wir im nächsten Jahr die Schnitter wieder. Mag Berlin die Gesetzgeber gegen die Brutalität der ländlichen Arbeitgeber mobil machen, das ist seine Pflicht. Die Mütterchaft steht ja unter besonderem Schutz der Verfassung. Darüber hinaus müssen menschenwürdige Zustände im Berliner Obdach geschaffen werden. Berlin würde durch Erweiterungen keineswegs überflüssigen Raum schaffen. Im Obdach lagern seit Wochen wiederum hunderte von Obdachlosen Mann an Mann auf dem Fußboden des Ankleideabtes neben dem Baderaum, zum Teil auch auf den Gängen.

Es muß schnellstens für Abhilfe gesorgt werden, selbst wenn eine Erweiterung im nächsten Jahr den Schnittern nicht zugutekommen braucht, was zum mindesten zweifelhaft ist.

Der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung garantiert nicht für die Gewährleistung eines gesetzlichen Schutzes der Schnitter vor Wohnungslosigkeit. Ebenso fraglich ist es, ob ihre Befürsorgung durch Gewährung von Obdach mehr von den ländlichen Fürsorgeverbänden aufgenommen wird. Notwendig wäre es jedenfalls, daß sich die Provinzial- und Kreisverwaltungen mehr um die Durchführung dieser ihnen laut Fürsorgeverordnung zufallenden Aufgabe kümmern. Auf dem Wege wäre auch eine Heranziehung der Grundbesitzer zu den Lasten der Fürsorge leichter möglich. Sie verschulden durch ihr unsoziales Verhalten gegenüber ihren Arbeitnehmern die Fürsorgebedürftigkeit dieses ländlichen Proletariats, deren Lasten letzten Endes bei dem heutigen Zustand auch noch vom großstädtischen Proletariat aufgebracht werden müssen. Vielleicht kümmert sich auch das Preussische Wohlfahrtsministerium einmal um diese Frage.

Der nervöse Herr Schildkott.

Er sucht eine lebenslustige Krankenschwester.

Einen bösen Reizfall erlebten zwei Berliner Schwesternheime mit der Anforderung von zwei Krankenschwestern, die sie, ohne sich nach dem Patienten näher zu erkundigen, auch bewilligten.

Am 5. August v. J. erschien im Schwesternheim in der Fasanenstraße ein besser gekleideter Herr, gab an, äußerst nervös zu sein, und verlangte eine möglichst lebenslustige Krankenschwester, damit sie ihn, der sich Schildkott-Samuel nannte, in der Pension Bismar, wo er ein Appartement bezogen haben wollte, pflegen sollte. Dem Patienten wurde Schwester Charlotte mitgegeben, und in der Pension angekommen, bestand Samuel darauf, daß die Schwester nachts mit ihm das Zimmer teile, denn er bekäme Anfälle. Die Schwester beanpruchte aber ein Zimmer für sich, und nun wurden zwei Zimmer und Badezimmer gemietet. Fünf Tage lebte Samuel mit der Krankenschwester in der Pension, und als die Inhaberin auf Bezahlung drängte, war Samuel verschwunden, das Schwesternheim mußte seine Schwester auslösen.

Am nächsten Tage wurde telephonisch in einem Schwesternheim in der Nordstraße für einen nervösen Herrn eine Schwester bestellt, möglichst lebenslustig. Der Patient sollte mehrere Tage unter Aufsicht einer Schwester in einer Pension am Wannsee ausspannen. Gegen 9 Uhr abends nahm die angeforderte Schwester Margarete ihren Patienten am Potsdamer Bahnhof in Empfang. Er stellte sich als Schildkott-Samuel vor und war äußerst nervös. Am Schwebischen Pavillon wurden zwei Zimmer mit Aussicht auf den Wannsee genommen. Nichts mit Schlafmitteln, Schwester, lieber aufheitern! Lustig, lustig, will ich sein und alles vergessen.“ Schwester, Sie müssen bei mir schlafen. So ging es einige Tage. Da verlangte der Herr Bezahlung, und siehe da, zwölf Pfennige fand man bei Samuel. Die Polizei erschien und nahm den Patienten mit, der sich als ein neunfach vorbestrafter gewerkschaftlicher Betrüger Arthur Samuel aus Berlin entpuppte. Auch hier mußte das Schwesternheim die Schwester auslösen. Das Potsdamer Schöffengericht, vor dem sich Samuel gestern wegen Betruges zu verantworten hatte, erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Prozeß Lühow.

Das ist die Frage: Hat v. Lühow die Jungen zu eigenem Vergnügen geprügelt oder tat er dies schweren Herzens, weil er mit ihnen anders nicht fertig zu werden glaubte und wirklich, wie er nun einmal ist, und wie die Jungen waren, mit ihnen anders nicht fertig werden konnte.

Gerade die älteren Jungen, die über sexuelle Dinge damals bereits einigermaßen aufgeklärt waren, behaupten mit aller Entschiedenheit, auch jetzt noch, nachdem man so vieles in sie hineingefragt hat, im Benehmen des Angeklagten nie etwas Anstößiges oder Unfittliches bemerkt zu haben. — Selbst nicht im Küssen und im Streicheln. Die einen nahmen diese Zärtlichkeiten als etwas Selbstverständliches hin, die älteren Jungen fanden sie öfters deplaziert und wehrten sich gegen sie. Lühow behauptet, sie gehörten in sein väterliches Erziehungssystem. Vielleicht. Auch die Prügel wollen die Jungen mit geringen Ausnahmen stets verdient haben: sie waren es ja auch zu Hause nicht anders gewohnt. Herr Lühow wehrt sich mit aller Entschiedenheit, als Brügelpädagogie bezeichnet zu werden. Gestern gab er auch ausführliche Erklärung darüber, worum er ohne Prügel nicht ausgekommen ist. Mit seinen Schlägen will er erzieherische Zwecke verfolgen haben. Er übte gewissermaßen seinen Heimschulern gegenüber väterliche Gewalt aus. Deshalb will er auch bei der Uebernahme der Joffener Anstalt der Lehrkonferenz zur Bedingung gemacht haben, daß das Zuchtungsrecht ihm allein gehören dürfe. Aber Fräulein Schulz, die später gegen ihn intrigiert und geht, hat, wollte dieses Recht auch für sich in Anspruch nehmen. Folgt man den Aussagen der jugendlichen Zeugen, so will es scheinen als hätten Fräulein Schulz und der Studienassessor Lippmann in der Aktion gegen Lühow wirklich die führende Rolle gespielt. Der Angeklagte behauptet, daß beide dem Schulkollegium und der Potsdamer Regierung das Material gegen ihn mitgeteilt hätten. Eine Untersuchung folgte auf die andere und schließlich fiel die Entscheidung der Potsdamer Regierung dahin, daß dem Angeklagten zwar krankhafte Reigungen irgendwelcher Art nicht nachgelassen werden könnten, aber daß er sich verpflichten müsse, die Zuchtigung auf ein Mindestmaß zu beschränken und sein Zärtlichkeitsbedürfnis dem bei der norddeutschen Bevölkerung leblichen anzupassen. v. Lühow stellte das Prügel ein, die Jungen gerieten außer Rand und Band. Er hörte mit den Zärtlichkeiten auf, die Eltern schrieben: wo bleibt Ihre Liebe zu unseren Kindern? So setzte er sein System, das sich zwischen Prügeln und Küssen bewegte, fort. Wie für seine Liebesbeziehungen den Schülern gegenüber, so auch für die Prügel führt der Angeklagte Zitate aus Werken bekannter Pädagogen an. Ob sie diese Prügel und diese Zärtlichkeiten gemeint haben, möge dahingestellt bleiben. Man kann vorläufig nicht sagen, daß die jugendlichen Zeugen, von geringen Ausnahmen abgesehen, irgendwie gehässig gegen ihren früheren Lehrer und Erzieher ausgingen. Im Gegenteil, zieht man in Betracht, daß Schulkollegium, Regierungsrat, Polizei, Untersuchungsrichter Studienassessor Lippmann und Fräulein Schulz in ihnen die gleichen gefährlichen Fragenkomplexe bereits so viele Male aufgewühlt haben, die jetzt mit so großer Gründlichkeit von dem Vorsitzenden und den An-



Sonntag vormittag im ganzen Bezirk Groß-Berlin Flugblattverbreitung Für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

müsten von neuem aufgeführt werden, so muß man sich oft über die im allgemeinen große Sicherheit, mit der die Auslagen gemacht werden, wundern. Und trotzdem steht immer noch vor der Rechtsfindung die Gefahr der fälschlichen Zeugnisaussagen. Sie allein werden der Entscheidung des Gerichts zugrunde gelegt werden müssen: Waren die Jüglinge Lüthens „Luft- und Brügelnoblen“ oder waren sie als Opfer eines falschen Erziehungssystems einfach nur geprägelte Lungen. Vorläufig will es so scheinen, als seien sie nur des Besseren gewesen.

Für die Fürstenenteignung.

Immer wieder überfüllte Versammlungen.

Am Vorabend der Auslegung der Einzelnachrichtungen veranstalteten die Parteigenossen des Kreuzbergviertels und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine wichtige Demonstration für das Volksbegehren. Der starke Demonstrationsschwung, der zahlreiche Plakate und Lichtkisten mit der Aufschrift: „Den Fürsten keinen Biennig, zeichnet euch ein für das Volksbegehren!“ mit sich führte, hat in den Straßenzügen des Südostens größte Aufmerksamkeit erregt. Große Menschenmassen begleiteten den riesigen Zug, aus den geöffneter Fenster erkünten immer wieder begeisterte Rufe der Zustimmung. Nach zweieinhalbstündigem Marsch löste sich der Zug mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie auf.

Die Lichterwagen hatten sich im Rohrmanns Lokal versammelt, wo Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Rosen zu ihnen sprach. Man sah sehr viele Vertreter des Kleinbürgertums, das sicher nicht immer mit unseren Genossen gewöhnt hat, im Saal. Ein Beweis zunächst dafür, daß das Interesse der breiten Schichten in der Frage der Fürstenenteignung wachgerufen wurde. Doch dabei aber auch das entschiedene Vorgehen der Sozialdemokratie bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein Verständnis und volle Zustimmung findet, ließ der laute Beifall deutlich werden, den Genosse Dr. Rosen für seine außerordentlich wirkungsvolle Ansfagerede, in der er die grenzenlose Not des Volkes der Unerschämtheit der Fürstenansprüche gegenüberstellte, fand. Volle zwei Stunden sprach der Redner, aber nicht eine Minute erlosch die Aufmerksamkeit der im Innersten gepackten Zuhörer, von denen sicher nicht wenige schon morgen ihrer Eintragungspflicht nachkommen werden.

In Mariendorf sprach Genosse Staatssekretär Schulz in Großes Gesellschaftshaus. Lange vor Beginn der Kundgebung war der Saal überfüllt. Zahlreiche Besucher fanden keinen Einlaß. Die Ausführungen des Redneren wurden begeistert aufgenommen. Die Kundgebung wurde mit einem Hoch auf die Republik und die Sozialdemokratie geschlossen.

In Neukölln sprach Rechtsanwalt Genosse Siegfried Weinberg in einer überaus stark besuchten Volkskundgebung. In seiner etwa zweistündigen Rede zeigte er durch ausgezeichnete juristische Beweise, daß die Fürsten kein Vermögen hatten. Vanganzhaltender Beifall bewies die Zustimmung der Versammlung.

Jürgens will sich scheiden lassen.

Drahtmeldungen aus Kassel zufolge bestätigt sich die Nachricht, daß Landgerichtsdirektor Jürgens zwei Tage vor seiner Verhaftung einen dortigen Anwalt, mit dem er aus seiner Amtspflichtigkeit in Kassel bekannt war, mit der Einreichung der Ehescheidungs-Klage gegen seine Ehefrau beauftragt hat. Diese Mandatsübertragung erfolgte bereits am Donnerstag der vorigen Woche. An diesem Tage war Jürgens als Zeuge für einen Zivilprozeß im Kassel geladen. Er begründete diesen Schritt mit ebensolcher Verhüllung seiner Gattin, daß er in einer unerhörten Verschwendung sucht erblüht.

Schuld und Sühne. Ueber dieses Thema las zum Besten der Berliner Gefangenenfürsorge Dr. Erich Drach kürzlich im Saale des Oberverwaltungsgerichts, Hardenbergstraße, aus Werken der Weltliteratur. Er begann mit der Welt des Alten und Neuen Testaments, freilich hätte er vielleicht besser statt der Apfelsinchen des Paradieses Äpfel und Äpfel wählen sollen. Am meisten erschütterte die Christuslegende der Selma Sagerlöff, die er so meisterhaft gestaltete, daß er alle in seinen Bann zog. Schiller, Werfel, Drost-Hilshof und als Schlupstein Goethe mit seinem „Edel sei der Mensch“ brachte Dr. Drach mit starkem Können zum Gehör und gestaltete so die Stunde zu einer wirklichen Feier. Die einleitenden Worte sprach Dr. Ulrich, der warme Worte für die Gefangenenfürsorge fand und energisch dafür eintrat, daß den entlassenen Gefangenen Freiheit und Freudigkeit wiedergegeben wird und sie gleichwertig wieder von der Gesellschaft aufgenommen werden. Die legendäre Wirkung der Zentralfeste gehe aus der immer mehr steigenden Inanspruchnahme der Zentralfeste hervor und auch das Interesse, das die gesamte Berliner Öffentlichkeit in immer mehr steigendem Maße ihr zuwendet.

Kasperle-Theater. In der Schulaula Petersburger Straße 4 hat vom 1.—4. März ein Kasperle-Theater auf Veranstaltung des Volkshilfsamtes Friedrichshain seinen Einzug gehalten, zum nicht geringen Jubel der Schuljugend dieses Bezirks, die nun hier für einen Groschen eine Reihe lustiger Kasperle-Stücke anschauen kann. Die Aula ist denn auch täglich überfüllt von einer fröhlichen, lärmenden Kindermenge, die aber pünktlich mundzuschnitten wird, sobald der Vorhang aufgeht. Doch nicht lange dauert die Ruhe; denn bezeugen eifrige Zwischenrufe, die warnend oder beistimmend erklingen, wie das Spiel die kleine Schar gebannt hat. Kasperle aber bewegt sich wie eben ein richtiger Kasperl und flücht zum Schluß jedes Stückes immer mittels seines riesigen Brügels. Daß er keine kunstvollen Reden hält, ist den oft noch jugendlichen Zuschauern anscheinend sehr recht; denn sein Spiel ist von so eindrucksvoller Komik, daß es viel stärker als alle schönen Worte zu ihnen spricht.

„Die vier Schlaumeier“ belustigen das Publikum des Kasperle-Theaters. Dieses Stück in Biebermeier-Kleidern und Biebermeier-Sentimentalität ist von Logik völlig unbeschwert, löst sich aber, was die Hauptsache ist, am Ende in Glück, Seligkeit und Wohlergehen auf. Die bekannten Darsteller der Kasperle-Bühne — wozu soll man sie einzeln nennen — spielten es flott und nett herunter und ernteten dafür von den Zuschauern Beifall, Blumen und Kränze.

Der Deutsche Tiersehverein veranstaltete am Dienstag im Warmbieraal des Zoologischen Gartens sein diesjähriges Winterfest. Rezitationen, gefangliche und musikalische Darbietungen wechselten in bunter Folge. Ein zweistündiger Film „Schauet die Tiere“ kam wegen technischer Schwierigkeiten leider nicht zur Ausführung.

Beichtbildungsausschüß Groß-Berlin. Sonnabend, den 12. März, abends 7½ Uhr, im ehemaligen Herrnhäuser, Leipziger Str. 2, zweiter Vortrag der Freien sozialistischen Hochschule. Vortragender Prof. Federer-Heidelberg. Thema: „Die Krise des Britischen Weltreichs“. Preis der Karte 50 Pf. — Sonntag, den 13. März, nachmittags pünktlich 4 Uhr, im großen Saal der Völkharmonie, Bernauer Str., letzte Veranstaltung internationale Volkstänze und Volkstheater. Preis der Karte 1,20 M. — Sonntag, den 14. März, vormittags pünktlich 11½ Uhr, im Großen Schauspielhaus, Kottbuscher Str., 4. Völkertänze. Aufgeführt wird das Völkertanz „Belianende“ von Franz Rothweiler. Preis der Karte 1 M. — Sonntag, den 15. März, nachmittags pünktlich 4 Uhr, im Staatlichen Schiller-Theater, „Der Götter“ von dem Dichter des „Müllers von Edwartz“ Preis der Karte einfl. Kleiderabgabe und Theaterzettel 1,20 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Eine grauenvolle Mordtat. Aus der Ortschaft Komarno (Polen) wird gemeldet, daß dort ein 55jähriger Bauer mit einer Art seinen drei schlafenden Söhnen und seiner Frau die Köpfe abgeschlagen hat. Danach versuchte der Mörder sich selbst durch Erhängen das Leben zu nehmen, wurde aber von Nachbarn überrascht, die die Polizei alarmierten. Der Bauer ist verhaftet worden.

Wegen Amtsverbrechens verurteilt. Die Große Strafkammer in Breslau verurteilte im Berufungsverfahren den früheren Stadtpflichter Raper wegen Unterschlagung im Amt und schwerer Unkundenföhlung zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einsehungen für diese Rubrik sind Berlin S. W. 48, Lindenstraße 2.
1. Kreis Tiergarten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich am Freitag, den 3. März, zur Rundgebung am dem Fockelzug des Reichsbanners zu beteiligen. Treffpunkt abends 6¼ Uhr Zentraler Tiergarten.
 2. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 3. März, abends 7¼ Uhr, bei Wolff, Brückstraße, holen sich die Abteilungsleiterinnen die Handzettel für die Frauenkundgebung am Sonntag, den 8. März, in Rebers Feldchen, ab.
 3. Kreis Charlottenburg. Teilnahmskommission: Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr, bei Bogd, Spandauer Str. 66, Wilhelmplatz, Teilnahmskommission.
 4. Kreis Wilmersdorf. Die Frauen für die Frauenkundgebung am Freitag, den 3. März, liegen bei Probst, Gohlschlag Str. 60.
 5. Kreis Schöneberg-Neukölln. Donnerstag, den 4. März, nachmittags 4½ Uhr, bei Hilg, Martin-Luther-Str. 69, Versammlung aller erwachsenen Parteimitglieder.
 6. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld, Lichterfelde. Treffpunkt zum Umzug am Donnerstag, den 4. März, abends 6¼ Uhr, am Bahnhof Tempelhof. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Im Anschluss hieran öffentliche Versammlung in Großes Gesellschaftshaus.
 7. Kreis Kreuzberg. Arbeiterwohlfahrt: Freitag, den 3. März, abends 7¼ Uhr, im Oberl. Saal, Brückstraße, 2-3, Sitzung aller in der Wohlfahrt und Arbeiterwohlfahrt tätigen Genossinnen und Genossen. Vortrag: „Vormundschaft und Pflegsindermessen“. Referent: Stadtrat Schreiber.

Heute, Donnerstag, den 4. März:

1. 8 Uhr. Reklamationsmaterial für das Volksbegehren ist bei Hilfer, Steinmetzstraße 10, abzuholen.
2. 8 Uhr. Material zur Erklärung kann sofort abgeholt werden bei Kroll, Ullricher Str. 21.
3. 8 Uhr. Erholt Material abholen bei Turz, Freudenauer Allee 180.
4. 11 Uhr. 7¼ Uhr bei Paul, Ullricher Str. 27, wichtige Funktionärssitzung. Am Sonntagabend, den 8. März, nachmittags von 4 Uhr ab im gleichen Lokal und von Hilshof, Beiersburger Str. 3, Tagelöhnervereinsung.
5. 11 Uhr. Die Genossen des 97. Stadtbezirks treffen sich abends 7¼ Uhr im Restaurant Bier, Rammstr. 9, zum Eintauschreden. Erscheinen aller ist Pflicht.
6. 11 Uhr. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Jones, Durlacher, Ecke Bruchfelder Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Fürstentumskunde — Volkswirtschaft“. Referent: Hofmann von Büttner.
7. 11 Uhr. Tempelhof. Alle Mitglieder treffen sich zum Umzug abends 6¼ Uhr am Bahnhof Tempelhof.
8. 11 Uhr. Rebersfeld. Die Abteilung betritt sich geschlossen abends 7¼ Uhr an der öffentlichen Versammlung in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realschulhauses, Kaiser-Friedrich-Straße.
9. 11 Uhr. Kreuzberg. 8 Uhr bei Jürgens, Beiersburger Str. 3, wichtige Funktionärssitzung. Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt“. Referent: Hilshof.
10. 11 Uhr. Kreuzberg. 8 Uhr im Jugendheim Schierke, Ecke Beiersburger Str. 3, wichtige Funktionärssitzung. Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt“. Referent: Hilshof.

Morgen, Freitag, den 5. März:

1. 8 Uhr. 7¼ Uhr wichtige Sitzung der Funktionärinnen und Funktionäre bei Emil Krüger, Engeliner W. Das Mitteilungsblatt ist mitzubringen.
2. 8 Uhr. 7¼ Uhr bei Paul, Ullricher Str. 27, wichtige Funktionärssitzung. Wichtige Tagesordnung. Empfangnahme des Materials.
3. 8 Uhr. Im Anschluss an die öffentliche Versammlung Funktionärssitzung bei Wiersdorf, Urbanstr. 6. Wichtige Tagesordnung.
4. 8 Uhr. Charlottenburg. 11 Uhr. 7¼ Uhr Funktionärssitzung bei Schumann, Königsw. 8. Erscheinen ist unbedingt notwendig. — 11 Uhr. 7¼ Uhr bei Turz, Freudenauer Allee 180, wichtige Funktionärssitzung.
5. 8 Uhr. Schöneberg. 7¼ Uhr bei Jürgens, Beiersburger Str. 3, wichtige Funktionärssitzung. Ansprache über die Neuwahl des Verwaltungsausschusses.
6. 11 Uhr. Kreuzberg. 8 Uhr im Restaurant-Sportede, Kaiser-Friedrich-Str. 2, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Geburtsstage, Jubiläen usw.

1. 11 Uhr. Unserem Genossen Richard Liebing zum 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

79. Wbl. Schöneberg. Unsere altbekannte Funktionärin Genossin Helene Heinemann ist am Sonntag im 56. Lebensjahre verstorben. Einbürgerung am Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Wilmersdorf. Zur Beteiligung an der Einbürgerung treffen sich alle Genossinnen und Genossen pünktlich nachmittags 2 Uhr bei Bogd, Sedanstr. 17.

Jugendveranstaltungen.

Einführung in die sozialistische Literatur Sonntag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, im Jugendheim Eintracht, 3. Referent: Genosse Max Stein. Es ist Pflicht aller Abteilungsleiter, Zuhilfenahmer und Werbungsleiter, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Interessierte Genossen sind herzlich eingeladen. **Sozialistische Mithras!** Er scheint alle zu einer wichtigen Befreiung am Freitag, den 5. März, nachmittags 5 Uhr, im Jugendheim Beiersburger-Platz 1. **Abteilungsleiter, halt das Werbematerial ab!** **Heute, Donnerstag, den 4. März, abends 7¼ Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:** **Rathen:** Schule Bucher Str. 4. — **Schöneberger Vorort 1:** Schule Döberstr. 17. — **Schöneberger Jugendheim Eintracht, 3.** — **Schöneberger Vorort 2:** Rebersfeld. — **Schöneberger Vorort 3:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 4:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 5:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 6:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 7:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 8:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 9:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 10:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 11:** Beiersburger Str. 3. — **Schöneberger Vorort 12:** Beiersburger Str. 3.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 4. März. Außer dem üblichen Tagesprogramm: **3.45 Uhr nachm.:** Badische: „Berliner Straßennamen und ihre Bedeutung“. **4.30 Uhr nachm.:** Chinesische Lyrik. Elisabeth Lubczinski, Rezitation. **5-6 Uhr nachm.:** Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. **6.45 Uhr abends:** Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dr. Liemke: „Die Herstellung des Zündholzes“. **7.15 Uhr abends:** Prof. Dr. Hellmann-Dresden: „Siedlung und Technik“. **7.45 Uhr abends:** Fred Hildenbrand: „Die Entwicklung des Gesellschaftstanzes“. **8.30 Uhr abends:** Der Roman als Funkspiel. **17. Fortsetzung.** „Die Katastrophe“. Originalroman für alle „Funkstunde“ von H. J. Gramatzki (als Funkspiel bearbeitet). **9 bis 10 Uhr abends:** Stimmen der Völker. Ein Laubildvortrag von Professor Wilhelm Doegen, Direktor der Lautabteilung an der Preussischen Staatsbibliothek, Berlin. **10.30-12 Uhr abends:** Tansmusik (Funkanzkapelle). Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowaki.

Königswusterhausen, Donnerstag, den 4. März. **3-3.30 Uhr nachm.:** Frau Mathee-Wimmermark, Stockholm; Schwedisch für Anfänger. **3.30-4 Uhr nachm.:** Ministerialrat Dr. König: Die Formen und der Verlauf der Tuberkulose. **4-4.30 Uhr nachm.:** Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Lantz: Seuchenübertragung und Seuchenbekämpfung. **4.30-5 Uhr nachm.:** Dr. Max Winkel: Verdauung und Stoffwechsel. **8.30 Uhr abends:** Uebertragung aus Berlin.

Werbematerial Kreuzberg: Angenheimer Conner Straße, 1. Probe des Sprechers „Der rechte Ton“. Alle Genossinnen und Genossen müssen pünktlich erscheinen. Haben fällt aus.

Wilmersdorf: Morgen, Freitag, Volkstanz auf dem Platz der Arrien Turnerschaft, Wilmersdorfer Straße, am Heubühnen-Platz. Anfang 8 Uhr. Gabe willkommen.

Werbematerial Schöneberg: Alle Abteilungen beteiligen sich am kommenden Sonntag an der Kundgebung in der Beiersburger-Schule, Beiersburger Straße. Treffpunkt 1/2 12 Uhr Rudolf-Wilke-Platz (Neues Rathaus).

Junge Chor. Treffpunkt zur Mitwirkung am Freitag abends 7¼ Uhr vor dem Theaterhaus. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. W. 14, Sedanstr. 17/18. **1. Kreis Tiergarten:** Fr., 3. März, abends 6¼ Uhr. Kleiner Tiergarten, Fockelzug. **2. Kreis Kreuzberg:** Fr., 3. März, abends 7¼ Uhr. Beiersburger Str. 3. **3. Kreis Charlottenburg:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **4. Kreis Wilmersdorf:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **5. Kreis Schöneberg-Neukölln:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **6. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld, Lichterfelde:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **7. Kreis Kreuzberg:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **8. Kreis Charlottenburg:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **9. Kreis Wilmersdorf:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **10. Kreis Schöneberg-Neukölln:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3. **11. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld, Lichterfelde:** Fr., 3. März, abends 8 Uhr. Beiersburger Str. 3.

Landmannschaft der Schlemmer-Kellner zu Berlin. Donnerstag, den 4. März, 8 Uhr, bei Eder, Rosenfelder Str. 70a, plattdeutscher Unterhaltungsabend. Rede: „Die Bedeutung der Landmannschaft“. **Die Weltgemeinschaft für Fortschritt und Kultur.** e. B. Berlin-Friedrichshagen. Donnerstag, 4. März, 8 Uhr, in den Bürgerhäusern, Friedrichshagen, am Markt, Vortragsveranstaltung. Nach Erledigung der Tagesordnung: **Spezialabend Berlin.** Donnerstag, 4. März, 7¼ Uhr, beginnt in dem Tonhallenabende im Realgymnasium, Tschudiweg 12, nach 8 Uhr, Friedrichshagen. **2. E. Aufs. Zimmer 14.** ein neues Gewerkschaftsinteressenprogramm für Arbeiter. **Freitag, 5. März, 7¼ Uhr.** in der 30. Gewerkschaft, Müllerstr. 138. **Ede Treffpunkt (nach 8 Uhr, Bedding).** **Wichtige Veranstaltung der Arbeiterwohlfahrt.** **Sozialistische Arbeiterwohlfahrt.** e. B. Donnerstag, den 4. März, 8¼ Uhr, im Verwaltungsgebäude der Beiersburger Str. 3, abends 167. **Vortrag:** „Die Arbeiterwohlfahrt“. **Beiersburger Volksklub, Kreuzberg.** Donnerstag, 4. März, 8 Uhr, in der Schule Hohenstr. 9-11 (nahe Jannishofstraße). **Preis:** Genosse Hilshof über „Neue Wege der Erziehung“. **Preis:** Ausprache. Gabe willkommen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Sparism kein und hoch genussreich bleiben ist auch bei kleinen Sausaltungsbeis nicht möglich. Das Comitas ein selbstbedeuten Sausaltungsbeis auf dem heimischen Tisch wird einem eine gewisse Einschränkung weniger fühlen lassen und meistens nicht viel kosten. Selbst die Fein, die nicht hoch bewertet wird, fällt nicht ins Gewicht, denn mit Dr. Deiflers „Sausaltungsbeis“ ist das Sausaltungsbeis einfach, schnell und sicher. Dr. Deiflers beliebtes Sausaltungsbeis, in einschlägigen Geschäften erhältlich, gibt Ihnen vielfache Anregungen zur Selbstherstellung von nahrhaften und gesunden Sausaltungsbeis. **Den Reigen zum Frühjahrsbeginn eröffnet die Firma Wess Sohn & Co.,** **alleinige Vertriebsstelle Schöneberg, 29-31, Untergüterbahn-Gleis 10, Berlin.** **mit den modernsten Erzeugnissen ihrer eigenen Arbeiterwerke und Gummimittelwerke, die in Sozialistischen Betrieben der Arbeiterwohlfahrt erzeugt werden lassen. Beachten Sie das Interes in der heutigen Ausgabe.** **Rezeptsammlung wird sich sehr bewähren, wenn Sie die Ihren Körper umspannende Deut mit Gold-Cream Sausaltungsbeis pflegen. Bedenken Sie, mit welcher Sorgfalt Sie Ihre Arbeiter heranzüchten, und auf die Pflege Ihres Körpers, der selbst in Tätigkeit sein soll, legen Sie so wenig Wert! Die Rezeptsammlung für Ihre Haus ist Gold-Cream Sausaltungsbeis!**

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) **Stemlich trübe und sehr mild mit leichten Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden. — Für Deutschland.** Ueberall unbedeutend und regnerisch, im Norden ziemlich stürmisch.

Hartes Wasser braucht viel Seife!

Hartes Wasser enthält viel Kalk (in Berlin ca. 10 Gramm in 100 Liter!) 7 Gramm Kalk macht etwa 15 Gramm Seife unwirksam. Die Folge ist: schlechtes Schäumen, feures Waschen, oft auch Gleebe.

Machen Sie das Wasser weich mit Henko Bleich-Soda!

Einige handvoll Henko vor Bereitung der Saube im Wessel verrührt gibt das schönste weiche Wasser. Sie waschen angenehm und sparsam, haben eine schöne feste Saube und erzielen eine prächtvolle Wäsche!

79. Abteilung Schöneberg. Unsere Genossin **Helene Heinemann** ist im 56. Lebensjahre verstorben. Sie war stets mit an erster Stelle, wenn es galt, die Interessen der Partei zu vertreten. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren bewahren. [10415] **Die Abteilungsleitung.** **Einäschern:** Freitag, den 5. d. M., 1 Uhr, Krematorium Wilmersdorf.

Für die Übernahme heraldische Teilnahme anlässlich der Einäschung meiner lieben Aron und heranzugewandelter Mutter, Schölegemutter und Großmutter **Ella Schurke** geb. Seidel lagern mit allen Beteiligten, sowie bei St. Elisabethskrankenhaus und den Ruhestätten der Frau Welt unsterblichen Dank. Für die Blüthenabgaben **Albert Schurke, Berlin S. W. 4, Fegitz 2.**

Reichswehrkritik im Reichstag.

Gesler über die Stellung der Reichswehr zur Republik.

Der Reichstag berät gestern über den Reichswehretat in Verbindung mit der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Vorgänge bei der Enthüllung des Augustaner-Denkmal auf dem Berliner Garnisonfriedhof am 11. Oktober 1925.

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dnat.) erklärt, die im Ausschuss vorgenommenen Abstriche seien das Zeugnis, was im Interesse der Landesverteidigung noch gutgeheißen werden könne, und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Reichswehrminister den vaterländischen Verbänden nicht feindselig und gefühllos gegenüberstehe. Die vaterländischen Verbände seien für einen modernen Krieg gar nicht zu gebrauchen. Wenn sich Frankreich oder ein anderes Land gegen Deutschland sichern will, dann muß es sich auf den Boden der Verständigung stellen. (Hört, hört links.) Eine Verständigung sei allerdings nur zwischen Gleichberechtigten möglich. Der Redner erklärt schließlich, daß der geordnete Rückmarsch der deutschen Armee im Herbst nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht das beste Einverständnis zwischen Führern und Mannschaften bestanden hätte. (Zuruf links: „Wo bleibt der Dolchstoß?“) Der Wehrminister sei bei der Entpolitisierung der Reichswehr den rechten Weg gegangen. Aber es scheint doch, als ob er mit dem rechten Auge scharfer sehe als mit dem linken. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Reichswehr müsse eine kleine, aber scharfe Waffe sein. Die deutschnationale Partei bringe ihr Achtung und Vertrauen entgegen. (Bravo! rechts.)

Abg. Künstler (Soz.):

Von Jahr zu Jahr schnellen die Ausgaben für die Reichswehr empor, dagegen ist für soziale Zwecke kein Geld übrig. Das ist eine Praxis, die unter dem alten Regime geübt wurde und verhängnisvolle Folgen hatte. Wenn die Ausgaben für die Armee so weiter geht, so nähern wir uns den Zuständen der Vorkriegszeit mit Riesenschritten. Im vorigen Jahre machten die Ausgaben für die Reichswehr 7,20 Proz. der Gesamtausgaben des Reichs, in diesem Jahre aber 8,9 Proz. aus. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Haushalt des Arbeitsministeriums beträgt nur die Hälfte des Etats des Reichswehrministeriums. Besonders groß und kostspielig ist der Verwaltungsapparat der Reichswehr. Bei dem Reichswehrministerium befinden sich bei 180 Offizieren allein 99 als Referenten, außerdem sind 45 als Hilfsbeamtete tätig. Vielleicht bekommen wir darüber Aufschluß, wer diese Hilfsbeamteten ausbildet. Meine Auffassung von dieser Ueberorganisation wird auch von solchen Leuten geteilt, die den Reichswehrminister politisch zu den Übrigen zählen. Der Ausschuss hat zwar einige Abstriche vorgenommen, aber sie erscheinen meinen politischen Freunden als zu niedrig. Wenn wir dem Antrag des Sparauschusses unsere Zustimmung nicht verweigern konnten, so geschah es nur deshalb, weil überhaupt Ersparnisse erzielt werden sollten. Hätten wir dem Sparauschuss nicht zugestimmt, dann würden die bürgerlichen Parteien alle Forderungen des Reichswehrministeriums gebilligt haben.

Bezeichnend sind folgende Zahlen:

für laufenden Munitionsvorbrauch werden 38 Millionen Mark gefordert, der ganze Etat des Reichs beträgt aber nur 15 Millionen Mark. (Hört, hört!) Für Geschützübungen werden 12 Millionen verlangt, das ist noch einmal soviel, wie im Jahre 1914. Die Ausgaben für die Erhaltung des Gaschutzgrates betragen 3 Millionen, der Etat des Reichsgesundheitsamtes aber nur 1 330 000 Mark. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie auch darauf erwidern könnten, daß die Länder und Gemeinden noch größere Summen für die Zwecke ausgeben, so bleibt das Verhältnis trotzdem noch ungeheuerlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Grundübel bei der Reichswehr ist es, daß die Kompagnieführer über den Erfolg zu bestimmen haben. Das ganze Werbewesen für die Reichswehr muß eine gründliche Ueberziehung erfahren. Es wäre der erste Schritt zu einer Republikanisierung der Reichswehr, wenn der Mannschaftertrag nicht allein den Offizieren überlassen bliebe, die vielfach dem neuen Staat feindselig gegenüberstehen, sondern wenn er in Verbindung mit den Zivilbehörden vorgenommen wird. Es geht nicht an, daß der Reichswehrminister gegen Organisationen Stellung nimmt, nur weil sie tapfer und aufrecht für die Republik wirken. Ich frage ihn, wie will er das Verbot vom 7. Mai vorigen Jahres rechtfertigen, das sich gegen den Reichsbund der Kriegesbeschädigten richtete und ihn als politischen Verein bezeichnet? Wenn wir soweit gekommen sind, daß dieser Bund, der sich so viele Verdienste um die Kriegsoption erworben hat, auch verboten wird, dann müßte das den Protest aller Parteien hervorrufen. In der Antwort auf die Belagerung gegen das Verbot teilte das Reichswehrministerium am 5. September 1925 mit, daß der Bund auf eine planmäßige Vereinfachung der Gesetzgebung für die Kriegesbeschädigten aussehe. Das seien aber politische Gegenstände, und wenn die Polizei den Bund bisher nicht als politisch behandelt habe, so sei das für das Ministerium unerheblich. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Welche Organisation ist denn dann nach der Auffassung des Ministers keine politische Organisation? Wie steht es nun mit dem Kampfbund und, ist etwa diese Organisation unpolitisch? Solange der Reichswehr nicht die Beteiligung an Denkmalerthüllungen für alle Generale verboten wird, solange ist die Reichswehr ein politisches Instrument der Reichsregierung. Der Leiche des Generals Hammer folgte die Reichswehr in voller Uniform, nur weil er Mitglied des Stahlhelms war. Obwohl die Monarchisten die Republik bei solchen Anlässen in Anwesenheit der Reichswehr beschimpfen, beteiligt sie sich immer weiter an derartigen Feiern. Ich erinnere nur an die Enthüllung des Augustaner-Denkmal, wo jene Taktlosigkeit begangen worden sind, die die Republikner auf den Plan gerufen haben.

Die Reichswehr der Republik hat nur der Republik zu dienen, das fordern wir mit aller Entschiedenheit! Jeder antirepublikanische Einfluß muß von ihr ferngehalten werden.

Der Redner erinnert an einige Vorgänge in Hohenstein-Cranstal und anderen Orten, wo die Soldaten zur Teilnahme an den bevorstehenden großen Kämpfen aufgefordert wurden. Die Entpolitisierung der Reichswehr genügt nicht, die Soldaten müssen auch in republikanischem Geist erzogen werden. Darin könnte sich der Reichswehrminister an dem früheren österreichischen Wehrminister, den General Wächter, ein Vorbild nehmen, der in einem Erlass über die Erziehung der Soldaten folgendes sagt: „Der Heimatkundunterricht hat die Erkenntnis und Ueberzeugung zu vermitteln, daß die Selbstverwaltung des Volkes auf allen Gebieten, daß die republikanische Staatsform einem kulturell hochstehenden mündigen Volke wie unserem deutschen am besten entspricht, aber auch pflichtbewußte Arbeit und Mitarbeit jedes Volksgenossen fordert.“

Bei uns wird ein solcher Unterricht nicht erteilt, dagegen der Reichsbund der Kriegesbeschädigten verboten und die Verbindung der Reichswehr mit den Rechtsorganisationen nach wie vor gehindert. Auf 50 Beschwerden der republikanischen Beschwerdestelle ist nicht eine einzige Antwort vom Reichswehrminister

eingegangen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die „Frankfurter Zeitung“, die Herrn Gesler doch politisch nahesteht, (Gesler ruft: Nein! Heiterkeit), sie gehört doch Ihrer Partei an, Herr Gesler! Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Wie muß es um eine Republik bestellt sein, deren Wehrminister, ein Mann demokratischer Parteizugehörigkeit, das Reichsbanner, das Republikaner aller Parteien ausdrücklich zum Schutze dieses heutigen Staates umfaßt, auf eine Linie stellt mit jenen Kampfverbänden, deren Einstellung gegen die Republik in jeder Kundgebung, in jeder ihrer Betätigungen ganz unüberhüllt zutage tritt.“

Durch die Femeleprozesse ist jetzt das Verhältnis der schwarzen Reichswehr zur Reichswehr klar gestellt worden. Im Ausschuss hat der Minister erklärt, er sei immer ein Gegner der Verbindung der Reichswehr mit außerhalb stehenden Organisationen gewesen. Aber wie kommt es, daß die schwarze Reichswehr in reichseigenen Gebäuden wochen- und monatelang untergebracht werden konnte? Diese Tatsache steht doch im Widerspruch mit Ihren Ausführungen im Ausschuss! In dem Prozeß von Freiberg, wo das Pflaster mit Arbeiterblut gefärbt worden ist, wurde festgestellt, daß sich 17- bis 18jährige junge Männer in der Reichswehr befanden, die eine dreitägige Ausbildung hinter sich hatten. (Hört! hört!) Ueber die Verhältnisse in Rüsting hat der Minister uns falsche Auskunft gegeben. Er behauptete, daß es sich dort um Arbeitskommandos gehandelt habe. Zum Beweise dafür, daß das nicht wahr ist, verlese ich aus dem Briefe eines Angehörigen der schwarzen Reichswehr folgendes:

„Am Montag, den 4. Juli 1923, fuhr ich mit dem 5-Uhr-Zug früh nach Rüsting. Da ich arbeitslos war, wollte ich bei der richtigen Reichswehr eintreten, von der Schwarzen müßte ich noch gar nichts. Ich begab mich gegen 8 Uhr zur Kaserne des Pionierbataillons III. Auf der dortigen Wache wurde mir gesagt, ich sollte entweder in 8 Tagen wiederkommen, da die Kompanie im Manöver wäre, oder ich sollte zur Fahrabteilung III (Trainbataillon) in Albstadt, gegenüber Bahnhof Albstadt, gehen. Ich ging dorthin, da war aber auch nichts frei. Der Wachhabende der Fahrabteilung sagte mir, ich sollte nach dem Zeughaus in der Albstadt gehen. Ich trat dort gegen 10 Uhr ein. Im Zeughaus begab ich mich zur Schreibstube. Ein dort anwesender Leutnant jagte mir, ich könne dort eingestellt werden, aber ich müßte auf Oberleutnant Knäppel warten. Nach einer Weile, wo ich auf dem Korridor wartete, wurde ich wieder hineingerufen und der Leutnant legte mir einen Fragebogen in der Größe eines Aftenbogens vor. Es stand insbesondere darauf, daß ich mich auf 12 Jahre verpflichtete und es stand auch darauf, daß ich über alles, was vorgeht, zu Hause nichts erzählen darf. Es waren nach meiner Erinnerung mindestens 12 bis 15 Fragen. Ich unterschrieb mit einem Blaustift, den mir der Leutnant gab, der dann einen Stempel daraufdrückte. Im Zeughaus und zwar in der Kammer wurde ich eingekleidet. Im Zeughaus müßte ich noch Arbeitsdienst machen und kam abends mit drei anderen, die anscheinend am selben Tage eingestellt wurden, nach Söppig. Am selben Tage wurde noch ein gewisser Schafst aus Frankfurt a. D. von Herrn Knäppel eingestellt. Am Dienstag merkte ich sofort, daß ich bei der schwarzen Reichswehr war.“

Dieser Mann dürfte dem Herrn Reichswehrminister wohl nicht unbekannt sein, denn er hat jetzt einen Schadenersatzprozeß eingestrengt. Vorausgegangen ist dieser Klage die Behauptung der Kommandantur Rüsting, daß es sich nicht um die Reichswehr, sondern um ein Arbeitskommando gehandelt habe und daß die Urkunde darüber von dem Major Buchrucker vernichtet worden sei. Es steht fest, daß die Mitglieder der „Arbeitskommandos“ als Soldaten ausgebildet worden sind, sie trugen eine Regimentsnummer, sie mußten nadererzieren, wenn sie die Unteroffiziere nicht begrüßten. Gehörte die Erlernung von Bräudenprägungen etwa zu den Aufgaben eines Arbeitskommandos? Warum hat man den Mitgliedern der Arbeitskommandos Urlaubsscheine und Soldatenfahrkarten gegeben? (Hört! hört! bei den Soz.) Beim Eintreten der Fürstenerwälder Reichswehr vor Rüsting müßte diese weiße Armbinden tragen, weil nicht zu erkennen war, was schwarze und was richtige Reichswehr war.

Ich muß auch icherliche Protest dagegen einlegen, daß man im Reichswehrministerium mehr oder minder bewußt die Volksvertretung immer wieder hinter das Licht zu führen sucht! Bis im Februar d. J. sind Leute in Frankfurt a. D. eingezogen worden. (Hört! hört! bei den Soz.)

Nach am 14. Februar hat man drei Leute aus Tschernow bei irgendeiner illegalen Truppe eingekleidet. Es steht fest, daß trotz des Verbots der schwarzen Reichswehr diese noch immer Leute einzieht. Ich habe dem Minister Material unterbreitet, daß beim 4. preussischen Infanterieregiment Offiziere abkommandiert wurden zur militärischen Ausbildung von Bismarck-Bündlern usw. Am 26. Februar antwortete mir das Reichswehrministerium, daß es sich um junge Leute gehandelt habe, die aus Anlaß der Unruhen im Winter 1923/24 eingestellt worden seien. Ihre Entlassung habe nur allmählich erfolgen können, sie habe sich bis zum Herbst 1924 hinausgezogen. Zwei junge Leute wollten die Offizierslaufbahn ergreifen, sie wurden April 1925 eingestellt, da sie aber den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen waren, habe man sie im September wieder entlassen.

Ich kann zu dieser Antwort nur erklären, daß es sich um eine bewußte falsche Darstellung der dem Minister untergeordneten Stellen handelt.

Es ist ja bezeichnend, daß mit der Untersuchung solcher Beschwerden gerade solche Stellen beauftragt werden, gegen die sich die Beschwerden richten. Zusammenfassend erkläre ich, unsere Kritik richtet sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen das System, das schon dadurch gekennzeichnet ist, das die Herren von Canaris als Sachverständigen in den Untersuchungsausschuss des Reichstags entsandt hat. Wir wollen hoffen, daß unsere Kritik nicht nur die Beachtung des Reichswehrministeriums findet, sondern daß in der Reichswehr auch danach gehandelt wird. Im übrigen können wir dem Minister nicht Vertrauen entgegenbringen und wir werden dementsprechend auch gegen das Gehalt des Ministers stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erling (Z.) bedauert den bisherigen Verlauf der Debatte. Für die Republik sei es eine peinliche Lage, wenn ihre Wehrmacht zwar von der antirepublikanischen deutschnationalen Partei gelobt, aber von dem Sprecher der härtesten republikanischen Partei in kleinlicher Weise kritisiert wird. Daß in der Reichswehr, wie in allen Institutionen, verschiedene Mischstände bestehen, werde von keinem geleugnet. Das Zentrum sei immer für die Völkerverständigung eingetreten; aber die in Waffen stehenden Großmächte sollten endlich mit der Abrüstung dem Beispiel Deutschlands folgen. (Beifall.) Wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, muß auch darauf gedrungen werden, daß die im Versailler Vertrag angeordnete Abrüstung der übrigen Mächte durchgeführt wird.

Abg. Bränninghaus (D. Sp.): Zu begrüßen war die Erklärung des deutschnationalen Redners, daß

Deutschland den Weg der Verständigungspolitik gehen müsse. Wir hoffen, daß die deutschnationale Fraktion daraus die politischen Folgerungen ziehe, die wir längst gezogen haben. (Abg. Dr. Koch (Dnat.): Das tun wir auch!) Wir sollen der Tätigkeit des Reichswehrministers Dr. Gesler volle Anerkennung. Einzelne Uebelstände dürfen nicht Anlaß zu verallgemeinernden Angriffen gegen die Reichswehr geben.

Abg. Schneller (Komm.) bringt einen Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichswehrminister ein.

Abg. Dr. Veidt (Wirtsch. Bg.): bezeichnet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als den einzigen wirklichen Vertreter des Militarismus in Deutschland. (Hört! hört! links. Abg. v. Graefe (Woll.): Es sind viele Schwarzlockige dabei!) Aber sie machen einen guten militärischen Eindruck!

Reichswehrminister Dr. Gesler:

Auch dieser Etat unterliegt noch der Prüfung der in Berlin tätigen Militärkommission. (Hört, hört! rechts.) Es wäre daher von uns höchst tödlich, wenn wir Mittel einlegen würden, die wir nicht voll belegen können. Im Ausschuss ist vor allem die Höhe der Barunterhaltungskosten und der Ergänzungsforderungen für Waffen und Munition beanstandet worden. Wenn nun hier gesagt worden ist, daß ich auf diese Forderung im Interesse der allgemeinen Notlage verzichten sollte, so möchte ich erwidern: Gerade auf diese Ausgabe wartet heute die Industrie, wartet das Handwerk, warten viele Tausende von Arbeitern. Ich habe es abgelehnt, bei der Begründung der Forderungen irgendwie von der Arbeitslosigkeit zu sprechen, weil ich der Auffassung bin, daß Ausgaben, die nicht notwendig sind an sich, nicht begründet werden können mit der Arbeitslosigkeit. Für die Notwendigkeit dieser Forderungen berufe ich mich auf das Zeugnis der Entente. Sie hat diese Bestände festgestellt, damit die Reichswehr wenigstens den bescheidensten Ansprüchen genüge. Die Summen, die heute für die Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden, übersteigen bei weitem das, was hier gefordert wird. Aber die Nichtbewilligung der Forderungen würde Tausende von Arbeitslosen schaffen, die auf den Verdienst aus diesen Arbeiten angewiesen sind. Ich stelle das ausdrücklich fest, um dem Vorwärts zu begegnen, als ob wir über den Versailler Vertrag hinausgehen wollten. Gerade wir haben, wenn wir jetzt in den Völkerverbund eintreten, das größte Interesse daran, daß das Abrüstungsproblem aufgeworfen wird. (Sehr richtig!) Wie wir uns auch dazu stellen, darin ist alles einig.

daß der Zustand unhaltbar ist, daß die übrige Welt in Waffen starrt und in Mitteleuropa völlig entvölkerte Völker bestehen. (Sehr richtig!)

Überall sehen wir die Absicht, umzurüsten, daß die Militärbudgets kolossal in die Höhe gehen. Was soll das heißen, wenn das englische Heeresbudget von 28 Millionen Pfund im Jahre 1913 heute auf 48 Millionen Pfund gestiegen ist. (Hört, hört!) Diese kolossale Steigerung hängt vor allem damit zusammen, daß die Technik heute eine ganz andere Rolle spielt, daß die heutigen Waffen viel kostspieliger sind; obwohl in England die Kopfzahl des Heeres um 20 000 vermindert ist, macht die technische Ausrüstung kolossale Fortschritte. Auch in Amerika schwillt das Heeresbudget kolossal an. Die amerikanische Armee steht in Bezug auf Technik und Chemie heute an erster Stelle in der Welt. Weil dazu vor allem Geld gehört und wir das Geld nicht haben, so ist ein solcher Verlauf bei unserer Wirtschaftslage völlig ausgeschlossen. Europa und Deutschland haben das größte Interesse daran, daß die Abrüstungskonferenz zu positiven Ergebnissen kommt, weil wir sonst kein Weg sehen, wie wir wirtschaftlich von diesen unheimlichen Lasten wegstommen sollen und unsere europäische Wirtschaft die Konkurrenz mit der übrigen Industrie aufnehmen kann. Die Reichsregierung wird alles tun, um auf der Abrüstungskonferenz für die Abrüstung einzutreten und für die Gleichberechtigung Deutschlands. Dabei wird sich die unmögliche Lage sein in der wir heute sind. Darin stimme ich mit den Kritikern überein, daß das System, das wir in Deutschland haben, auf die Dauer für uns unhaltbar ist. Dieses System enthält sozialer Abwärt, daß es nur als ein System des Uebergehanges ansehen kann. Es ist geradezu erschütternd, daß die demokratischen Staaten des Weltens es wagen, die Deutschland dieses System ausgezogen haben, das mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. (Sehr richtig!) Unsere Politik muß darauf hinausgehen, diese Widersprüche zu beseitigen. Damit hängen natürlich die politischen Schwierigkeiten zusammen, die wir mit dem Heere haben.

Hätten wir ein Volksherr mit allgemeiner Wehrpflicht,

dann würden sich die Parteien im Heere ganz von selbst ausbalanzieren, dann wäre die Zusammenfassung wahrscheinlich wie früher diejenige im alten Heere. (Lachen links.) Dort hat jeder seine politische Ueberzeugung gehabt. (Lachen links.) Heute aber wird das Heer von allen Seiten mit Mißtrauen betrachtet, und gerade diejenigen Kreise rechts und links, die die Verfassung umzusetzen wollen, bemühen sich um das Heer. Bei den großen Auseinandersetzungen um die Verfassung und den Kämpfen der letzten Jahre sind die Dinge dadurch zusammengebrochen, daß wir die Macht in den Händen behalten haben. Daß es dabei nicht ohne Schwankungen und Hemmungen abgegangen ist, kann nur ein Kind verkennen. Wir leben in einer Uebergangszeit mit allen ihren Schwierigkeiten, und das Heer hat natürlich im neuen Staate einen viel weiteren Weg, als viele hier wissen.

Das Heer, das mit einer großen Tradition glorreiche Erinnerungen verbindet, müßte diesem Staate zunächst mit großem Mißtrauen gegenüberstehen. (Hört! hört! links.)

Vor nunmehr sechs Jahren, in den Tagen des Kapp-Putsches, bin ich an die Spitze meines Regiments getreten. Ich habe niemals den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß ich von jedem Offizier den Eid der Verfassung gemäß verlangte. Aber, daß ich dem Offizierkorps gegenüber den Staat gefährde oder preisgebe, dürfen Sie nicht annehmen. Freilich, wenn ich Gelegenheit o. Seest gegenüber fragen wollte, welche Staatsform die bessere ist, so würde er mich wohl verwundert angeschaut haben. (Heiterkeit.) Ich bin von der Erziehung ausgegangen, daß mit der Zeit jedem vaterländisch gesinnten Mann die Entwicklung auf den Standpunkt bringen muß, daß nur auf dem Boden der Verfassung und nur auf dem Boden der Republik eine Zukunft Deutschlands überhaupt gestellt werden kann. Das ist meines Erachtens der Standpunkt, zu dem sich in Deutschland ein immer größerer Teil der Bevölkerung durchdringt. (Widerspruch rechts.) Niemand braucht heute an Putschgefahren zu denken. Das junge Geschlecht wird hineinwachsen in die heilige Staatsform, es wird aber das Verloren, was ihm die Vergangenheit gegeben hat, hoffentlich überhaupt nicht ausgeben. Wenn ein Politiker verständig wird, dann merkt das jedermann. (Heiterkeit.) Wenn aber ein Offizier das wird, dann merkt man es nicht. Sie tun einfach ihre Pflicht. Ich kenne heute zahlreiche Offiziere, die absolut auf diesem Boden stehen. Ich bin also der Auffassung, daß die politische Entwicklung absolut nach der Richtung gegangen ist, die ich vor sechs Jahren erwartet habe. Sie hätten ein anderes System anwenden können. Dabei muß man bedenken, daß unsere Kasernen durchsucht worden sind, daß wir geradezu gehetzt worden sind. Wir sind auf wichtige Vorhänge monatelang ohne Antwort geblieben. (Hört, hört!)

Die ganze Art hat den Eindruck hervorgerufen, als seien hier Quälereien ohne Ende über das Heer verhängt worden. Das hat mit dem Gellse von Locarno nichts zu tun. (Sehr wahr!) Es ist notwendig, daß mit diesem System der Schranken ein Ende gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiterkassen hat ja

eine historische Parallele: das Sozialistengesetz. Die Sozialdemokraten haben alles versucht, dieses Gesetz zu umgehen. Sie müssen daher Verständnis dafür haben, daß sich jemand gegen ein Ausnahmegesetz wehrt. Um genau dasselbe handelt es sich bei unserem Offizierskorps. In diesen psychologischen Zuständen findet man die Erklärung für unendlich viele Schwierigkeiten, die aufgetreten sind. Ich bin manchmal verzweifelt gegenüber den Hemmungen und Schwierigkeiten. (Zuruf links: Beide Augen zugeknüpft haben Sie!) Heute sind wir darüber hinaus. Den zahlreichen Verbänden lege ich keinen militärischen Wert bei, und ich möchte dringend davor warnen, in diesen Formationen etwas zu sehen, was in der Lage wäre, sich an modernen Kämpfen zu beteiligen. Mich politisch zu diesem Problem zu äußern, habe ich als Ressortminister keinen Anlaß. Ich kann nur bedauern, daß durch diese militärischen Spielereien die deutsche Jugend von dem abgezogen wird, was sie wirklich tun möchte, nämlich sich an Leib und Geist gesund zu erhalten und von dem Parteihader des Tages zu entfernen, der Deutschland auseinanderreißt. Insofern sehe ich in diesen Verbänden keine glückliche Entwicklung.

Wenn diese Entwicklung gekommen ist, dann nur, weil die vaterländischen Verbände jahrelang einen förmlichen Terror ausgeübt haben. (Lebhafter Widerspruch rechts. Zurufe: Reichsbanner!) Bei Ihnen hat es jedenfalls angefangen.

Ich bitte die Verbände, daß sie uns in Ruhe lassen. Insofern kann ich mich mit dem Aufruf des Grafen v. d. Goltz einverstanden erklären. Die Fragen der schwarzen Reichswehr, der Gememorde und Arbeitskommandos ward ja der Reichstagsuntersuchungsausschuß zu prüfen haben.

Herr Künstler nennt die Mitteilung, die ich so vorgetragen habe, wie sie mir gemacht ist, daß keine Zeitfreiwilligen eingestellt sind, eine Falschmeldung. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, dann würde der Offizier, der die Mitteilung gemacht hat, um seine Stelle kommen. Ich sehe Ihren Beweisen entgegen. Wenn der Reichstag Ausschluß über die Vorgänge von 1923 haben will, bin ich dazu bereit, aber ich kann es nicht allein machen, es gehört auch das Ministerium des Innern dazu, und es würde Sie stundenlang aufhalten. Der Chef der Heeresleitung und ich sind durchaus Gegner jeder besonderen Formation. Diese Fragen werden ja vom Untersuchungsausschuß sorgfältig behandelt werden. Was die Erklärung von Vereinen und Verbänden zu politischen Organisationen betrifft, so verweist der Minister auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Soldaten. Darin ist einfach die Tatsache als Grundlag festgelegt, daß sich Soldaten nicht in das politische Leben zu mischen haben. Was ein politischer Verein ist, so führt der Minister fort, wird nicht von mir bestimmt. Der Reichsbund der Kriegsverwundeten hat als lahngemäße Aufgabe die Vertretung der Interessen der Kriegsverwundeten vor allem bei den gehobenen Körperschaften. Das ist nach der deutschen Rechtsprechung ein politischer Zweck. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten: Sand und!)

Der Landbund ist als politischer Verband erklärt. Sobald eine Kavelle in Veranstaltungen des Landbundes spielt, wird sie bestraft. (Zuruf links: Kniffhauerbund!) Der Kniffhauerbund ist ein Gebilde, das sehr zweifelhaft ist. (Heiterkeit.)

Seine Sagenungen sprechen ausdrücklich aus, daß er absolut unpolitisch ist, daß er Angehörige aller Parteien aufnimmt, daß er lediglich die Kameradschaft pflegt. Aber ganz zweifellos ist, daß einzelne seiner Landesverbände und Ortsgruppen sich politisch betätigen. Soweit das geschieht, ist den Soldaten selbstverständlich die Zugehörigkeit zu diesen Kameradschaften verboten, zum Beispiel ist der Landesverband Südpfalz des Kniffhauerbundes dem Heimatbund beigetreten, zweifellos einer politischen Organisation. Auf unsere Mitteilung, daß der Landesverband, wenn er aus dem Heimatbund nicht wieder austritt, als politisch erklärt werden würde, ist er wieder ausgetreten. In einer Veranstaltung eines Regimentsvereins, bei der etwa tausend Personen anwesend waren, hat zum Schluß unvorhergesehen ein alter General eine politische Kampfrede gehalten und ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht. Einige anwesende Reichswehroffiziere protestierten und verließen das Lokal. Sie haben sich absolut korrekt benommen. Das stand aber nicht in der Presse. (Heiterkeit.) Gerade weil ich Gewicht darauf lege, die Tradition zu pflegen, habe ich vielleicht mehr im Stillen gewirkt, als das in der Öffentlichkeit bekannt ist. Aber auch hier ist

die Schonzeit vorbei!

Ich übe nicht gern Zensur aus, ich lese nicht gern die Rede eines alten Generals vorher durch, die er nachher halten soll. Aber, wo mir Zweifel aufstiegen, werde ich das in Zukunft tun. Ich kann meine Politik aber nicht bloß nach dem Stadtkreis Berlin einrichten. Der General sitzt von Armin wehrt sich gegen die in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Der Minister bittet aber dringend, daß bei solchen Gelegenheiten die nötige Zurückhaltung geübt werde, weil solche Äußerungen leicht falsch verstanden werden. Beanstandet wurde auch eine Rede des Generals von Gebfattel. Es ist dann angeordnet worden, daß die Reichswehrtabelle nie mehr in Verammlungen spielt, in denen Freiherr v. Gebfattel spricht. Wenn Graf Schulenburg meint, ich sähe mehr nach rechts als nach links, so habe ich dazu leider Anlaß, weil vielfach aus den gesellschaftlichen Beziehungen heraus sich Situationen entwickeln, durch die der Reichswehroffizier in eine unzumutbare Lage kommt. Unser Vergewaltigungswesen beruht auf den Bestimmungen des Wehrgesetzes. Allgemeine Aufträge gehen in das ganze Reich, die Länder kontrollieren genau die Vergewaltigung. Wir leiden unter der Ringbildung und haben im Oktober eine Verfügung herausgegeben, wonach alle, die Angebote machen, angeben müssen, ob sie einem Ring angehören oder nicht. Ich stelle im Ganzen fest, daß unbeschadet aller Kritik, deren Berechtigung im einzelnen ich nicht bestritten habe, — ich wende mich nur gegen Uebertreibungen und Verallgemeinerungen — auch im verflochtenen Jahre die Reichswehr sich innerlich festgelegt hat, daß sie zu einem immer festeren Fundament des Staates wird und das Vertrauen des Volkes verdient. Dieses Vertrauen möchte ich Ihnen zum Schluß empfehlen. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Anträge auf Aufhebung der Weinsteuer und Interpellationen über die Notlage der Winzer. Schluß 4 1/2 Uhr.

Vorteile organisierter Bedarfsdeckung.

Produktion, Zwischenhandel und Verbraucher.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß die Konsumgenossenschaften weit entfernt davon sind, einen persönlichen Kampf gegen Händler oder Kaufleute zu führen. Oder daß in der geschäftlichen Auseinandersetzung über die Warenversorgung der Bevölkerung etwa die Frage des Kapital- oder Handelsprofits von Unternehmung gegen Unternehmung eine entscheidende Rolle spielt. Rein. Vielmehr handelt es sich um eine volkswirtschaftliche Frage ersten Ranges, nämlich darum: 1. Ob es volkswirtschaftlich zweckmäßig und nützlich ist, die Zahl der Verteilungsstellen für die Warenversorgung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf deren Größe zu vermehren und dadurch die Ware automatisch zu verteuern; 2. ob es zweckmäßig und nützlich ist, daß die Warenherstellung selbst so weit als möglich in den Händen der Verbraucher sich befindet, oder ob diese dauernd auf die Quelle der Preisbildung verzichten und damit dauernd abhängig bleiben sollen von dem privatkapitalistischen Profitbegehren.

Heute wird mehr als jemals von allen Wirtschaftlern betont, daß Konzentration, Zusammenfassung der Kräfte eines der notwendigsten Erfordernisse ist, um die Volkswirtschaft wieder auf einen gelunden Boden zu stellen. Die Zersplitterung nützt keinem und schadet allen. Wenn eine Konsumgenossenschaft in nur 4 bis 5 Verteilungsstellen 4000 bis 5000 Mitgliederfamilien mit Waren versorgt, wo im gegebenen Fall 40 bis 50 Kleinhändler die gleiche Aufgabe zu erfüllen haben, so kann doch kein Zweifel darüber sein, daß dann die organisierte Warenversorgung der privatwirtschaftlichen überlegen ist. Denn wenn auch die Untkosten des Kleinhandels im erwähnten Falle nicht gerade zehnmal größer sind, als die der Konsumgenossenschaft, so müssen sie doch auf alle Fälle entsprechend größer sein, was sich dann in der Qualität der Ware, im Preis und häufig auch im Gewicht ausdrückt — nicht zuletzt auch in der Rückvergütung, die die Konsumgenossenschaft ihren Mitgliedern auf den Warenumsatz gewährt.

So sind Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit in der genossenschaftlichen Warenversorgung vereint. Daß es von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, wenn, wie heute, über 4 1/2 Millionen Familien in Deutschland der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung angeschlossen sind, bedarf keines weiteren Beweises mehr.

In noch höherem Maße gilt dies von der „Kontrolle der Pro-

duktion“ durch die genossenschaftlich organisierten Verbraucher. Man kann eine Kontrolle nur dann wirksam ausüben, wenn man im Eigenbesitz von Produktionsbetrieben sich befindet und dadurch alle die Quellen der Preisbildung des Produkts aus eigener Erfahrung kennen lernt. Denn der Kapitalprofit in einem „Ding“ ist so differenziert, daß eine mechanische Kontrolle, bei der man die Dinge nur von außen sieht und schätzen und berechnen kann, nie ihre Aufgabe zu erfüllen vermag. Außerdem aber handelt es sich bei der Frage vorwiegend um den Nutzen, den die Produktion dem Besitzer abwirft. Und da ist es nach beiden Richtungen — Kontrolle und Produktion — ebenso zweckmäßig wie nützlich, wenn die genossenschaftlich organisierten Verbraucher von der Warenverteilung zur Warenerzeugung in eigenen Betrieben vorwärtigen, so wie es heute schon auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist. Sie kontrollieren durch ihre eigenen Betriebe nicht nur die Preise der privatkapitalistischen Unternehmung, sondern regulieren sie auch nach dem Prinzip der Konkurrenz und haben außerdem einen direkten Wirtschaftsnutzen für ihre genossenschaftlichen Besitzer.

Dies große Problem der Volkswirtschaft kann und wird ganz zweifellos auf großen Gebieten durch die konsumgenossenschaftliche Organisation in zweckmäßigster und nützlichster Weise gelöst werden, wie es ja beispielsweise in England fast kein Gewerbe mehr gibt, das nicht von der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion erfährt wäre.

Aus alledem ergibt sich, daß die Aufgaben der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung nicht in einem „Kampf mit dem Kleinhandel“ bestehen, sondern daß sie sehr viel weittragender Art sind. In einem Ausmaße, daß der Kleinhandel, selbst wenn er organisiert wäre, nach den technischen, finanziellen und sozialen Voraussetzungen niemals in der Lage wäre, sich an eine solche Aufgabe heranzuwagen. Der Kleinhandel bleibt gemäß seiner Konstitution in dauernder Abhängigkeit vom Großhandel und der Industrie, die ihn alimentieren, während die Konsumgenossenschaften bereits ihren eigenen Großhandel besitzen, zum Teil schon an die Quelle der Preisbildung — Produktion — vorgedrungen sind, auf alle Fälle aber, wie die Praxis erweist, alle Voraussetzungen besitzen und alle Bedingungen zu erfüllen in der Lage sind, um die Unabhängigkeit der Verbraucher vom Industrie-, Bank- und Handelskapital zu einer vollkommenen Tatsache zu machen. — ff.

Die Baukredite der Reichsbahn.

Anlässlich des Planes der Regierung, nach dem der Reichsbahn 100 Millionen Mark als Darlehen zur beschleunigten Vergabe von Aufträgen gewährt werden sollen, hat der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in einer Denkschrift eigene Vorschläge für eine unmittelbare produktive Verwendung dieser Gelder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Behörden unterbreitet. Die Denkschrift führt den Nachweis, daß Lokomotiven in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen selbst für den Fall, daß der Verkehr aus irgendwelchen Gründen plötzlich zunehmen sollte. Der Reparaturstand der Personenwagen ist normal, während an Lokomotiven ein derartiger Ueberschuß besteht, daß die Reparatur von 4500 Maschinen wegen des geringen Verkehrs zurückgestellt werden mußte. Dennoch bleibt ein Ueberschuß von 5350 betriebsfähigen Lokomotiven gegenüber den jetzt in Benutzung befindlichen 16 475 Maschinen. Von den vorhandenen 693 000 Güterwagen mußten wegen mangelnden Verkehrs etwa 124 000 abgestellt werden. Der Werksstättenbetrieb wurde eingeschränkt. Große Mengen von Hilfsmaterialien liegen in ihnen als zinsverzehrendes Kapital umher. Da überdies der augenblickliche Verkehr nur 70—80 Proz. des Normalstandes beträgt, ist — bis auf geringfügige Ausnahmen bei besonderen Typen — im Hinblick auf den gegenwärtigen Bedarf der Reichsbahn eine umbringende Verwendung der Kredite durch Bestellungen auf diesem Gebiete nicht zu erwarten.

Anders liegen die Verhältnisse beim Oberbau, besonders bei den Gleisanlagen. Der Oberbau ist den Anforderungen der inzwischen verbesserten Betriebstechnik nicht gewachsen. Vor dem Kriege mußten von der gesamten Gleislänge des Deutschen Reichs mit 76 000 Kilometern zur Erhaltung der Betriebssicherheit jährlich 4 Proz. erneuert werden. Während des Krieges wurde das vernachlässigt, so daß jetzt ein Restbestand von notwendigen Umbauten von etwa 6600 Gleiskilometern übrig geblieben ist. Im Etat für 1926 sind außer der normalen Umbauquote von 4 Proz. gleich 3000 Kilometer nur 500 Kilometer berücksichtigt worden. Durch eine zweckmäßige Verteilung der verfügbaren Kredite könnte man noch weitere 10 1/2 Gleiskilometer betriebsfähig herstellen. Für die Privatindustrie ergeben sich daraus folgende Aufträge:

192 500 t Schienen	zu 12 088 333 Mark
54 543 t Eisenbahnschwellen	7 083 333
33 020 t Kleinreifen	6 804 166
4 896 t Weichen	1 072 916

274 999 t Oberbauaufträge zu 26 848 748 Mark

Außerdem wären erforderlich:

860 791 Stück hölzerne Schwellen	zu 6 068 541 Mark
27 083 Stück hölzerne Weichenschwellen	78 125
520 833 cbm Bettungstoffe (Kies, Steinschlag)	3 125 000
sonstige Oberbauaufträge	26 416

Zusammen: 36 161 830 Mark

Zur Verarbeitung dieser Stoffe sind erforderlich:

1 697 000 Tagewerke	zu 8 500 000
---------------------	--------------

Mitfin Gesamtkosten: 44 661 830 Mark

Bei einer Arbeitsdauer von sechs Monaten könnten hierdurch rund 11200 Aushilfsarbeiter beim Oberbau der Reichsbahn Beschäftigung finden. Die Bliederung der Gesamtarbeit hat außerdem infolgedessen einen besonderen Vorteil, als neben dem Arbeitsanfall für die Eisen verarbeitende Industrie auch die industriearmen Teile unseres Reichs Berücksichtigung finden können. Die günstigen Witterungsverhältnisse dieses Jahres sowie die bis jetzt beschafften Baustoffe gestatten außerdem die sofortige Aufnahme der Arbeit, so daß die im Dezember v. J. entlassenen 20 000 Aushilfsarbeiter der Reichsbahn erneut zur Einstellung gelangen können. Die Verstärkung der Eisenbahnbrücken, die zu besonders dringendem Bedürfnis geworden, kurzzeit aber wegen Mangel an Mitteln nicht in vollem Umfang durchführbar ist, verdient die gleiche Beachtung. Auch hier würde sich durch entsprechende Maßnahmen eine bessere Beschäftigung der Eisenbahnkonstruktionsanstalten unseres Reichs ermöglichen lassen.

Abschließend betont der Verband, es müsse verhindert werden, daß die 100 Millionen Kredite ähnlich wie seinerzeit die 700 Millionen der Schwerindustrie lediglich zu einer Finanzoperation zur Sanierung der daran interessierten Kreise würde, während es jetzt darauf ankomme, eine Nothilfe zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu schaffen.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G. Die Gesellschaft, die die Spitzenorganisation einer Reihe anderer Elektrizitätswerke darstellt, teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß die Umsätze der zu ihrem Geschäftskreis gehörenden Fabrikationsgesellschaften sich selbst gegenüber der Vorjahreszeit erhöht haben. Nach den üblichen Konventionen über die schlechte Wirtschaftslage, die hohen Steuern usw. unternimmt der Geschäftsbericht einen heftigen Vorstoß gegen die öffentlichen Unternehmungen: „Die noch nicht befristete Betreibung der Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmungen und sonstigen sogenannten Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand von den gleichartigen Privatbetrieben belastenden Steuern scheint zwar eine einseitige Verbilligung der Versorgung aus öffentlichen Betrieben nicht bewirkt zu haben, steht aber auf Reichskosten gleichsam eine Prämie auf die Verstaatlichung oder Kommunalisierung privater Betriebe in einer Zeit, die eher zur Befruchtung als zur Ausdehnung des Kapitalaufwands und der Verwaltungsaufgaben der Länder und Gemeinden Anlaß gibt. Daß diese Unterschiedlichkeit der Besteuerung ein Hindernis für sachlich angelegte Verbindungen öffentlicher und privater Betriebe darstellt und dadurch der Verbesserung und Verbilligung der Versorgung nach rein wirtschaftlichem Bedürfnis entgegensteht, wo sie sich ohne Kapitalumwälzungen und ohne neue Belastung politischer Körperschaften und öffentlicher Verwaltungsstellen mit wesenfremden Aufgaben vollziehen könnte, sollte ein weiterer Grund für ihre baldige Befristung sein.“ — In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens sind allerdings keine Anzeichen erkennbar, daß die Konkurrenz der öffentlichen Betriebe die Gewinnaussichten irgendwie beeinträchtigt hätte. Aus einem Reingewinn von 1,5 Millionen Mark werden 8 Proz. Dividende verteilt; gute Gewinnergebnisse mit Erträgen von 8 bis 12 Proz. weisen auch die angeschlossenen deutschen Elektrizitätswerke auf. Die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres werden als günstig bezeichnet.



Kinder brauchen Süßspeisen

und bekommen dann sehr rasch volle rote Backen, weil die darin enthaltene Milch, der Zucker, die Eier und die Früchte Blut bilden und kräftig nähren und zwar in einer angenehmen Form, so daß die Kinder gerne und viel davon essen. — Der Hausarzt rät zu

Oetker-Puddings,

sie sind für kranke wie gesunde Kinder und auch für Erwachsene gleich zu empfehlen, und ob ihrer Schmeckhaftigkeit beliebt. — Außerdem sind Oetker-Puddings sehr billig, einfach zuzubereiten und enthalten für den Aufbau des Körpers wichtige Nährstoffe. — Stellen Sie einmal Ihrem Jungen einen Oetker-Pudding hin, er wird gar nicht genug davon bekommen können. Sie dürfen ihm aber ruhig soviel geben, wie er haben mag, denn diese Puddings sind leicht verdaulich.

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Verlangen Sie die beliebtesten Oetker-Rezepte kostenlos in den einsch. Geschäften, wenn zufällig vergriffen, durch Postkarte von mir direkt

Viele Geschmacksarten

- wie: Mandel, Vanille, Zitrone, Erdbeer, Himbeer, Ananas
- ermöglichen reiche Abwechslung.
- Versuchen Sie ferner: Dr. Oetker's Feinkost-Puddings
- wie: Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln
- Schokoladenspeise mit Makronen
- Gala-Schokol.-Puddingpulver
- Puddingpulver n. hell. Art
- Makronen-Pudding
- etc.



Philosophie für die Lebenden.

Von Jerome K. Jerome.

Ein bekümmertes Argument der Philosophie lautet, alles sei belanglos, weil wir ja doch in etwa hundert Jahren bestimmt tot sein werden. Was uns jedoch nützt, ist eine Philosophie, die uns bei Lebzeiten zu helfen vermag. Ich mache mir keine Sorgen über meinen hundertsten Geburtstag, wohl aber über die nächste Quartalmiete. Mich deucht, wollten die Leute bloß fortgehen und mich zu frieden lassen — die Steuereinnahmer, die Kritiker, die Männer, die sich mit dem Gas zu schaffen machen, und andere derartige Gesellen, — dann könnte sogar ich ein Philosoph sein. Ich bin ja gern bereit zu glauben, alles sei belanglos, aber diese Leute wollen es nicht glauben. Sie sagen, das Gas würde gesperrt werden und reden vom Gerichtsvollzieher. Ich teile ihnen mit, diese Angelegenheiten werden uns in hundert Jahren keine Sorgen mehr machen. Sie erwidern, es handle sich nicht um die Zeit nach hundert Jahren, diese Rechnung hätte bereits vor einem Jahr im April beglichen werden müssen, und sie weigern sich, meinem Dämon zu lauschen. Er interessiert sie nicht im geringsten. Will ich ganz aufrichtig sein, so muß ich gestehen, daß auch mich die philosophische Betrachtung, ich werde — falls ich Glück habe — in hundert Jahren tot sein, keineswegs tröstet. Weit trostreicher erscheint mir der Gedanke, daß auch diese Leute tot sein werden. Außerdem haben sich vielleicht in hundert Jahren die Dinge gebessert. Dann werde ich womöglich gar nicht tot sein wollen. Wäre ich dessen gewiß, daß ich vor morgen früh sterben werde, ehe sie mir das Wasser, oder das Gas sperren, ehe der Gerichtsvollzieher, mit dem sie immer prahlen, erscheint, so könnte es mir vielleicht — ich bin dessen nicht ganz sicher — Freude machen, ihnen einen derartigen Streich zu spielen. Die Frau eines sehr schlechten Mannes besuchte diesen einmal im Gefängnis; er aß eben mit Vergnügen gerösteten Käse. „Wie töricht du bist, Eduard“, sprach die liebevolle Frau. „Wie kannst du nur zum Abendbrot gerösteten Käse essen? Du weißt doch, daß dein Magen das nicht verträgt. Morgen wirst du wieder den ganzen Tag sommern.“ „Das werde ich nicht“, entgegnete Eduard. „Ich bin gar nicht so dumm, wie du meinst: morgen früh werde ich gehängt.“

In den Schriften Marc Aurels gibt es eine Stelle, die mir stets Kopfschmerzen verursacht, bis ich endlich eine Erklärung fand. Die Anmerkung zu dem Kapitel besagt, die Stelle sei unklar. Dies hatte ich bereits ohne Hilfe der Anmerkung entdeckt. Was das Ganze bedeutet, vermag kein Mensch zu verstehen. Es kann alles, kann aber auch nichts bedeuten. Die Mehrzahl der Studierenden neigt erstere Ansicht zu, die Minderheit hingegen behauptet, die Stelle habe eine Bedeutung, doch müßte diese vorerst entdeckt werden. Meine Ansicht geht dahin, daß Marc Aurel damals eine wirkliche Freude empfunden hat; er kam heim, war mit sich selbst zufrieden, ohne recht zu wissen, weshalb. „Ich werde den Gedanken niederzuschreiben“, sprach er, „jezt gleich, solange er mir noch im Gedächtnis haftet.“ Ihn deuchte, es sei noch etwas so Wundervolles gesagt worden. Vielleicht vergaß er sogar Tränen beim Gedanken an das Gute, das er tue. Während des Schreibens jedoch schlief er plötzlich ein. Am Morgen hatte er alles vergessen und durch Zufall kam auch diese Niederschrift in sein Werk. Dies ist die einzige, mir wahrscheinlich erscheinende Erklärung, und sie bietet mir einen gewissen Trost.

Wir alle können nicht ununterbrochen Philosophen sein. Die Philosophie ist die Kunst, sich in das Unvermeidliche zu schicken, und dies gelingt den meisten von uns ohne die Hilfe der Philosophie. Marc Aurel war ein römischer Kaiser und Diogenes war ein Jüngling, der keine Miete zu bezahlen brauchte. Ich verlange eine Philosophie für den Angestellten, der mit dreißig Schillingen in der Woche eine Familie erhalten muß, oder für den Landarbeiter, der acht Kinder aufzieht bei einem Wochenlohn von zwölf Schillingen. Die beiden Marc Aurels waren größtenteils die beiden anderen.

Die Steuern werden abermals erhöht werden müssen, so leuzte Marc Aurel sich häufig. „Aber was sind denn Steuern? Etwas, was mit der Natur des Menschen übereinstimmt und Zeus wohlgefällig ist. Der Dämon in mir sagt, Steuern seien belanglos.“

Der Familienvater jener Tage jedoch, dessen Kinder neuer Sandalen bedurften, mußte erkennen, daß ihm die Philosophie herzlich wenig helfe. Und auch seine Frau fand dies, wenn sie ihm vorjammerte, sie habe kein einziges anständiges Kleid, könne nicht ins Amphitheater gehen, und dabei sei es doch ihre einzige Freude, zuzusehen, wie ein Christ von Löwen gefressen werde.

„Der Aukud hol' diese Barbaren!“ mag Marc Aurel bisweilen in einem unphilosophischen Augenblick ausgerufen haben. „Wollten sie doch nicht immer die Häuser der Armen einäschern, die Babas an Speeren aufspießen, die älteren Kinder in die Sklaverei schleppen. Beschalt benahmen sich diese Leute nicht anständig?“ Aber die Philosophie Marc Aurels triumphierte rasch über derartige ärgerliche Gefühle: „Wie töricht von mir, den Barbaren zu zürnen.“ sprach er zu sich selbst. Man verübt doch nicht dem Feigenbaum, daß er Feigen trage, noch der Gurte, daß sie bitter sei. Daher kann man auch von Barbaren nichts anderes erwarten, als daß sie sich barbarisch benehmen.“

Und Marc Aurel ließ die Barbaren hinweggehen; nachher verzick er ihnen. Sind wir mit unserem Nächsten auf gleich gekommen, so sind wir meist bereit, ihm kein Vergehen zu verzeihen.

Auch ich empfinde bisweilen philosophische Gefühle: meist nach einem reichlichen Diner, beim Rauchen einer guten Zigarre. Zu solchen Zeiten blättere ich in Marc Aurel, in Epiturf und in der Uebersetzung von Platos Republik. Und zu solchen Zeiten bin ich mit den Verfassern dieser Werke einer Ansicht. Der Mensch beunruhigt sich zuviel um das Unwesentliche. Laßt uns die Abgelenktheit pflegen. Nichts kann uns geschehen, was wir nicht zu ertragen vermöchten; dies ist von der Natur so eingerichtet. Der tüchtige Landarbeiter mit seinen zwölf Schillingen die Woche möge über die guten Dinge nachdenken, die ihm zuteil werden. Wird ihm nicht die Sorge erspart, wie er sein Kapital am besten anlegen könnte? Geht nicht auch für ihn die Sonne auf und unter? Viele von uns sehen niemals einen Sonnenaufgang. Aber unsere sogenannten ärmeren Brüder dürfen alltäglich dieses Schauspiel genießen. Der Dämon in ihnen möge sich freuen. Weshalb sollte es den Landarbeiter bestimmen, wenn seine Kinder nach Brot schreien? Derart haben die Götter in ihrer Weisheit bestimmt. Der Dämon des Landarbeiters möge darüber nachdenken, welchen Nutzen seine schlecht entlohnte Arbeit für das allgemeine Wohl bedeutet. Der Landarbeiter möge über das Allgemeinwohl Betrachtungen anstellen.

Julius Cäsars sämtliche Teile.

Von Karl Gittlinger.

Neulich, wie ich abends durch die benebelten Straßen Münchens gehe und dazu aus Coctees Mignon vor mir hinstriere: „Das Maultier sucht im Nebel seinen Weg“ — wer taucht da plötzlich vor mir auf?

Sebastian Immerfitz, der Mann, der mich jahrelang mit den Worten zu begrüßen pflegte: „Werter Gönner, können Sie mir nicht 5 Mark pumpen? Sie kriegen sie bestimmt am nächsten Ersten wieder zurück!“ Aber er hatte einen eigentümlichen Kalender: bei ihm begannen die Monate immer erst mit dem Zweiten. Jetzt jedoch trug er einen pitzeinen Pelzmantel, eine Angströhre und ein Ronofel, das zu ihm paßte wie die Faust auf die Nase. Er sagte auch nicht „Werter Gönner“ zu mir, sondern: „Junger Mann, guh, daß ich Sie treffen! Ich verfolge schon längere Zeit Ihr schriftstellerisches Werk, und Sie scheinen mir nicht ohne Begabung!“



**Halt, die Schranke ist geschlossen!
Was ihr noch nicht weggerafft,
Das gehört den Volksgenossen,
Die's erschufet und erschafft.**

Keinen Pfennig!

**Euer heil'ges Rechtsabkommen
In'tressiert uns einen Dreck!
Hier wird nichts mehr weggenommen!
Hände weg!**

Ich wollte ihm das Kompliment mit den Worten zurückgeben: „Sagen Sie mal, ist Ihnen vielleicht vorübergehend das Gehirn eingetrodnet?“ Jedoch er ließ mir keine Zeit zu irgendwelcher Gegenäußerung: „Ich bin nämlich jetzt Erster Regisseur bei der International Film Co. — ein Weltunternehmen! Unser letztes Filmdrama „Jehumal unschuldig geschieden oder das Wasserzeichen im Ohrschäppchen der Habella Käsebieter“, unter dezentes Aufführungstitelstück „Mädchen, macht nicht Pfst auf der Straße“, unser geistprübendes Lustspiel „Nidor bestreicht keine Schwiegermutter mit Flegelstein“ waren Schlager! Junger Mann, warum schreiben Sie eigentlich keinen Film?“

Diese Frage war mir nichts Neues, denn so ziemlich meine sämtlichen Verwandten und Bekannten fragen mich, warum ich nicht schreibe. Aber das mit dem Film war kein dummes Gedanke. Erst kürzlich hat mir die Frau eines Schriftstellers erzählt, daß ihr Mann für das Verfilmungsrecht seines letzten irrischen Gedichtes 700 000 Mark bekommen hätte, und so was inspiriert einen doch! Wir vereinbarten also, daß ich das Manuskript zu einem historischen Film schreiben sollte. Der Herr Regisseur versicherte mir, ich riskierte gar nichts dabei, denn wenn es nicht würde, werde mir die Filmgesellschaft das Papier ersehen.

Zu Hause ließ ich gleich die ganze Weltgeschichte an mir vorüberziehen und ich entschied mich für Julius Cäsar. Das ist ein alter Bekannter, dem verdanke ich manche Stunde Arrest, und dem gönne ich's am ehesten, daß er verfilmt wird. Außerdem hat er eine Blase, und so was photographiert sich ausgezeichnet. Und wenn man das Techtelmechtel mit der Kleopatra wegläßt, dann darf auch die Schulstunde hinein, mit bezeichnendem Beiprogramm „Das Leben der Stubenwarte“ oder „Die Gefahren des Rasenbohrens“ oder sonst einer schönen Naturaufnahme.

Ich arbeitete das Manuskript gewissenhaft aus, unter sanfter Anlehnung an Shakespeare und das Konversationslexikon, schickte es ab, und 8 Tage später bestellte mich Immerfitz telephonisch zu sich. Ich ging hin und brachte das Quittungsformular gleich mit. Immerfitz sagte:

„Nicht übel! Wirklich nicht unbegabt. Nur, junger Mann, noch etwas unfilmhaft! Wir werden da einige kleine Änderungen anbringen müssen! Zum Beispiel in der Jugend Cäsars, an der Stelle, wo der kleine Julius Violine spielt —“

„Wie? was?“ fragte ich auf. „Cäsar spielt Violine?“

„Ja, wir brauchen das! Weil er doch im dritten Akt des zweiten Teiles, wie ihn die indische Königstochter als Sklavin verkauft —“

„Von wem reden Sie eigentlich,“ stotterte ich.

„Von Ihrem Film! Von Julius Cäsar!“

„Aber wie kommt denn der als Sklavin nach Indien?“

„Das verstehen Sie nicht, junger Mann! Wir haben noch von einem früheren Film eine indische Pappdeckelhandlung gesehen, und dann müssen wir doch auch die Klapperschlange beschäftigen — was glauben Sie, was die Gage hat? — kurz und gut, überlassen Sie das nur meiner sachmännischen Routine!“

Meine Augen wollten langsam wieder in ihre Höhlen zurück, und Immerfitz fuhr fort:

„Wir haben noch eine kleine Liebesgeschichte in die Sache eingeflochten. Ganz ohne Weiber geht die Sache nicht, sagt schon ein altes Volkslied. Ich glaube, das wirkt fabelhaft, wie der junge Cäsar an der Außenwand des Wolkenstrahlers zu Frau Brutus einsteigt — dann langsame Abblenden, und nur die Worte: „Ach kam, ach, siegte!“

„Aber das ist ja —“

„Ich weiß, was Sie sagen wollen, das ist originell! Uebrigens, da fällt mir eine hübsche Pointe ein: „An der Stelle, wo sich Cäsar die Kaiserkrone ausleiht, lassen wir die Russen „Heil dir im Siegertranz“ spielen!“

„Sind Sie denn von allen Göttern verlassen?“ ächzte ich.

„Rein, sondern die Götter kommen im zwölften Akt vor. Beda mit dem Schwan — sie ist bei uns die Mutter Cäsars — erscheint ihm, während er von der Rheinbrücke springt. Das ist kurz bevor der Wahnsinn bei ihm ausbricht!“

„Der Wahnsinn, bei Cäsar?“

„Haben Sie noch nie vom Cäsarenwahnsinn gehört? Das wird sogar einer der Hauptpunkte des Films: Cäsar steckt im Wahnsinn Jerusalem in Brand! Die Folge davon ist eine furchtbare Hungersnot in Rom, die Cäsar zu dem Verzweiflungsschrei bringt: „Laßt wohlbedachte Männer um mich sein!“ worauf er sich aus dem Palastfenster in den Krokodilsee stürzt. Damit schließt der zweite Teil.“

Mir war zumute, als hätte man mir mit allen Brettern, die die Welt bedeuten, auf den Kopf geschlagen. Immerfitz schien mein Schweigen für Begeisterung zu halten, denn er sprach im Götterton weiter:

„Das wären so die kleinen Konzessionen, die man der Filmtechnik machen muß. Nun kommt aber eine einschneidende Änderung: nämlich —“

„Ich weiß alles,“ brüllte ich außer mir. „Die Indianerflanen machen einen Hungerausstand, Cäsar ruft: „Alae facta est, der Bouillonwürfel ist gefallen!“ Hannibal reitet auf dem trojanischen Pferd über die Alpen, Brutus schreit: „Wer ist der Vater meines Kindes?“, Cäsar antwortet: „Auch du, mein Sohn Brutus!“ Die die Coogan wirkt im römischen Senat eine Bombe, Sherlock Holmes pflanzt auf der Nase der schönen Helena die erste Kartoffel, Lisa Nielsen legt sich eine zum Hungertode verurteilte Schlange an den Bufen — — ich weiß alles!“

Ich fiel erschöpft in einen Sessel.

„Das mit der Kartoffel ist gar nicht so ohne!“ sagte Immerfitz.

„Ich will mir's überlegen.“

Da gab ich den Kampf auf, wankte gebrochen auf ihn zu und sagte: „Erleihen Sie mir das Papier!“

„Aber wie denn?“ staunte Immerfitz. „Der Film wird ausgezeichnet. Erstklassige Besetzung, junger Mann! Pola Negri spielt den Cäsar, Bruno Kastner die antike Wahrlagerin —“

„Und Sie das trojanische Pferd! Machen Sie, was Sie wollen, leben Sie wohl: Ave, Caesar, romaduri te salutant!“

... Der Film „Julius Cäsar“ ist noch nicht herausgekommen.

Ich weiß nicht, woran es liegt — vielleicht ist die Klapperschlange kontraktbrüchig geworden ...

Laienreden auf Friedhöfen.

Die Frage, ob eine Laienrede bei einer Beerdigung als „Hausfriedensbruch“ zu verfolgen ist, hat schon mehrfach die Gerichte beschäftigt. Erst kürzlich hat sich wieder ein Friederker eine Anklage wegen dieses „Verbrechens“ zugezogen. Ein Bergmann, der vor seinem Tode den Wunsch ausgesprochen hatte, keinen Pastor an seinem Grabe zu haben, war dem Schoße der Erde übergeben worden. Dieser Schoß der Erde ist kirchlicher Besitz. Da die christliche Gemeinde einen Stahlhelmpfaffen (strengster Obervanz als Seelenhirten hat, war in der Friedhofsordnung festgelegt worden, daß zwar jedem Einwohner ein Recht auf die letzte Ruhestätte in diesem Kirchhofe zusteht, jedoch Friederker nur dann eine Grabrede gestattet ist, wenn Seine Heiligkeit der Vertreter des lieben Gottes um gültige Genehmigung gebeten und ihm der Entwurf der Grabrede zur Begünstigung vorgelegt wird. Da der Friederker diese Genehmigung für seine Grabrede nicht eingeholt hat, ist das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Da ist es von Interesse, eine Entscheidung anzuführen, die das Kammergericht in Berlin in einem ähnlichen Falle am 27. März 1925 gefällt hat. Sie hat den folgenden (abgekürzten) Wortlaut:

„Auf die Revision des Angeklagten hat der erste Strafsenat des Kammergerichts in Berlin für Recht erkannt: Das Urteil wird aufgehoben. Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.“

Gründe: Der Angeklagte ist wegen Uebertretung der Polizeiverordnung der Stadt Rammern verurteilt, in der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Friedhofsordnung für den Kommunalfriedhof unter Strafe gestellt sind. Hier handelt es sich um einen Verstoß gegen § 20 der Friedhofsordnung, in dem das Halten von Reden auf dem Friedhofe bei Beerdigungen anderer Personen als Geistlichen auf Antrag von der Polizeibehörde erlaubt werden kann. Daraus ist zu folgern, daß das Halten von Reden seitens Nichtgeistlicher ohne besondere Erlaubnis untersagt ist. Solche polizeiliche Verbote des Haltens von Laienreden bei Leichenbegängnissen sind bereits Gegenstand der Rechtsprechung des Kammergerichts gewesen. Dabei ist davon ausgegangen, daß Leichenbegängnisse als eine Art von Versammlungen Reichsangehöriger anzusehen sind; nur unter diesem Gesichtspunkte (§ 6 d. Pol.-Verw.-Ges.) dürfte die Polizeiverordnung das Halten von Laienreden durch ein Verbot zu hindern suchen, insofern dabei Ordnung und Gerechtigkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen als Hauptbedingung in Frage kommt. Waren schon nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 gemäß § 1 dieses Gesetzes solche Polizeiverordnungen nicht mehr anwendbar, so ergab sich aus der nach der staatlichen Umwälzung vom November 1918 eingetretenen Gesetzgebung auch die Unanwendbarkeit der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes und damit auch über das Verhalten bei öffentlichen Beerdigungen. Denn solche Vorschriften stehen im Widerspruch zu dem in Art. 123 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 enthaltenen Grundsatze der Versammlungsfreiheit; sie sind deshalb gemäß Art. 178 Abs. 2 der Verfassung außer Kraft gesetzt. Diese Ansicht ist in dem Urteil des ersten Strafsenats des Kammergerichts vom 10. Juni 1921 ausführlich begründet. Eine Änderung der damaligen Rechtslage ist seither nicht eingetreten.

Der erkennende Senat bleibt bei dieser Auffassung. Das Amtsgericht hat für seine hieron abweichende Meinung Rechtsgründe nicht angegeben. Das angegriffene Urteil war deshalb aufzuheben; der Angeklagte war freizusprechen, da eine andere gültige Rechtsvorschrift, gegen die er durch sein Verhalten verstoßen haben könnte, nicht ersichtlich ist.“

